



12. Heft | 26. Juni 1913

## ADOLPH VON ELM · DIE ROTE VOLKSFÜRSORGE



IE Volksversicherung ist eine gute und nützliche Einrichtung: Spare in der Zeit, so hast du in der Not! Aber als ausgesprochen sozialdemokratische Schöpfung und Einrichtung mit gleichgerichteten Endzielen müssen wir sie bekämpfen mit allen Mitteln. Dahin gehört die neue *Volkspfürsorge* in Hamburg.

So lautet der Schluß eines Artikels, der unter dem Titel *Die rote Volkspfürsorge* die Runde durch die ultramontane Parteipresse machte. Kampf »mit allen Mitteln«. Auch mit den verwerflichsten: der Lüge und Verleumdung. Der Inhalt des Artikels beweist es. Nur eine kleine Probe. In dem Artikel heißt es: »Was will nun die *Volkspfürsorge*? Sie will zunächst dem Volk eine billige Lebensversicherung bieten. Das ist der Schafspelz der *Volkspfürsorge*. Sie hat aber noch einen andern Zweck. Ihr Vorsitzender von Elm hat ihn selbst ausgeplaudert: Die *Volkspfürsorge* soll nach ihm der sozialdemokratischen Gewerkschafts- und der Genossenschaftsbewegung »neue Stützpunkte im Volk schaffen«, das heißt den sozialistischen Gedanken überall dorthin tragen, wo er bisher nicht eindringen konnte. Das ist die *Wolfsnatur* der *Volkspfürsorge*.« Selbstverständlich hat Schreiber dieses nie und nirgends gesagt, daß es Aufgabe der *Volkspfürsorge* sein soll »den sozialistischen Gedanken überall hinzutragen«. Das ist eine völlig aus der Luft gegriffene Behauptung des edlen Kämpfers für Wahrheit und Recht.

Nach dem selben Rezept verfährt die konservative Presse. Sie zitiert einige Ausführungen des Genossen Bauer, die in den Worten ausklangen: »Arbeiten wir mit allem Eifer und Kraft an der *Volkspfürsorge*, dann wird sie bald mächtig sein und großen Segen stiften.« Nun die Nutzenanwendung der konservativen Presse: »Natürlich: »Segen« für die Sozialdemokratie. Darauf kommt es ja bei der neuen Gründung nur an. Und deshalb waren ja die Sozialdemokraten freudig überrascht, daß sie so anstandslos genehmigt worden ist. Da sie nun aber ihre Wirksamkeit beginnt, muß vor ihr allgemein und nachdrücklich gewarnt werden. Es handelt sich bei der *Volkspfürsorge* nicht, wie die Sozialistenpresse behauptet, um eine soziale sondern um eine sozialdemokratische Einrichtung, die durch die An-

sammlung Hunderter von Millionen der Revolutionspartei eine unüberwindliche Macht verleihen soll.« Am entsetzlichsten lamentiert in den *Hamburger Nachrichten* ein Vorstandsmitglied des *Verbands zur Bekämpfung der Sozialdemokratie* über die Genehmigung der *Volkspfürsorge* durch den zuständigen Senat des Kaiserlichen Aufsichtsamts für Privatversicherung. Der bedauernswerte Mensch ist ganz aus dem Häuschen geraten. Er erhebt furchtbare Anklage gegen die Regierung, daß sie mit der Genehmigung der *Volkspfürsorge* (»des gefährlichsten Werkzeugs der Sozialdemokratie in ihrem Kampf gegen Staat und Gesellschaft«) mit Willen Sozialdemokraten in »Reinkultur« züchte. Tiefstes Mitleid äußert jemand in den *Berliner Neuesten Nachrichten* über die armen, irregeleiteten Arbeiter, die sich von den reichen, jüdischen Führern der Sozialdemokratie übers Ohr hauen lassen, und die sich jetzt auch noch des Rechtes auf ihre paar Spargroschen begeben müssen. In den *Bremer Nachrichten* wehklagt ein Hirsch-Dunckerscher Gewerkvereiner, daß durch die *Volkspfürsorge* die Versicherten »von der Wiege bis zum Grabe materiell mit der Partei verbunden« seien.

Des Jammerns und Klagens über das große Unglück der Genehmigung der *Volkspfürsorge* will kein Ende werden: in Hunderten von Blättern die selbe unsinnige Argumentation. Da berührt es schon einigermaßen wohltuend, wenn man vereinzelt einmal auf jemand stößt, der einen direkt entgegengesetzten Standpunkt vertritt, selbst dann, wenn auch dieser auf völlig falscher Fährte ist. Richard Nordhausen erklärt im *Tag*, daß das Kaiserliche Aufsichtsamt politisch klug gehandelt habe, als es der *Volkspfürsorge* den Beginn der Arbeit erlaubte. Er findet in dem Wirken der *Volkspfürsorge* das Gegenteil vom Umsturz. Weshalb? Weil die *Volkspfürsorge* die Arbeiter zur Sparsamkeit erzieht. »Der Sparsame«, so argumentiert Herr Nordhausen, »wächst in die bestehende kapitalistische Wirtschaft hinein, wird an ihr interessiert, muß sie schützen, um seine eigenen paar Taler zu schützen, und entwickelt sich zur niedern Kapitalsbestie. Jedes ersparte Guthaben des kleinen Mannes ist ein Bollwerk der Reaktion.« Demnach bedeutet die *Volkspfürsorge* also nicht den Umsturz, sondern sie wäre: ein »Bollwerk der Reaktion«.

Welche Theorie ist nun richtig: die vom Umsturz oder die von der Reaktion?

Die einzig richtige Antwort ist hier der Spruch Goethes: »Grau, Freund, ist alle Theorie.« Die Praxis ist längst über derartige phantastische Ungeheuerlichkeiten zur Tagesordnung übergegangen. Die Arbeiterklasse Deutschlands hat durch ihr praktisches Handeln über diese Fragen entschieden, bevor die *Volkspfürsorge* das Licht der Welt erblickte. In ihren gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Institutionen haben die Arbeiter viele Millionen Spargelder angehäuft und führen trotzdem (oder gerade deshalb) den Kampf gegen den Kapitalismus mit größerer Energie als zuvor. Die Stimmenzahl für die Sozialdemokratie aber steigt von Wahl zu Wahl: trotz des Sparens. Ein Körnchen Wahrheit, das will ich Nordhausen gern zugestehen, liegt allerdings in seiner Argumentation. Eine Wandlung in den Anschauungen der Arbeiter hat sich vollzogen, je mehr sie zum positiven Schaffen übergegangen sind. Die deutschen Arbeiter haben längst

erkennt, daß große wirtschaftliche Umwälzungen nicht von heute auf morgen durchzuführen sind, daß die Festung Kapitalismus nicht auf einen plötzlichen gewaltigen Ansturm zur Kapitulation zu zwingen ist, sondern daß es dazu der fortgesetzten, zähen Arbeit zur Umbildung der wirtschaftlichen Machtverhältnisse bedarf. Im Heugabelsinn der alten Demokraten sind die Arbeiter heute nicht mehr *revolutionär*. Aber ich meine, sie seien gerade deshalb *revolutionär* geworden, weil sie die Revolutionierung am richtigen Ende anpacken, indem sie für sich ein größeres Maß wirtschaftlicher Macht zu schaffen bestrebt sind. Mehrung ihrer wirtschaftlichen Macht aber wird den Arbeitern auch die *Volkspfürsorge* bringen.

Die *Volkspfürsorge* wird selbstverständlich weder der sozialdemokratischen Partei noch den Gewerkschaften oder Genossenschaften auch nur einen Pfennig ihres mit der Zeit zu vielen Millionen anwachsenden Gesellschaftsvermögens zuwenden, und doch wird sie die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter fördern, wenn gleichzeitig mit ihrer Entwicklung die der Genossenschaft Schritt halten wird. Das entsetzliche Wehklagen der Gegner der Arbeitersache angesichts der Gründung und Genehmigung der *Volkspfürsorge* ist durchaus nicht ohne Grund. Wer den Kapitalismus stützen will, muß dafür wirken seine wirtschaftliche Machtposition ungeschwächt zu erhalten. Wenn die großen Massen des Volkes in richtiger Erkenntnis der Dinge die *Volkspfürsorge* fördern, dann bedeutet das mit der Zeit einen Aderlaß für den Kapitalismus von vielen Hunderten von Millionen Mark. Ganz richtig haben die Gegner der *Volkspfürsorge* erkannt, daß in der Verwendung so enormer Kapitalien die Macht steckt. Es ist allerdings totaler Unsinn, wenn sie meinen, durch die Vergebung von Hypotheken werde ein immer größerer Kreis von Mittelstands- oder bemittelten Leuten in Abhängigkeit von der *Volkspfürsorge* und, wie sie sagen, damit auch von der Sozialdemokratie geraten. Wir wollen es ganz offen sagen: Viel Bedeutenderes wird sich vollziehen, wenn die Gründer der *Volkspfürsorge* ihre Absichten in die Tat umzusetzen in der Lage sind.

Es ist von den Gründern wiederholt ausgesprochen worden, daß sie beabsichtigen die durch die Prämienzahlungen der Versicherten angesammelten Kapitalien, soweit dies nach den gesetzlichen Bestimmungen zulässig und nach den gegebenen Verhältnissen möglich ist, im Interesse der minderbemittelten Schichten der Bevölkerung, zur Förderung von Kulturaufgaben, zur Errichtung von Heilstätten, von Genesungs- und Erholungsheimen, zur Förderung des genossenschaftlichen Wohnungsbaus zu verwenden. Sonderbarerweise haben die Gegner der *Volkspfürsorge* diese Erklärung nur zu Anfang in ganz vereinzelt Fällen zum Ausgangspunkt ihrer Angriffe gemacht. Und doch liegt in deren Verwirklichung die einzige und große Gefahr für den Kapitalismus. Die Wohnungen des Volkes aus kapitalistischem Besitz in den Gemeinbesitz der genossenschaftlich organisierten Bevölkerung überführen bedeutet ein Stück Sozialisierung von der größten Tragweite. Wird von den Genossenschaften der Wohnungsbau einmal ernstlich in die Hand genommen, so würden in nicht allzu ferner Zukunft große Kreise der Bevölkerung in guten, gesunden Wohnungen wohnen. Der Wucher, der damit bisher getrieben wurde, würde ausgeschaltet, da die Genossenschaften ihren Mitgliedern die Wohnungen zum

Selbstkostenpreis liefern können. Der fortgesetzt steigende Tribut, den die Bevölkerung bisher an die kapitalistischen Wohnungsspekulanten durch die Steigerungen des Mietszinses entrichtet hat, würde diesen entzogen werden. Mit dem genossenschaftlichen Wohnungsbau sind ohne erhebliche Kosten Einrichtungen zur Befriedigung der geistigen Bedürfnisse der Mieter der Genossenschaftswohnungen zu verbinden, so daß dadurch eine nie geahnte Aufwärtsentwicklung in der ganzen Lebenshaltung weiter Kreise des Volkes sich allmählich vollziehen würde. So würde die *Volkspfürsorge*, indem sie die bei ihr angesammelten Kapitalien zur Förderung des genossenschaftlichen Wohnungsbaus verwendet, in der Tat imstande sein der kapitalistischen Ausbeutung des Volkes nicht nur auf dem Gebiet der Volksversicherung sondern ebenfalls auf dem des Grundstücks- und Wohnungswuchers entgegenzuwirken.

Leider muß gesagt werden, daß sich diese Entwicklung wohl kaum in dem raschen Tempo vollziehen wird, wie es im Interesse des Volkes erwünscht ist. Zur Verwirklichung dieser kulturellen Aufgabe gehört nämlich mehr als mancher *Theoretiker* ahnt. Nach den gesetzlichen Vorschriften darf die *Volkspfürsorge* auch zur Förderung des genossenschaftlichen Wohnungsbaus Hypotheken über die mündelsichere Grenze hinaus nicht begeben. Nur solche Konsumvereine, die über diese Grenze hinaus eigene Mittel zum Wohnungsbau zur Verfügung haben, könnten von der *Volkspfürsorge* berücksichtigt werden. Deren Zahl ist heute aber noch nicht groß. Das Interesse für die weiteren Aufgaben der Genossenschaften ist an vielen Orten noch gering. Es mangelt noch trotz des enormen Fortschritts, den die Genossenschaftsbewegung im letzten Jahrzehnt gemacht hat, vielfach an dem richtigen Verständnis für den Wert und die Bedeutung des Genossenschaftswesens. Man redet mancherorten viel von sozialistischem Geist, von dem die Genossenschaften beseelt sein sollen, ohne selbst zu wissen, wie dieser durch die Tat am besten bekundet wird. Die Gegner der *Volkspfürsorge* brauchen deshalb wirklich *l e i d e r* noch nicht zu befürchten, daß die *Volkspfürsorge* im Sturm in erheblichem Maß durch Förderung des genossenschaftlichen Wohnungsbaus zur Umbildung des kapitalistischen Wirtschaftsystems beitragen wird. Die *Volkspfürsorge* wird, und wenn dies ihren Leitern auch noch so schmerzlich ist, noch viele Jahre bei der Begebung von Hypotheken verfahren müssen wie andere Versicherungsgesellschaften auch. Der Bedarf an mündelsicheren Hypotheken ist entscheidend, nicht der gute Wille derjenigen, die über ihre Vergebung zu beschließen haben.

Mit der Gründung der *Volkspfürsorge* ist zunächst nur die Möglichkeit gegeben bei der Ansammlung von Millionen von Prämienreserven den genossenschaftlichen Wohnungsbau in den gesetzlichen Grenzen fördern zu können, von der Entwicklung der Genossenschaftsbewegung wird die Verwirklichung abhängen. Da bei der *Volkspfürsorge* jedoch nicht nur die Genossenschaften interessiert sind, sondern auch die Gewerkschaften, kann man sich wohl der Hoffnung hingeben, daß diese in Zukunft in ihrer Presse und in Versammlungen mit noch regem Eifer als bisher für die tatkräftige Betätigung ihrer Mitglieder in den Genossenschaften wirken werden. Stärkung der eigenen Mittel in den Genossenschaften muß die Parole sein. Überzeugt die Mitglieder von der Notwendigkeit die durch die Organisation des

**Konsums ersparte Rückvergütung in genossenschaftlichen Notfonds und Sparkassen zu belassen!**

Erst wenn dies geschieht, wird die Angst der Gegner vor der roten Volksversicherung berechtigt sein; erst dann wird sie, trotz der ihr gezogenen Schranken, an der von ihren Gründern gewollten Förderung von Kulturaufgaben erheblich mitwirken können.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX  
**LUDWIG QUESSEL · DIE NEUAUFTEILUNG AFRIKAS**



**M**OTZ des Lärms, der in diesen Tagen Albaniens wegen durch Europa hallte, gewinnt in allen Kreisen der Bevölkerung doch die Erkenntnis Boden, daß der eigentliche Schauplatz der großen historischen Vorgänge unserer Zeit nicht in Europa sondern in Afrika und Asien zu suchen ist. Der Gedanke die Macht der großen Staaten durch Eroberung europäischer Gebiete zu mehren erscheint heute den herrschenden Schichten der Bourgeoisie absurd. Seitdem das Problem die überseeischen Gebiete an das Mutterland fest anzugliedern durch Dampf und Elektrizität gelöst worden ist, kann es sich für die Bourgeoisie nur noch darum handeln den Nationalstaat durch Erwerb von Kolonien, Protektoraten und Einflußsphären zu einem Weltreich zu erheben. Riesenhaft sind die Opfer, die gerade von demokratisch regierten Ländern, deren Diplomatie keinerlei Rücksichten auf dynastische Interessen zu nehmen braucht, für dieses Ziel gebracht werden. Lediglich für die Wiedererlangung der Reichslande einen Krieg zu führen, das würde heute jeder französische Imperialist als einen unsinnigen Einfall zurückweisen. Dagegen wissen wir, daß die Republik im Sommer 1911 entschlossen war den ungeschmälernten Besitz des marokkanischen Reiches Deutschland gegenüber mit den Waffen zu verteidigen; und wir wissen auch, wie unendlich schwer es der französischen Bourgeoisie wurde Neukamerun an Deutschland abzutreten. Daß auch der englischen Bourgeoisie kein Opfer zu groß scheint, wenn es sich um die Mehrung des Kolonialreichs handelt, geht aus den Summen hervor, die die Erwerbung und Sicherung der britischen Kolonien in Afrika und Asien erfordert haben.

Sehr lehrreich sind da die Zahlen, die ein deutscher Imperialist, Professor A. Sartorius Freiherr von Waltershausen, in seinem *Volkswirtschaftlichen System der Kapitalanlage im Ausland* uns mitteilt. Man betrachte die Kosten der britischen Kolonialkriege in der kurzen Zeitspanne von 1895 bis 1901:

Jahr und Expedition	Kosten (in Mark)
1895: Chitral	24 452 000
1895-1896: Aschanti	3 849 800
1896-1897: Maschonaland	51 738 900
1896-1899: Sudan	48 300 000
1897-1898: Nordwestgrenze Indien	52 000 000
1899-1902: Südafrika	3 754 514 000
1900: Aschanti	8 560 000
1900-1901: China	216 540 000
<b>zusammen</b>	<b>4 159 954 700</b>

Trotz dieser Riesensummen, die das britische Volk in der kritischen Periode von 1895 bis 1901 für die ungeschmälerte Erhaltung und zur Erweiterung seines Kolonialreichs verausgabte, findet sich im ganzen englischen Parlament heute kein Volksvertreter mehr, der etwa nach der Art der Liberalen der sechziger Jahre aufstehen und erklären würde, daß die außer-europäischen Besitzungen des Vereinigten Königreichs lediglich Mühlsteine um den Hals der britischen Reichsfinanzen wären. Jedermann in England weiß heute, daß die britische Bourgeoisie an Dividenden und Zinsen für Kapitalanlagen im Ausland jährlich gegen 2 Milliarden Mark erhält; man weiß ferner, daß sich dieses arbeitslose Einkommen seit 1865 verneunfacht hat, und daß alljährlich noch bedeutende Kapitalien im Ausland angelegt werden. Auch darüber ist kaum jemand im Zweifel, daß zu den lukrativsten und sichersten Kapitalanlagen diejenigen in den englischen Kolonien gehören. Aus diesem Zusammenhang ergibt sich aber auch die Schwierigkeit, die das Problem einer Neuaufteilung Afrikas, das im engsten Zusammenhang mit dem Verfall des türkischen Reiches steht, in sich schließt.

Aus den Mitteilungen der *Norddeutschen Allgemeinen Zeitung* wissen wir, daß die Gerüchte, die in den ersten Tagen des Mai 1913 über ein englisches Protektorat am Persischen Golf auftauchten, der Wahrheit entsprechen, und daß die Verhandlungen zwischen England und der Türkei, die zu diesem Ergebnis führten, im stillen Einverständnis mit Deutschland geführt wurden. So viel ist nun wohl klar, daß die Zustimmung Deutschlands zu dem Erwerb der britischen Schutzherrschaft über das Gebiet zwischen Basra und Koweit, die aller Wahrscheinlichkeit nach den Verzicht Deutschlands bedeutet das türkisch-deutsche Unternehmen der großen Durchgangsbahn in Westasien bis zum Persischen Golf fortzuführen, vom imperialistischen Standpunkt der deutschen Reichstagsmehrheit aus ohne jede Kompensation eigentlich schwer begreifbar ist. Man muß dabei im Auge behalten, daß in einem Gebiet, das faktisch dem englischen Imperium unterstellt ist, Bahnen, die nicht in englischer Verwaltung stehen, kaum denkbar sind. Nun ist die Zustimmung Deutschlands zu dem englischen Protektorat am Persischen Golf als eine Regelung des Bagdadbahnbaus bezeichnet worden, die ungefähr einer Kopfstation Hamburg für die Linie Genua-Nordsee entspricht, mit einem von Deutschland anerkannten britischen Bauverbot für die Strecke Hamburg-Cuxhaven, wobei es aber noch sehr zweifelhaft bleibt, ob Basra überhaupt zu einem für große Seedampfer zugänglichen östlichen Hamburg ausgebaut werden kann. Da nun England historisch begründete Rechtsansprüche auf staatliche Herrschaft über das Gebiet zwischen Basra und Koweit ebensowenig wie Deutschland geltend machen kann, bedeutet die Zustimmung Deutschlands zu dem britischen Protektorat am Persischen Golf für den deutschen Imperialismus einen erheblichen Mißerfolg. Dieser ist um so schmerzlicher, als nach den Mitteilungen, die Dr. Paul Rohrbach aus türkischen Kreisen erhalten hat, das englisch-türkische Abkommen, das bereits die Zustimmung der deutschen Regierung gefunden haben soll, nicht nur das Sultanat Koweit zu einem Protektorat Englands sondern auch Arabien zu einer britischen Einflußsphäre macht. Wer die Methoden des modernen Imperialismus kennt, wird gewiß nicht daran zweifeln, daß England geschickt genug ist in dem neuen Protektorat und in der neugewonnenen

Einflußsphäre die staatliche Herrschaft an sich zu ziehen, ohne formell die Integrität des türkischen Reiches zu verletzen. Der Sultan wird über Arabien eben weiter herrschen, aber er wird ein zweiter Khedive werden. Die *Frankfurter Zeitung* meint, man drücke sich sehr maßvoll aus, wenn man die durch das englisch-türkische Abkommen geschaffene Situation im nahen Orient dahin charakterisiert, daß sich England eine feste erste Hypothek auf ganz Arabien gesichert hat, ebenso wie auf die Mündung des Euphrat und Tigris und auf den Persischen Golf. Mit überraschender Plötzlichkeit ist damit der Traum der englischen Imperialisten den Indischen Ozean zu einem britischen Mittelmeer auszugestalten Wirklichkeit geworden. Eine feste, dem britischen Imperium unterworfenen Länderkette verbindet das indische Kaiserreich, in dem 3000 englische Beamte eine Bevölkerung von 300 Millionen regieren, mit dem alten Land der Pharaonen. Ein berauschender Erfolg. Muß dieser aber nicht mit innerer Notwendigkeit das andere, noch großartigere Ziel des britischen Imperialismus auch das Kap der Guten Hoffnung durch eine ununterbrochene Länderkette mit dem indischen Kaiserreich zu verbinden jetzt in den Vordergrund der britischen Politik rücken? Man braucht nur einen Blick auf die Karte Afrikas zu werfen, um zu erkennen, daß dieser großartige Plan bei einer Verständigung mit Deutschland sich unschwer auf Kosten einiger Kleinstaaten, deren Rechte der britische Imperialismus nie hoch eingeschätzt hat, verwirklichen läßt. Darin liegt die innere Berechtigung der Gerüchte, die uns eine Neuaufteilung Afrikas verkünden, wenn auch die Einzelheiten vorläufig noch in Dunkelheit gehüllt sind.

Behält man die erstaunlichen Erfolge, die der britische Imperialismus durch rein diplomatische Mittel im nahen Orient errungen hat, im Auge, so kann man die neuen Bahnkonzessionen, die Deutschland mit englischer Unterstützung in Kleinasien erhalten soll (man spricht von den Linien Angora-Straß und Charput - Diarbekr) unmöglich als ausreichende Kompensation ansehen. Kein Wunder, daß in der Presse der imperialistisch gesinnten Reichstagsmehrheit sich wieder eine gewisse Verdrossenheit bemerkbar macht. Daß der deutsche Imperialismus alle Ursache zur Unzufriedenheit hat, wird übrigens von den pazifistisch gesinnten englischen Imperialisten anerkannt. In einer Sitzung des liberalen *Komitees für auswärtige Angelegenheiten*, die am 1. April im Unterhaus stattfand, erklärte der Afrikaforscher und frühere Unterstaatssekretär Sir Harry Johnston in einer Ansprache, eine wirklich deutsch-englische Freundschaft könne nur dann bestehen, wenn Deutschlands koloniales Streben befriedigt werde. Diese Ansicht scheint bei den übrigen Mitgliedern des Komitees auf keinen Widerspruch gestoßen zu sein, was wohl zu der Annahme berechtigt, daß die in England zurzeit herrschende Partei von der Einsicht durchdrungen ist, daß eine dauernde Verständigung zwischen Deutschland und England nur möglich und der europäische Friede nur dann wirklich gesichert ist, wenn die imperialistischen Bestrebungen der deutschen Reichstagsmehrheit von englischer Seite Unterstützung finden. Man darf daher wohl auch annehmen, daß die Zustimmung Deutschlands zu dem englischen Protektorat am Persischen Golf nicht ohne Aussicht auf entsprechende Entschädigung erfolgt ist. Welcher Art diese sein wird, ist freilich noch unbekannt. In Westasien wird man sie kaum suchen dürfen, da vorläufig die Dinge noch nicht so

weit sind, um sich über die künftigen Interessensphären in der asiatischen Türkei auseinanderzusetzen. Dagegen erscheint es wahrscheinlich, daß wir in Afrika vor wichtigen territorialen Veränderungen stehen.

Daß die englischen Imperialisten, soweit diese, ähnlich wie die deutschen Sozialdemokraten, den Krieg und das Wettrüsten verabscheuen und den Frieden wünschen, es schon lange als eine historische Unsinnigkeit empfunden haben, daß gewaltige Gebiete des schwarzen Erdteils unter der staatlichen Herrschaft von Kleinstaaten stehen, ist hinreichend bekannt. Ebenso ist man in England davon überzeugt, daß eine Neuaufteilung Afrikas, die den modernen Machtverhältnissen entsprechen würde, sich ohne eine Erschütterung des Weltfriedens vollziehen könnte, wenn Deutschland und England hierüber zu einer Einigung kämen. Verschiedene Anzeichen sprechen nun dafür, daß eine Neuaufteilung Afrikas im Sinn des pazifistischen Imperialismus sich vorbereitet. Es sei nur darauf verwiesen, daß die über koloniale Fragen gut orientierte *Kolonialbank* in Berlin in ihrem jüngst herausgegebenen Geschäftsbericht für 1912 es offen aussprach, daß »Verhandlungen nach dieser Richtung hin schweben«.

Man wird sich überhaupt von der Anschauung, daß die Welt, soweit sie begehrenswert erscheint, schon vergeben ist, freimachen müssen, wenn man die Auslandspolitik des pazifistischen Imperialismus, der namentlich in der liberalen Partei Englands zahlreiche Anhänger hat, richtig verstehen will. Eine Neuaufteilung Afrikas mit dem Ziel das koloniale Streben der deutschen Reichstagsmehrheit zu befriedigen und damit zugleich der Rüstungsverständigung zwischen Deutschland und England eine realpolitische Grundlage zu geben, erscheint übrigens weit weniger befremdlich, wenn man sich mit der Geschichte der Aufteilung Afrikas vertraut macht. Im staatsrechtlichen Sinn als *vergeben* konnte Afrika schon im 16. Jahrhundert angesehen werden, da die Portugiesen auf Grund ihrer Entdeckungen und der päpstlichen Bullen das ausschließliche Recht an der west- und ostafrikanischen Küste Handel zu treiben und Niederlassungen zu gründen für sich in Anspruch nahmen. Dem standen aber die tatsächlichen Machtverhältnisse entgegen. Wie Paul Darmstaedter in seiner interessanten *Geschichte der Aufteilung und Kolonisation Afrikas seit dem Zeitalter der Entdeckungen*, deren 1. Band soeben bei Göschen in Leipzig erschienen ist, zeigt, reichten aber weder die moralische Autorität des Heiligen Stuhles noch die materielle Macht der portugiesischen Flotte dazu aus diese Ansprüche auf die Dauer zu behaupten. Im 17. und 18. Jahrhundert vollzieht sich sozusagen die erste Neuaufteilung Afrikas, indem Engländer, Franzosen und Niederländer in die portugiesische Interessensphäre eindringen. Kolonien im modernen Sinn haben in diesem Zeitalter freilich weder die Portugiesen noch ihre Rivalen gegründet. »Im allgemeinen lagen die Forts und Faktoreien auf dem Boden der Eingeborenen, die Europäer zahlten Abgaben für ihre Konzessionen, und ihre Jurisdiktion erstreckte sich nicht über die Wälle ihrer Festungen hinaus. Eine Territorialherrschaft entstand nicht vor dem Beginn des 19. Jahrhunderts.« Der Grund dafür, daß die europäischen Nationen in Afrika im 17. und 18. Jahrhundert keinerlei Anstrengungen machten die staatliche Herrschaft über die Eingeborenen zu erringen lag einfach darin, daß sie an der Aufrecht-



erhaltung der dauernden Stammesfehden im hohen Grad interessiert waren, weil diese die Voraussetzung für den Sklavenhandel waren. Da jeder Stamm seine Kriegsgefangenen an die europäischen Handelskolonisten gegen Waren verkaufte, so hätte die Errichtung eines europäischen Imperiums, das natürlich die Unterdrückung der Stammesfehden zur Folge gehabt hätte, den ganzen Handel Afrikas, der im wesentlichen ein Sklavenhandel war, zugrunde gerichtet. »Der Gesamtexport von Sklaven aus Afrika soll sich in der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts zwischen 60 000 und 100 000 im Jahr belaufen haben; in der ältern Zeit ist die Durchschnittszahl eine niedrigere gewesen.« Afrika war im 17. und 18. Jahrhundert ein großes Reservoir von Arbeitskräften für die Kultivierung der tropischen und subtropischen Gebiete der Neuen Welt, deren eingeborene Rassen sich der Zwangsarbeit in den Plantagen der Europäer durch den Rassenselbstmord zu entziehen wußten. Eine von Europäern geleitete tropische Landwirtschaft großen Stils gab es im 17. und 18. Jahrhundert eigentlich nur in den tropischen und subtropischen Gebieten Amerikas; diese bezog aber ihre Arbeitskräfte aus Afrika, so daß in diesem Zeitalter bei der Versorgung der proletarischen und bürgerlichen Haushaltungen Europas mit tropischen Produkten 3 Erdteile zusammenwirkten: Europa lieferte für die tropische Landwirtschaft Intelligenz und Kapital, Amerika den Boden und Afrika die Arbeitskräfte.

Es gereicht den europäischen Rassen immerhin zur Ehre, daß die Ausnutzung der Negersklaven für die Zwecke der tropischen Landwirtschaft in Amerika schon bei ihren ersten Anfängen auf Widerspruch stieß. »Der Gedanke, daß die Sklaverei etwas dem Christentum und der Humanität Widersprechendes sei, war nie ganz ausgestorben, und es lassen sich aus dem 16., 17. und 18. Jahrhundert eine Menge von Aussprüchen bedeutender Persönlichkeiten anführen, welche die Sklaverei oder mindestens den Sklavenhandel als unmenschlich und unchristlich verurteilt haben.« Darüber, daß die proletarischen und bürgerlichen Haushaltungen in Europa die tropischen Produkte, wie Baumwolle, Kaffee, Kakao, Tabak usw., nicht mehr entbehren können, war man sich in der Zeit der Antisklavereibewegung völlig im klaren, aber die Gegner der Sklaverei vertraten mit Recht die Anschauung, daß die tropische Landwirtschaft mit freier Negerarbeit im Kleinbetrieb ebenso gut und billiger produzieren könne als der Plantagenbetrieb mit Zwangsarbeit, eine Auffassung, zu der sich gegenwärtig auch die deutsche Sozialdemokratie bekennt. Zugleich bricht sich zu Beginn des 19. Jahrhunderts aber auch die Überzeugung Bahn, daß Afrika nicht nur über die geeigneten Arbeitskräfte sondern auch über den Boden für die tropische Landwirtschaft verfügt. Diese Erkenntnis führt in Verbindung mit der bessern Erforschung des Innern Afrikas im 19. Jahrhundert zu einer Neuaufteilung Afrikas. Wie in den übrigen Weltteilen schritten die Engländer bei der Ausdehnung ihrer territorialen Herrschaft auch in Afrika von Erfolg zu Erfolg. Aber auch Frankreich eroberte sich, obwohl es 1811 keine einzige Kolonie mehr in Afrika besaß, im Lauf des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts im nördlichen und westlichen Afrika ein großes Kolonialreich. Die Expansion Englands und Frankreichs in Afrika, die für die zweite Neuaufteilung des schwarzen Erdteils charakteristisch ist, findet

man bei Darmstaedter für den Zeitraum von 1815 bis 1870 in allen Einzelheiten anschaulich beschrieben. Besonders interessant ist dabei der Umstand, daß zwei Kleinstaaten, nämlich Holland und Dänemark, in diesem Zeitraum teils durch Eroberung teils durch Kauf ihren afrikanischen Kolonialbesitz an England verlieren, so daß von den europäischen Kleinstaaten nur noch Portugal seine Kolonien behält, die aber, wie man weiß, bis zu einem gewissen Grad auch britische Einflußsphären geworden sind. Allerdings ist der Kleinstaat Belgien durch die Gründung des Kongostaats in Afrika zu einer führenden kolonisatorischen Macht geworden; als Kolonie im staatsrechtlichen Sinn wird man aber die belgische Besitzung, die das größte geschlossene und gleichmäßig kulturfähige Gebiet umfaßt, das ein europäischer Staat in Afrika überhaupt besitzt, nicht bezeichnen dürfen.

So viel ist nun klar, daß der Plan der englischen und deutschen Imperialisten zu einer Verständigung über eine Neuaufteilung Afrikas zu gelangen sich nur durch Liquidation des belgischen und portugiesischen Kolonialbesitzes verwirklichen läßt. Da die portugiesischen Kolonien ohnehin als britische Einflußsphären angesehen werden können, und die Praxis des modernen Imperialismus, wie Englands Vorgehen in Arabien von neuem zeigt, über vielfache Mittel verfügt, um die staatliche Herrschaft langsam, fast unbemerkt auf eine andere Staatsgewalt übergehen zu lassen, so spricht sehr viel dafür, daß mit englischer Unterstützung auf dem Boden des schwarzen Kontinents das koloniale Streben unserer imperialistischen Reichstagsmehrheit Befriedigung finden wird. Obwohl die deutsche Sozialdemokratie allen Plänen das deutsche Kolonialreich zu vergrößern feindlich gegenübersteht, wird doch jeder Sozialdemokrat gespannt darauf sein, welche Resultate das friedliche Zusammenwirken des deutschen und englischen Imperialismus für Deutschland zeitigen wird, nachdem es jetzt feststeht, daß dieses für England im nahen Orient bereits reiche Früchte getragen hat.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

## EDUARD BERNSTEIN · VOM GEIST DES ENGLISCHEN SOZIALISMUS



**I**n unseren Tagen der internationalen Sozialistenkongresse und des unausgesetzten Nachrichten- und Meinungs-austausches kann sehr wohl die Frage aufgeworfen werden, ob es noch zulässig ist oder einen Sinn hat von einem Sozialismus nationaler Färbung zu sprechen. Selbstverständlich kämpfen die Sozialisten in den verschiedenen Ländern unter verschieden gearteten Verhältnissen. Die räumliche Ausdehnung und die Weltbeziehungen, die Höhe der wirtschaftlich-sozialen Entwicklung und die verfassungsmäßigen Einrichtungen sowie die Gestaltung und Gruppierung der bürgerlichen Parteien weisen von Land zu Land mehr oder weniger große Unterschiede auf und stellen die sozialistischen Parteien vor entsprechend unterschiedene Aufgaben. Wie aber der moderne Verkehr die Unterschiede in der wirtschaftlichen und politischen Verfassung der Länder in beschleunigtem Zeitmaß auszugleichen strebt, so vollzieht sich auch sichtbar eine starke Annäherung in den Bedingungen und Formen des sozialistischen

Kampfes von Land zu Land. Ja, da die Gedanken schneller sich übertragen lassen als die Dinge, arbeitet der subjektive Drang zur Gleichheit in den Kampfformen wesentlich rascher als die Entwicklung der Kampfbedingungen. Es macht sich dies äußerlich in der zunehmenden Neigung zum Gebrauch gleicher Schlagworte deutlich bemerkbar, so daß wir fast ohne Esperanto über ein Stück sozialistischer Weltsprache verfügen, und wurzelt geistig im Siegesmarsch der marxistischen Theorie des Sozialismus, deren Grundgedanken in allen Ländern das Übergewicht über ältere oder ihr entgegengesetzte sozialistische Theorien erlangt haben. Gerade dieser Siegesmarsch der einen Theorie mag es denn auch als antiquiert erscheinen lassen für einzelne Länder heute noch von einem besondern Sozialismus zu sprechen, statt lediglich von einem Sozialismus in diesem oder jenem Land.

Wie aber im allgemeinen Wort und Wirklichkeit häufig genug zweierlei sind, deckt jedoch hier gleichfalls oft ein und das selbe Wort ziemlich unterschiedene Dinge. Mit der Bezeichnung übernimmt man noch nicht die Sache, ja, noch nicht einmal die gleiche Vorstellung von der Sache. Unser Denken ist von dem beherrscht, was wir erlebt haben oder erleben. Wer stets nur mit einer bestimmten Maschine zu tun hatte, wird, wenn er das Wort *Maschine* hört, notwendig an eine Maschine dieser Art denken, und wie nach dem Muster dieses Vorgangs schon die Vorstellungskreise der einzelnen sich regeln, so in noch bedeutend stärkerem Grad die von Vielheiten. Ein Volk übersetzt sich einen Begriff aus fremder Sprache stets mit Notwendigkeit in etwas, das seinem eigenen Volksgeist entspricht, führt Lassalle einmal sehr treffend aus, und was ist der *Volksgeist* anderes als der geistige Niederschlag dessen, was ein Volk erlebt hat und erlebt? Ich sage mit Bedacht: erlebt hat u n d erlebt. Denn da das Erleben eines Volkes Vergangenheit und Gegenwart umschließt, wird man seinen Volksgeist nie aus den Verhältnissen, in denen es sich gerade befindet, erschöpfend kennen und begreifen lernen. Stets sind seine Vorstellungen und Begriffe von den Eindrücken der Vergangenheit und deren Nachwirkungen beeinflusst. »Die Tradition aller toten Geschlechter«, schreibt Marx im 18. *Brumaire*, »lastet wie ein Alp auf dem Gehirn der Lebenden.« Das gilt nun gewiß nicht von allen Volksschichten in gleichem Maß. Es wird am stärksten bei denjenigen Schichten zutreffen, auf deren Lebensverhältnisse die Umwälzungselemente des Gesellschaftsorganismus am wenigsten unmittelbar einwirken, und am wenigsten bei denen, die dem Spiel jener Elemente am stärksten ausgesetzt sind: in hohem Grad bei seinen agrarischen und in sehr viel geringerem Maß bei seinen industriellen Elementen. Aber ganz davon sich loszulösen gelingt keiner Volksschicht, es kann sich keine in eine ungeschichtliche Atmosphäre versetzen. Marx zieht an der angeführten Stelle den Vergleich mit dem Anfänger, der eine neue Sprache erlernt hat. Er sagt: »Den Geist der Sprache hat er sich nur angeeignet, und frei in ihr zu produzieren vermag er nur, sobald er sich ohne Rück Erinnerung in ihr bewegt und die ihm angestammte Sprache in ihr vergißt.« Das ist sicherlich richtig, und darum bringen die meisten es auch nur dann zu jener Fähigkeit, wenn sie dem Mutterland entrückt sind, wenn die angestammte Sprache aufgehört hat ihre Hauptgangssprache zu bilden. Ein

Volk kann nicht völlig von seiner Geschichte abstrahieren, weil es sich nicht aus der durch diese Geschichte geschaffenen Atmosphäre hinausheben kann.

In welchem hohem Grad dies der Fall ist, würde sich deutlich zeigen, wenn man systematische Ermittlungen darüber anstellte, wie Formeln, die sich gleichlautend in den Programmen der sozialdemokratischen Parteien der verschiedenen Länder finden, nun von jeder einzelnen dieser Parteien aufgefaßt und angewandt werden. Eine mich zurzeit beschäftigende Untersuchung, die sich auf eine solche Formel bezieht, hat in dieser Beziehung recht bedeutende Abtönungen offenbart. Eine andere Art Probe waren die Versuche in Ländern starker politischer Entwicklung und mit einem auf reicher Geschichte beruhenden Parteileben eine sozialistische Partei ohne Rücksicht auf diese Geschichte ausschließlich auf Grund von Formeln zu errichten und hoch zu bringen, die aus den Tendenzen der Bewegung im allgemeinen abstrahiert waren.

Als solch ein Versuch stellte sich im wesentlichen die *Sozialdemokratische Föderation* Englands unter der Führung H. M. Hyndmans dar. In der Absicht Hyndmans und seiner Anhänger verfocht sie den marxistischen Sozialismus in dessen reinsten Gestalt. Und darauf gestützt, daß die marxistische Lehre die Analyse des Kapitalismus zur Grundlage hat, wie dieser sich in England entwickelt und betätigt hatte, nahm man an, daß sie hier auch am unmittelbarsten auf die Geister wirken und die leichteste Anwendung finden würde. Die Tatsachen haben jedoch diese Erwartung Lügen gestraft. Die Geister erwiesen sich gegen die *reine Lehre*, wie die *Sozialdemokratische Föderation* sie verfocht, hier spröder als sie sich in vielen anderen Ländern gegenüber der sozialdemokratischen Propaganda verhielten, und die Anwendung der Doktrin stellte sich hier nicht als leichter sondern als schwerer heraus. Die *Föderation* hat vor einigen Jahren den Namen *Partei* angenommen, aber sie wurde damit noch nicht zu einer leistungsfähigen politischen Partei, und ihre Nachfolgerin, die sich *Britische Sozialistische Partei* nennt, ist von jenem Ziel heute weiter entfernt als es die Mutterorganisation seit Jahren war. Alle Erklärungen jedoch, die man früher für den Mißerfolg der *Föderation* ins Feld geführt hat, sind durch die Erfolge ihrer sozialistischen Rivalen als irrig oder nicht zulänglich erwiesen worden. Weder die Geistesart der englischen Arbeiter noch die wirtschaftlich-sozialen Zustände Englands stellen dem Sozialismus unübersteigliche Hindernisse in den Weg. Es bleibt, wenn man die Gründe für das Zurückbleiben der *Sozialdemokratischen Föderation* genauer prüft, als entscheidend nur der Umstand übrig, daß eben die Art, wie ihre Führer den Sozialismus auffaßten und verfochten, ihn den englischen Arbeitern in ihrer Masse als Parteidoktrin unannehmbar machte, daß diese sonst durchaus nicht unfähigen Leute es nicht verstanden der sozialistischen Agitation diejenige Form zu geben, die den geschichtlich gewordenen besonderen Verhältnissen Englands angemessen war.

Die sozialistischen Ziele und die Propaganda für sie waren in England keine unbekanntes Dinge. Die moderne Arbeiterbewegung hat in England längst ihre Jahrhundertfeier begehren können, und mehr als ein Jahrhundert ist vorbei, seit England sozialistische Schriften hervorgebracht hat, die den

Klassengegensatz von Lohnarbeiter und kapitalistischem Unternehmer zum Ausgang ihrer Gesellschaftskritik nahmen. Zu verschiedenen Malen haben, ehe noch irgendein Land im übrigen Europa eine organisierte Arbeiterbewegung hatte, organisierte Arbeiter Englands Riesenanstrengungen gemacht gegen die wirtschaftliche und politische Herrschaft der Kapitalistenklasse Sturm zu laufen. Warum erschlafften diese Kämpfe, warum blieb Jahrzehnte lang die sozialistische Propaganda ohne Echo in England? Die Erklärungen, die man zumeist dafür ins Feld geführt hat, sind durch die jetzige sozialistische Bewegung Englands widerlegt worden. Zu keiner Zeit haben im kapitalistischen England die ökonomischen Vorbedingungen für eine erfolgreiche sozialistische Propaganda gefehlt. Dagegen liegen für die Erklärungen jener Erschlaffung und Pause Tatsachen vor, die bei uns und auch anderwärts noch viel zu wenig untersucht und infolgedessen auch viel zu wenig gewürdigt worden sind. Eine sehr natürliche Folge des Umstands, daß eine umfassende und den Dingen auf den Grund gehende Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung Englands bisher überhaupt noch nicht geschrieben war. In Deutschland haben wir in der sozialistischen Literatur nur 2 größere Werke, die dafür in Betracht kommen: Fr. Engels *Lage der arbeitenden Klassen in England* und die verdeutschte Ausgabe der *Geschichte des Tradeunionismus* aus der Feder des Ehepaars Webb. Aber das letztgenannte Werk behandelt, wie schon sein Titel anzeigt, nur die gewerkschaftliche Seite der Arbeiterbewegung, und wenn es auch ihre Beziehungen zur politischen Arbeiterbewegung, die Rückwirkung der Entwicklung des einen Flügels der Bewegung auf den andern nicht unbeachtet läßt, so beschränken sich die Verfasser doch gerade bei diesem Kapitel meist auf ziemlich allgemein gefaßte Bemerkungen, wie denn überhaupt der englische Frühsozialismus in dieser sonst so wertvollen Arbeit nicht nach Gebühr eingeschätzt wird. Engels wiederum, dessen Schrift die Arbeiterbewegung in allen ihren Verzweigungen behandelt und als Verbindung beschreibender und kritisch eindringender Darstellung sozialer Zustände für ihre Zeit epochemachend war, beschränkt sich, soweit die Ideenwelt in Frage kommt, auf die von ihm untersuchte damalige Gegenwart und zieht die Vergangenheit nur für die Erklärung der allgemeinen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungstendenzen heran. Auf selbständige Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung erhebt sein Buch keinen Anspruch. Was es darüber bringt, ist lückenhaft und meist im Licht des radikalen Chartismus der Jahre 1843 und 1844 gesehen, der ein begreifliches Interesse daran hatte die schon erlittenen Niederlagen möglichst zu verwischen und sie daher, soweit er sie überhaupt erwähnte, auf mehr oder weniger zufällige Umstände, Ränke der Kapitalisten und dergleichen zurückzuführen suchte.

Das Engelssche 1845 veröffentlichte Buch ist noch voll des Glaubens an die unaufhaltsam wachsende Kraft der sozialistischen Arbeiterbewegung Englands. Daß der Stand der Chartistenbewegung in den Jahren 1843 und 1844, wo er ihn in England studierte, kein glänzender war, ist dem Blick des jungen Engels nicht entgangen. Aber dieser Stillstand erschien ihm als die Erholungspause nach der im Jahr 1842 erlittenen Niederlage der Bewegung. Voller Begeisterung schreibt er vom Bildungsdrang der englischen Arbeiter jener Tage, von ihrer reichen sozialistischen und naturphilosophischen Auf-

klärungs-literatur. Er stellt ein starkes geistiges Leben in der englischen Arbeiterschaft fest und lobt die bei ihr zu findende Schwungkraft politischen Denkens, die er den deutschen Arbeitern mitzuteilen wünscht. Tatsächlich war jedoch damals diese geistige Schwungkraft in den Reihen der Arbeiter Englands schon sehr im Niedergang begriffen; man befand sich nicht in einer Phase bloßer Erholung sondern in einer Epoche unaufhaltsam sich vollziehender Ernüchterung. Wir sehen und verstehen es, wenn wir das kürzlich vom Dietzschens Parteiverlag ausgegebene Buch M. Beers *Geschichte des Sozialismus in England* lesen, ein Buch, das nach des Verfassers Vorwort bestimmt ist die Entwicklung des Sozialismus und der Arbeiterbewegung Englands seit der industriellen Revolution des 18. Jahrhunderts in sachlich lückenloser, der Zeit und den Gegenständen nach umfassender Darstellung nach Ursache und Wirkung zusammenhängend zur Anschauung zu bringen, und das dieser Aufgabe auch in außerordentlich hohem Grad gerecht wird.

Beers Buch beruht auf tiefgreifender eigener Forschungsarbeit. Auch wer die Vorrede nicht gelesen hat, merkt bald, daß der Verfasser seinen Gegenstand an den Quellen studiert hat. Natürlich hatte er für jede behandelte Epoche seine Vorgänger und verschweigt sie nicht. Aber er schreibt nicht auf ihre Autorität hin sondern hat die in Betracht kommenden Schriften, Zeitungen, Manifeste usw. in den Originalen durchgenommen. Es bedeutete das keine Kleinigkeit. Denn die Geschichte des Sozialismus der neuen Zeit fängt in England früher an und ist reicher an bemerkenswerten Urkunden als man weiß. Sie in einem nicht gar zu umfangreichen Band vorzuführen, ohne wichtige Erscheinungen und Phasen zu vernachlässigen, stellte dem Verfasser recht schwierige Aufgaben. Man kann ihm das Zeugnis ausstellen, daß er sie zumeist mit großem Geschick gelöst hat. Hier und dort freilich läßt Liebe zu irgendeinem Denker oder Kämpfer Beer länger bei ihm verweilen als die Ökonomie des Buches zulassen sollte. Aber man wird nicht sagen können, daß er seine Gunst Unwürdigen zugewandt hat. Im ganzen ist der Stoff gut verteilt und wird in sehr zweckmäßiger Anordnung durchgeführt.

Das Buch zerfällt in 3 große Abschnitte. Zuerst wird die Periode der wirtschaftlichen Umwälzung behandelt, in der England Industriestaat wurde, eine Epoche, die Mitte des 18. Jahrhunderts beginnt und um 1825, dem Jahr der ersten großen Geschäftskrisis des 19. Jahrhunderts, einen vorläufigen Abschluß findet. In dieser Periode entsteht in England eine ernsthafte sozialkritische Literatur, und der moderne Sozialismus hält seinen Einzug. Von Ökonomen bezeichnet Adam Smith ihre erste Phase, Ricardo ihren Ausgang. Thomas Paine und Jeremias Bentham sind ihre rationalistischen, Edmund Burke und William Godwin ihre ethischen Staatsphilosophen, diese beiden zugleich auch, aber nach entgegengesetzter Richtung hin, Romantiker. Der Sozialismus ist im Anfang noch, wie im 17. Jahrhundert, im wesentlichen auf Änderung der Bodenverteilung oder Aufhebung des privaten Eigentums am Boden gerichtet, die vielgenannten Robert Wallace, Thomas Spence und William Ogilvie sind faktisch nur Bodenreformer. Erst in Charles Hall /etwa 1740 bis 1820/ erstet ein Sozialist, dem die industrielle Revolution, der Industriekapitalismus, der in dieser Zeit erstanden und erstarkt war, den Ausgangspunkt seiner Gesellschaftskritik liefert.

Und welcher Gesellschaftskritik! Hätte Karl Marx Hall gekannt, so würde

er ihm sicher einen ähnlichen Titel zuerkannt haben wie John Bellers, den er »ein wahres Phänomen in der Geschichte der politischen Ökonomie« genannt hat. Denn in Halls 1805 publizierter Hauptschrift *Die Wirkungen der Zivilisation auf die Menschheit*, wo das Wort *Zivilisation* in ähnlicher Weise für die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft gebraucht wird wie in den später veröffentlichten Schriften Charles Fouriers, finden wir die Elemente der Marxschen Werttheorie zwar urwüchsig, aber vollständiger entwickelt vor als bei verschiedenen Schriftstellern, die Marx angeblich plagiiert hat. Bei Hall »teilen sich« Grundbesitzer, Pächter, Fabrikanten und Händler in den »Unterschied« zwischen dem Wert des Erzeugnisses des Lohnarbeiters und dem diesem gezahlten Lohn. Hall nennt diesen »Unterschied« noch, dem Sprachgebrauch seiner Zeit folgend, *Profit*; man erkennt unschwer in ihm den Marxschen Mehrwert. Reichtum und Armut sind nach Hall in dem Zustand der Gesellschaft, den er *Zivilisation* nennt, Pole eines und des selben Entwicklungsprozesses. Zunahme des Reichtums bedeute hier notwendig Vermehrung der Armen, denn sie führe zur Steigerung der Bodenrente, die Erhöhung der Lebensmittelpreise zur Folge habe. Die Mittelschichten versinken, die Arbeit wird anstrengender, der Arbeitstag wird verlängert, und die sozialen Gegensätze verschärfen sich. Eine gewalttätige Erhebung der arbeitenden Klassen drohe über die Gesellschaft hereinzubrechen, wenn nicht rechtzeitig Abhilfe geschaffen werde. Als Ablenkungsmittel dienten den Reichen und Herrschenden die Kriege. Die nächsten Motive zur Entfesselung der Kriege seien Ausdehnung der Macht, des Territoriums, der Ausbeutung. »Die Konkurrenz der Reichen aller Handels- und Industrienationen um die Rohstoffe und Luxusgegenstände führt zu Kriegen, die den Armen absolut nichts nützen, obwohl die Reichen stets vorgeben, daß sie zum Wohl des Volkes den Krieg aufnehmen.« Es würden aber auch Kriege geführt, die bloß den Zweck haben Erhebungen der Armen für ihre Rechte und Reformen zu hintertreiben. Hierhin gehöre der Krieg, den England gerade wieder mit Frankreich führe. Ihn habe offenbar die Furcht vor Ausbreitung der französischen Revolution diktiert.

Das ist 1805 geschrieben. Man traut seinen Augen nicht. 12 Jahre, bevor Ricardos *Grundsätze der politischen Ökonomie* erschienen, aus deren Theorie vom Arbeitswert Robert Owen und dessen Anhänger Beweise für den Sozialismus ableiteten, entwickelt Charles Hall die Elemente der Mehrwertslehre. Dabei war Hall keineswegs Nationalökonom von Fach. Er war von Beruf Arzt. Als solcher mag er nun freilich mit dem Leben und den Leiden des Volkes wohl vertraut gewesen sein. Trotzdem ist diese Deduktion überaus merkwürdig, wenn es auch um jene Zeit sonst nicht an scharfer Kritik des sich ausbreitenden Kapitalismus fehlte. Die Epoche war sehr revolutionär. Die in den aufkommenden Fabrikdistrikten zusammengesetzten Arbeitermassen waren verwildert und gingen, wie die Bewegung der Ludditen zeigte, leicht zu gewalttätigem Dreinschlagen über. An der Jahrhundertwende hatte man ihnen, unter Berufung auf Gewalttaten, die bei Streiks begangen worden waren, das Koalitionsrecht genommen und auf Übertretung Zuchthaus und Deportation gesetzt. Die Klassengegensätze in der kapitalistischen Gesellschaft konnten kaum schärfer zum Ausdruck kommen als damals. Rebellierten in Industrie und Gewerbe die Arbeiter gegen die Unternehmer, so waren die Gewerbetreibenden erbittert über die

Steuergesetzgebung des ausschließlich aus Grundbesitzern zusammengesetzten Parlaments, das alle Lasten des Staats auf die Verbrauchsgegenstände der Massen legte und insbesondere durch Kornzölle für hohe Preise der notwendigsten Lebensmittel sorgte. Obendrein war das Legen von Bauern durch Einhegung von Gemeindeland noch in schönstem Gang, einträgliche Stellen wurden im Parlament nach Parteigunst vergeben, und bei den Wahlen herrschte, wo nicht der Gutsherr einfach vorschrieb, wie die Pächter zu stimmen hätten, unverhüllter Stimmenkauf.

Wenn es über alles das nicht zur völligen Revolution kam, so war in der Tat einer der Hauptgründe dafür die Ablenkung der Geister durch die halb für dynastisch-aristokratische Zwecke, zum Teil aber auch im kapitalistischen Interesse geführten Kriege Englands auf dem Festland und in überseeischen Ländern, zumal die Kriege und Expeditionen viele unruhige Elemente durch deren Verwendung als Werbesoldaten, Matrosen und Kolonisten absorbierten. Auch die mit vielem Lärm geführten Kämpfe zwischen den beiden großen Parlamentsparteien ließen es zu keiner einheitlichen Erhebung gegen die herrschende Oligarchie kommen. Um so tiefer aber wurden die schreienden Übelstände, voran die mit der wirtschaftlichen Verelendung Hand in Hand gehende moralische Verelendung der Volksmasse, von denen empfunden, die sich durch Kriegeruhm und Eroberungen nicht blenden ließen und erkannten, daß, an den wirklich zu lösenden Fragen gemessen, der Kampf zwischen Whigs und Tories nur, wie der Dichter es ausdrückte, ein Streit »zwischen Tweedledum und Tweedledee« war. Ihrer Entrostung liehen vor allen die Byron und Shelley in Versen von unübertroffener Kraft (Byron übrigens auch als Mitglied des Hauses der Lords) in eindringlicher Rede Ausdruck. In der durch Stempelsteuer und Zwangsgesetze eingegengten Presse versah am wirksamsten William Cobbett, dessen *Political Register* von Hunderttausenden gelesen wurde, mit in Ätzlauge getauchter Feder das Amt des für die Unterdrückten eintretenden Anklägers. Unter den Rednern, die in öffentlichen Versammlungen die Massen zum Kampf wider die Geld- und Bodenaristokratie zu entflammen wußten, ragt der von beispielloser Popularität getragene Henry Hunt, im Volksmund kurzweg *Orator Hunt* genannt, als erster hervor, und groß ist die Zahl der Verfasser von Flugschriften für das Volk, worin Haß und Verachtung gegen die Herrschenden gepredigt und tiefgreifende Reformen verlangt werden. Eine weitverzweigte Verbindung von radikalen Reformern, deren örtliche Verbindungen sich *Korrespondenzvereine* nannten, hatte es schon in den letzten Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts gegeben. Sie hatte eine solche Bedeutung erlangt, zu so gewaltigen Demonstrationen gegen die Regierung des Tages geführt, daß man es 1795 für geraten hielt sie durch brutale Gewalt zu unterdrücken. An ihre Stelle traten im 19. Jahrhundert geheime Verbindungen und Verschwörungen, deren die Regierung mit Hilfe von Spitzeln Herr wurde, und von deren Führern einige der besten den Tod von Henkershand erlitten. Parallel mit dieser Bewegung läuft die Literatur der philosophierenden Staats- und Gesellschaftsreformer, zu unterscheiden in Schriften, die die Gesellschaft selbst von Grund aus ändern, und solche, die nur an ihr mehr oder weniger bessern wollen. Es ist eine Epoche allgemeiner Gärung, in der die kühnsten Vorschläge laut werden.

Beers Buch enthüllt dem Leser ein geistiges Leben, von dem die landläufigen



Werke über die Geschichte Englands nur eine schwache Ahnung durchblicken lassen. In dieser gärenden Zeit sehen wir die Keime der modernen gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung sich zu Sprößlingen entfalten, tritt Robert Owen als Sozialpädagoge und Sozialreformer auf, erstehen Arbeitergenossenschaften und Arbeiterbildungsvereine, und erhält die bürgerlich radikale, von Bentham ausgehende Schule der Utilitarier ihren klassischen politischen Ökonomen in David Ricardo. Das von Beer sehr übersichtlich vorgeführte System Ricardos wird zur Handhabe dem bis dahin von den einen naturrechtlich, den anderen aus Sätzen der Ethik abgeleiteten Sozialismus eine ganze ökonomische Ableitung zur Grundlage zu geben. Unter dem Druck der tiefgehenden Erbitterung fällt schließlich 1824-1825 das absolute Verbot der Arbeiterkoalitionen, und in der Politik wird die Reform des Wahlrechts der Schlachtruf des liberalen und radikalen Bürgertums, in demokratischer Formulierung auch die Parole der energischsten Elemente der Arbeiterklasse. Es beginnt die zweite große Phase in der Geschichte des englischen Sozialismus: die Epoche des *Chartismus*.

Ihre Darstellung bildet den wertvollsten Teil des Beerschen Buches. Noch nie ist meines Erachtens die große Bewegung, die diesen Namen trägt, so umfassend, so systematisch, mit so gründlicher Analyse bemeistert worden wie hier. Und was das sagen will, kann nur der völlig würdigen, der selbst sich mit dem Studium der Geschichte Englands im 19. Jahrhundert befaßt hat. Die Geschichte des Chartismus, die Beer verständigerweise viel früher beginnen läßt als dies alle bisherigen Schriften über diese Bewegung getan haben, ist ein großes Drama voller Tragik. Sie ist, obwohl weniger blutig, doch erschütternder als die Geschichte des französischen Proletariats im 19. Jahrhundert mit ihrer Junischlacht von 1848 und ihren schrecklichen Maitagen von 1871. Ihr fehlen die großen Daten jener, ihr fehlen aber nicht die großen, verheerenden Niederlagen. »Der Chartismus«, sagt Beer treffend. »kam aus dem Experimentieren gar nicht heraus.« Er hätte hinzufügen können: das war sein Verhängnis. Indes, wenn er das Wort nicht ausspricht, so führt er mit ergreifender Deutlichkeit die Sache selbst vor Augen. Diese Geschichte ist ein Drama wuchtiger, mit großem Opfermut immer von neuem unternommener Anläufe der besten Elemente der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Oligarchie, Anläufe, die immer wieder zurückgeschlagen werden, weil das Angriffsobjekt tief im Organismus der Gesellschaft verankert ist und keinen Punkt darbietet, an dem es so schwer getroffen werden könnte, um vor den Anstürmenden kapitulieren zu müssen.

Seinem Wesen nach war der Chartismus der Kampf des vorgeschrittenen Teils der Arbeiter Englands um die Eroberung politischer Macht als das Mittel zur Umgestaltung Englands im sozialistischen Sinn. Mit diesem Ziel wird der Kampf schon Ende der zwanziger Jahre des 19. Jahrhunderts sehr energisch aufgenommen, während er den Namen *Chartismus* (dem Begriff nach: Kampf für den Volkscharter, der ein demokratisches Wahlrecht umfaßte) erst 1838 erhält. Es ist Beer durchaus zuzustimmen, wenn er bemerkt, daß weder der Zeitbestimmung nach noch inhaltlich der Name Chartismus die Geschichte und das Wesen der Bewegung erschöpft. So wenig ist dies der Fall, daß der Vorgang des Jahres 1838, der ihr den Namen gab, tatsächlich nur die *Wiederaufnahme* der Bewegung war, nachdem sie schon zwei große Niederlagen erlitten hatte, von denen jede in ihrer Weise

gleich verhängnisvoll gewesen war. Im Jahr 1832 waren alle Agitationen der sozialistischen Arbeiter gegen die Bestimmungen, nach denen die damalige Wahlreform beim Wahlrecht der Kleinbürger Halt machte, fehlgeschlagen, und mit verheerender Niederlage hatte 1834 eine sehr bedeutende, von den Regierenden ungemein ernst genommene Bewegung geendet durch Massenstreiks die Arbeiterklasse an die Herrschaft zu bringen. Beide Bewegungen waren überaus interessant. Sie wurden in der Arbeiterpresse mit Begründungen verfochten, in denen der Klassencharakter der modernen Gesellschaft und die Natur dieser Klassen in der Hauptsache schon genau so gekennzeichnet wurden wie es heute in der sozialistischen Literatur der Fall ist. Auch die Gegensätze in der Theorie der Bewegung zeichnen sich in dieser Zeit schon mit aller Deutlichkeit ab. Nach der Niederlage der Arbeiter im politischen Kampf von 1831-1832 sehen wir die Idee des revolutionären Gewerkschaftskampfs und des Generalstreiks sich der Geister bemächtigen, Arbeiterblätter sprechen die selbe Sprache, die wir heute in den Organen der Bewegung vorfinden, die man in Deutschland mit zweifelhafter Begriffsbildung *syndikalistisch* nennt. Die von Robert Owen aus ethischen Gründen gepredigte Enthaltung vom politischen Parteikampf wird zur revolutionären Gegnerschaft gegen den Parlamentarismus schlechthin umgedeutet. Durch die Gewerkschaften und in Form eines umfassenden Gewerkschaftsbundes soll die Herrschaft der Arbeiterklasse verwirklicht werden.

Die »syndikalistische Phase« nennt Beer die Zeit der Vorherrschaft jener Idee. Die Agitation reißt in einem bestimmten Zeitpunkt, Winter 1833-1834, die Gemüter fort, führt im Frühjahr 1834 .um schon erwähnten Massenstreik und endet im Hochsommer des gleichen Jahres mit völliger Niederlage, die den Gewerkschaften tiefe Wunden schlägt und eine allen hochfliegenden Unternehmungen skeptisch abgeneigte Unterströmung in den Reihen der Gewerkschaften zurückläßt. An den materiellen und geistigen Nachwirkungen dieser Niederlagen krankt die Bewegung noch, als 1837-1838 der Kampf um die Wahlreform von neuem aufgenommen wird und nun den Namen *Chartismus* erhält, und sie ist ihrer nie völlig Herr geworden. Sie wächst an Umfang, sie erhält eine größere Presse, die Fortschritte der Industrie, die Vervollkommnung der Verkehrsmittel und die entsprechende Steigerung des Verkehrs kommen ihr zugute, sie macht mehr Lärm, aber sie macht darum doch keinen stärkern Eindruck auf die Gewalthaber. Nie wieder hat während des ganzen 19. Jahrhunderts eine Aktion der Massen die Herrschenden Englands so mit Besorgnis erfüllt wie die Streikbewegung von 1833-1834. Die Regierenden wußten nun, woran solche Aktionen sich zerreiben, und trafen ihre Gegenmaßregeln mit größerer Erfahrung und Zuversicht. In den Reihen der Arbeiter aber blieben wichtige Organisationen den zu revolutionären Zwecken ins Werk gesetzten Streiks nunmehr fern. Beer kennzeichnet eingangs des zweiten Teils seines Buches den Verlauf der Chartistenbewegung wie folgt: »Die Jahre von 1825 bis 1830 bildeten ihre Entstehungszeit; in den Jahren von 1831 bis Ende 1834 erreichte sie ihren theoretischen Höhepunkt; praktische, organisatorische Gestalt erhielt sie in den Jahren von 1837 bis 1842, und seit 1849 siechte sie dahin, um im Frühjahr 1854 ganz zu erlöschen.« Das trifft im wesentlichen zu, zeigt aber gleichfalls, zu welch falschen Urteilen über diese Bewegung diejenigen gelangen müssen, die sie nur bis zu den Jahren zurückverfolgen, in denen sie ihren Namen empfing und unter ihm sich organisierte.

Als im Jahr 1838 der chartistische *heilige Monat* ins Werk gesetzt werden sollte, war den meisten Arbeitern Englands selbstverständlich der verunglückte Massenstreik von 1834 noch lebhaft im Gedächtnis, und nicht viel anders kann es gewesen sein, als 1842 neue Massenstreiks betrieben wurden. So ist es begreiflich genug, wenn der *heilige Monat* nicht einmal als *heilige Woche* in größerem Umfang durchgeführt werden konnte und auch die Bewegung von 1842 nur wenig vorhielt und schließlich von den Chartisten als ein von den Fabrikanten ins Werk gesetzter Putsch abgeschüttelt wurde. Ebenso lernt der Kenner jener ersten Phasen der Bewegung auch die Bedeutung der Debatten der Chartisten über die Frage, ob auf physische Gewalt und moralische Gewinnung das Hauptgewicht zu legen sei, besser verstehen, und er wird nicht der Gefahr erliegen aus der Stellung der einzelnen Chartisten zu dieser Frage Schlüsse auf deren Klassennatur oder Klassenstellung zu ziehen. Bei Beer kann man sehen, welche ganz anderen Momente die Parteistellung hier bestimmten.

Unzweifelhaft war der Chartismus in den Jahren von 1837 bis 1842 eine großartige Bewegung. Er umfaßte gewaltige Massen und brachte Riesensammlungen zustande. Er entflamte sehr begabte Dichter zu schwungvollen Versen über die Leiden, die Forderungen und die Mission der Arbeiter und begeisterte unzählige Arbeiter und Arbeiterführer zu den größten Opfern an Gut und Freiheit. Was Heinrich Heine einmal über die angeblich prosaische Natur des Chartismus im Verhältnis zum Idealismus der französischen Arbeiterbewegung schrieb, ist durchaus unrichtig. Aber der Chartismus hatte einen ungleich schwierigeren Kampf zu bestehen als die Arbeiter Frankreichs vor 1848. Er stand einem viel entwickelteren Kapitalismus gegenüber als jene und mußte den Kampf mit ihm direkt führen, statt über Dynastien oder Tagespolitiker hinweg. Während der Reformbewegung von 1831-1832 begründete das Chartistenblatt *Poor Man's Guardian* seinen heftigen Widerstand gegen die Teilreform, wie die Liberalen sie annehmen wollten, damit, daß es ausführte, die Arbeiter dürften nicht dulden, daß das breite Bürgertum in der Wahlrechtsfrage befriedigt werde, denn sie brauchten noch dessen Bundesgenossenschaft gegen die große Bourgeoisie und Aristokratie. Ginge sie ihnen verloren, was sicher eintreten würde, wenn die Teilreform Gesetz werde, so würden die Arbeiter noch lange auf ihr demokratisches Wahlrecht zu warten haben. Die Geschichte hat dem Schreiber recht gegeben. Damals gab es in England etwa 470 000 Wähler, und durch die Wahlreform von 1832 wurden es über 700 000. In Frankreich aber, das über 6 Millionen mehr Einwohner hatte als England, das heißt Großbritannien und Irland, vermehrte die Julirevolution von 1830 die Zahl der Wähler erst von etwa 150 000 auf 200 000, und es gab dort am Vorabend des Jahres 1848 ungefähr ganze 300 000 Wähler, wo es in England deren schon über 800 000 gab. In diesen Zahlen prägt sich die so viel schwierigere Lage des Chartismus aus, in ihnen ist auch ein wichtiges Stück Erklärung dafür zu finden, warum die Februarrevolution von 1848 in England beim Bürgertum keinen Widerhall fand, ein aus ihrem Anlaß mit Aufbietung aller Kraft unternommener erneuter Ansturm der Chartisten zur Erringung des demokratischen Wahlrechts vielmehr am organisierten Widerstand von Adel, Großbourgeoisie und Mittelbürgertum zerschellte.

Von Niederlage zu Niederlage: das war der Leidensweg des Chartismus.

Jeder neue von ihm unternommene Versuch einen Sieg zu erzwingen zeigte nur immer deutlicher, wie fest die kapitalistische Wirtschaftsordnung einwurzelte, wie wenig gegen sie mit heroischen Mitteln auszurichten war. So ward der Bewegung der hohe Gedankenflug ausgetrieben, so rieben sich ihre besten Kämpfer in fruchtlosen Anstrengungen auf, so erschienen sie den enttäuschten Arbeitern als Phantasten, und andere Gesellschaftselemente gewannen auf jene Einfluß.

Und der Druck dieser Leidensgeschichte hat noch lange auf der englischen Arbeiterbewegung gelastet. Auch dann noch, als Generationen herangewachsen waren, die sie selbst nur unvollkommen oder gar nicht kannten. Sie hatten eben von Jugend auf die Atmosphäre eingesogen, die durch die Geschichte jener Fehlschläge erzeugt war. Als nach langer Pause endlich um 1879-1880 eine neue sozialistische Propaganda in England entfaltet wurde, da traf sie ein Geschlecht von Arbeitern, die den Sozialismus überhaupt nicht kannten, aber darum doch nicht für ihn geistiges Neuland waren, das nur aufgeackert zu werden brauchte. Das neue Geschlecht war mit Steinen durchsetzter und von Unkraut überwucherter Boden, der erst in geduldiger Arbeit mühsam von diesen Fremdkörpern gereinigt werden mußte, bis auf ihm neue Saaten aufgehen konnten. Beer hat die dritte und neueste Periode des englischen Sozialismus, seine Geschichte seit dem Verlöschen des Chartismus, verhältnismäßig kurz und mit einer gewissen Zurückhaltung behandelt, die sich begreift, wenn man berücksichtigt, daß die meisten Personen, von denen nun die Rede ist, noch unter den Lebenden weilen. Die Geschichte von Kämpfen der Gegenwart zu schreiben wird für denjenigen, der zur Partei der Kämpfenden gehört, immer eine mißliche Sache bleiben, bei der nicht viel mehr herauskommt als entweder eine Apologie oder eine mehr oder weniger gewissenhafte Chronik. Beer steht dem Parteistreit in der heutigen sozialistischen Bewegung Englands nicht neutral gegenüber; aber er schildert die verschiedenen Standpunkte mit der nötigen Sachlichkeit des Geschichtsschreibers, wobei seine Darstellung dadurch belebt wird, daß sie auf unmittelbarer Kenntnis der Personen und Dinge beruht, und der Verfasser gut zu charakterisieren weiß.

Ein ungeheures Material hat Beer in seinem Werk verarbeitet. Er führt eine sehr große Zahl bedeutender oder als Charaktere ausgezeichneter Persönlichkeiten vor und gibt viele Belegstücke aus der Literatur des englischen Sozialismus. Er berichtigt viele irrige Urteile und erschließt viele bisher unbekannt oder unbenutzte Quellen. Er gibt uns ein wahrhaftes Geschichtswerk, und Geschichte schreiben heißt den Volksggeist kennen lernen.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

## WILHELM NITSCHKE · ZUR SCHULUNG DER FUNKTIONÄRE



S sei mir gestattet die Aufmerksamkeit auf ein Problem in der Arbeiterbewegung zu lenken, das meines Wissens noch sehr wenig besprochen worden ist: auf die Schulung der Arbeiterfunktionäre. Vor einigen Jahren schrieb Genosse Max Maurenbrecher einmal über diese Frage: »Bei diesem größern Kreis der *interessierten* oder *tätigen Parteigenossen* liegt letzter Hand die Entscheidung über die

Zukunft. Sie sind vor der Geschichte verantwortlich für Sieg oder Tod der Arbeiterbewegung. Sie sind es, die als Objekt für eine planmäßige politische und wirtschaftliche Bildung in Frage kommen.« Und weiter: »Das Ziel der Bildung, nach der diese Kreise in erster Linie verlangen müssen, kann nur sein, daß sie fähig werden die ihrer Entscheidung unterbreiteten Fragen in ihrer ganzen Bedeutung und in ihren möglichen Wirkungen zu überblicken und somit nach Berechnung und nicht nur nach Stimmung oder Laune entscheiden zu können.« Von den Gewerkschaftsfunktionären sagt er dann: »Auch die wirtschaftliche Bildung, die unsere Unteroffiziere brauchen, heißt zunächst Einzelwissen, Tatsachenkenntnis, Statistik und nicht allgemeine Theorie und abstrakte Begriffe.«<sup>1)</sup>

Nun braucht man den Vorschlägen Maurenbrechers zur Ausbildung der Funktionäre im einzelnen nicht unbedingt zuzustimmen, die Frage einer bessern systematischen Schulung der Arbeiterangestellten an sich ist aber jedenfalls von größter Bedeutung. Seit Maurenbrechers Anregungen sind bereits mehrere Jahre verflossen, ohne daß irgend etwas Positives auf diesem Gebiet geschehen ist. Das hat seinen Grund wohl hauptsächlich in bestimmten inneren Organisationsverhältnissen, über die ich hier einiges sagen möchte.

Der Arbeiterfunktionär fängt in der Partei und in der Genossenschaft bei dem Generalversammlungsdelegierten, in der Gewerkschaft bei dem Werkstattvertrauensmann an. Schon diese Funktionäre üben einen sehr bestimmenden Einfluß in der Bewegung aus, doch ist ihre Zahl zu groß, als daß sie für die Frage einer systematischen Schulung in Betracht kämen. Erst bei den Gruppen-, Bezirks- und Abteilungsführern der Partei und bei den Werkstattkommissionsmitgliedern, Obleuten, Branchen- und Bezirksleitern der Gewerkschaften könnte von einer solchen Schulung die Rede sein. Gerade bei allen diesen Funktionären jedoch besteht gegenwärtig ein ganz unüberwindliches Hindernis für jede geistige Fortbildung: der Mangel an Zeit.

Jeder aufmerksame Beobachter wird sofort bemerken, daß die vorhandenen Bildungseinrichtungen gerade von den Funktionären am allerwenigsten benutzt werden oder, richtiger, benutzt werden können. Sehen wir uns zum Beispiel einmal an, was ein Bezirks- oder Branchenobmann in der Gewerkschaft neben seiner Berufsarbeit zu leisten hat. In seinem Bezirk sind zunächst mehrere hundert Werkstätten und Fabriken, deren Arbeiter er nach Arbeitsschluß in der Nähe der Werkstatt in jedem Vierteljahr mindestens je einmal zu Sitzungen zusammenberufen soll. In dieser Aufgabe stehen ihm 8 bis 10 Kommissionsmitglieder zur Seite. Ferner aber hat er an den wöchentlich regelmäßig 1- bis 2mal stattfindenden Verwaltungssitzungen, monatlich an 1 bis 2 Vertrauensmännerversammlungen, an einer Branchen- respektive Bezirksversammlung, endlich an den allgemeinen und Generalversammlungen der Gesamtorganisation teilzunehmen. Die Rechtsschutz-, Beschwerde-, Arbeitsnachweis-, Darlehns-, Bibliotheks- und Vergnügungskommissionen sind sämtlich aus den gleichen Funktionären zusammengesetzt und nehmen meist jede Woche einen Abend in Anspruch. Nebenbei haben diese Funktionäre auch ihre Pflicht als Mitglieder der Partei zu erfüllen. Bei den Parteifunktionären sieht es nicht besser aus, sie bekleiden fast stets

<sup>1)</sup> Siehe Maurenbrecher *Schulung der Funktionäre* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1909, 3. Band, pag. 1406 und 1408.

noch Ämter in der Gewerkschaft, Genossenschaft oder Krankenkasse. Es leuchtet wohl ein, daß bei einer so vielseitigen Tätigkeit ein freier Abend eine große Seltenheit ist. Den Sitzungen fernbleiben können die Funktionäre auch nicht. Denn sie sind die Bindeglieder zwischen den Vorständen und der Mitgliedschaft, und diese fordert regelmäßige Information und eventuelle Rechenschaft über alle Vorkommnisse in den Organisationen. Gerade diese Funktionäre sollen der Bewegung die Richtung geben, da sie in den erweiterten Vorständen mitberaten. Auf ihr Verständnis und Urteil kommt es sehr an. Denn die Mitglieder stehen unter ihrem Einfluß und erwarten von ihnen Direktiven. Tatsächlich ist es aber leider oft umgekehrt; die Funktionäre lassen sich von der Gegenströmung der Masse tragen, weil ihnen in kritischen Augenblicken selbst der rechte Überblick fehlt.

Nur eine grundlegende Reform könnte hier eine Änderung zum Bessern bewirken. Sie müßte von den obersten Spitzen, von den Vorstandsmitgliedern an durchgeführt werden. Vor allen Dingen wäre die geschilderte Überlastung durch allerlei Sitzungen aufzuheben. So gut wie man den Menschen nach göttlicher Ordnung nach 6 Arbeitstagen einen Tag zur religiösen Erbauung und zur Ruhe gab, müßte man den Arbeiterfunktionären mindestens 3 Abende in der Woche frei lassen, an denen sie sich sammeln können und Kraft und Zeit zur Weiterbildung haben. Dadurch dürfte auch der häufige Wechsel der Funktionäre verringert werden, der für die stetig wachsende Tarifbewegung sehr schädigend ist, und den man gegenwärtig vergeblich durch kleine materielle Extraentschädigungen zu hindern sucht.

Die Arbeiter, die eine Anstellung in der Bewegung finden, glauben zunächst die Mängel ihrer Vorbildung, die sie in ihren Ämtern doppelt fühlen, nun nachholen zu können. Aber weit gefehlt. Mit dem steten Wachstum der Organisationen mehrt sich ihre Arbeit von Tag zu Tag; Neuanstellungen erfolgen natürlich erst dann, wenn für eine weitere Kraft wieder vollauf Arbeit da ist. In Organisationen mit mehreren Angestellten liegt so viel Arbeit vor, daß der einzelne das auf ihn entfallende Quantum kaum bewältigen kann. Wollen die Angestellten nicht als lässig oder unfähig gelten, so müssen sie auch außerhalb ihrer Organisation noch hie und da ein Amt annehmen, und ehe sie sich recht besinnen, sind sie genau so auf jeden Abend in der Woche festgelegt wie früher. Dazu kommt, daß die Tätigkeit eines Statistikers, Kassierers, Unterstützungsauszahlers, Arbeitsvermittlers, Expedienten usw. zwar die gespannteste Aufmerksamkeit fordert, aber durch ihren schematischen und eintönigen Charakter allmählich geradezu abstumpfend wirkt. Wer sich unter solchen Umständen geistig emporarbeiten will, muß wirklich über eiserne Energie und über stählerne Nerven verfügen.

Aber nicht nur hervorragende Fähigkeiten und besseres Wissen sind für den Funktionär notwendig, es kommt außerdem sehr stark auf seine moralischen Qualitäten, auf sein psychologisches und pädagogisches Verständnis an. Denn es gehört auch zu seinen Aufgaben die Mitglieder zu Solidaritätsgefühl und zum Bewußtsein der Bedeutung der Bewegung zu erziehen. Wer die Arbeiter nicht nur in großen Volksversammlungen und ähnlichen Veranstaltungen kennen gelernt hat, wo die Masse suggerierend auf den einzelnen einwirkt, der weiß, daß dieses Bewußtsein durchaus nicht überall vorhanden ist. Er weiß, wieviel moralischer Takt dazu gehört in gewissen

Fällen Streitigkeiten zu verhindern oder aufgeregte Gemüter zu beruhigen. Auch die technischen Einrichtungen in den Organisationen, vielfach Nachbildungen staatlicher Institutionen, wie sie erst eine geregelte Geschäftsführung ermöglichen, rufen häufig den Unwillen der Mitglieder wach. Was hier im Interesse der Gesamtorganisation notwendig ist, empfindet der einzelne leicht als Last. Dann wird gewöhnlich der Vorstand angegriffen, und zwar mit den schärfsten Worten. Statt sachlicher Diskussionen gibt es heftige persönliche Auseinandersetzungen. Auch in solchen Fällen hängt alles von dem Sitzungs- oder Versammlungsleiter ab. Versteht er es im rechten Moment das rechte Wort zu sprechen, so wird sich so manche unangenehme Debatte vermeiden lassen.

In großen Gewerkschaften nimmt die Rechtsauskunft, die Bücherausgabe und besonders die Unterstützungsauszahlung immer mehr den Charakter der Massenabfertigung an. Auch dabei sind die Umgangsformen des Angestellten von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Ist es schon unter anderen Umständen nicht leicht täglich den Wünschen von Hunderten von Menschen gerecht zu werden, so wird es in demokratischen Arbeiterorganisationen doppelt schwierig. Ist dem Arbeiter von seinem Arbeitgeber unrecht geschehen, ist er bei Gericht mit einer gewerblichen Klage abgewiesen worden, ist er arbeitslos oder krank, stets kommt seine gereizte Stimmung zuerst im Verbandsbureau zum Ausdruck. Sache des Angestellten ist es dann nach Möglichkeit unerwünschte Zusammenstöße zu umgehen. Sein Verhalten muß nicht nur freundlich sein, wie man das auch von einem bürgerlichen Beamten fordert; die Mitglieder dürfen vor allem niemals das Gefühl solidarischer Zusammengehörigkeit mit den Funktionären verlieren. Der Angestellte muß stets die Selbstbeherrschung wahren. Denn nicht der ist der Energischste, der bei einer Meinungsverschiedenheit am lautesten schreit, sondern der, der im kritischen Augenblick die höchste Selbstbeherrschung übt. Nur durch diese innere Überlegenheit kann der Angestellte in der Arbeiterbewegung sich die Autorität erwerben, die dem bürgerlichen Beamten durch allerlei Strafparagrafen garantiert ist. Hat die Arbeiterschaft die Empfindung, daß diese moralische Überlegenheit fehlt, so schwindet auch sofort das Vertrauen unter den Genossen, das selbst im kleinsten Tätigkeitskreis die Vorbedingung erfolgreichen Wirkens ist. Deshalb fügt jeder der Bewegung schweren Schaden zu, der sich dieses Vertrauen nicht zu erhalten weiß. Ein Genosse, zwischen dessen Worten und Handeln eine Kluft besteht, paßt nicht zum Funktionär der Bewegung. Jeder Angestellte muß wirklich von idealer Gesinnung durchdrungen sein; er muß persönliche Wünsche und Neigungen in starkem Willen den größeren allgemeinen Zwecken unterordnen können. Er darf sich auch nicht von Gefühlseinflüssen allein leiten lassen sondern muß an erster Stelle die Vernunft zum Richtmaß seiner Handlungen nehmen. Die organisierte Arbeiterschaft darf nicht warten, bis durch bessere Zustände die Vorbedingungen zur Entwicklung höhern Menschentums geschaffen sind; der einzelne muß sich vielmehr schon heute durch sein Leben und Tun für die Erringung solcher Zustände mitverantwortlich fühlen. Er darf sich nicht damit zufrieden geben als Produkt der schlechten sozialen Daseinsverhältnisse innerlich zu leiden, er muß über diese Verhältnisse hinauswachsen und sie mitzugestalten versuchen. Je mehr der einzelne an sich selbst arbeitet, desto bessern Einfluß wird er auch auf seine Umwelt üben.

desto fester und sicherer wird er im Kampf für eine vollkommeneren Zukunftsgesellschaft jederzeit seinen Mann stehen.

Maurenbrecher befürchtet, daß sich schwer psychologische und pädagogische Lehrkräfte für die Arbeiterschaft finden lassen dürften. Meiner Ansicht nach ist dies gegenwärtig nicht die dringendste Sorge. Wichtiger wäre es Zeit für die Funktionäre zu schaffen. Der Bildungsausschuß sollte erst einmal mit den oberen Leitern der Bewegung eine Arbeitsregelung für die Funktionäre in den Großstädten durchzuführen suchen, damit diese nicht mehr 6 Abende oder, besser, Nächte in der Woche in Sitzungen und Versammlungen zubringen müssen. Dann wird sich die Frage der Lehrkräfte schon lösen lassen. Ja, die Qualität der Funktionäre würde sich dadurch schon ganz von selbst heben. Denn es ist durchaus kein Geheimnis, daß gerade mancher tüchtige und lernbegierige Genosse sich heute scheut irgendein Amt in der Bewegung zu übernehmen, weil er weiß, daß es dann mit seiner Weiterbildung so ziemlich zu Ende ist. Darum trifft dieses Problem den innersten Kern des Ganzen. Es gilt den Kern der Bewegung gesünder zu machen, dann erst kann das Ganze gedeihen.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX  
**WILHELM HAUSENSTEIN · LANDSCHAFT UND  
 DEMOKRATIE**



MIT der Soziologie der Kunst ist es eine heikle Sache wie mit jeder Kunstbetrachtung, die das Kunstwerk nicht einfach mit augenblicklichen Empfindungen aus dem Kunstwerk selber herausholt sondern Zusammenhänge sucht, die von einem gewissen Punkt ab vom Kunstwerk wegführen. So ist zum Beispiel auch die Psychologie des Kunstwerks oder die Philosophie des Kunstwerks leicht eine verhängnisvolle Sache, und man hat in diesen Dingen oft genug entsetzliche Geschmacklosigkeiten erlebt. Soziologie, Psychologie, Philosophie der Kunst sind nicht selten einfach der Ausdruck einer künstlerischen Hilflosigkeit; sie sind oft nichts als die Verlegenheitsauskunft eines im Grunde banausischen Pflichtgefühls, das dem gebildeten Mann befiehlt die Kunst zu bewahren, und das tut er dann mit den Mitteln, mit denen der Biedermann es kann.

Aber damit ist nun nicht gesagt, daß etwa Psychologie, Philosophie, Soziologie, Klimatologie, Anthropogeographie, Rassenkunde mit der Kunst gar nicht in Berührung gebracht werden dürften. Es kommt nur darauf an die kunstwissenschaftliche Zuständigkeit dieser Wissenschaften genau abzugrenzen. Und wenn man von einer kunstwissenschaftlichen Zuständigkeit spricht, so ist die Abgrenzung eigentlich bereits vorgesteckt. Soziologie der Kunst ist eine wissenschaftliche Einreihung der Kunst in die Lebenszusammenhänge. Kunstsoziologie ist nicht das selbe wie Kunstgefühl, Kunstgenuß, künstlerische Sinnlichkeit. Kunstsoziologie wird zwar nie geraten, wenn sie nicht mit Kunstgefühl verquickt und irgendwie mit künstlerischen Empfindungszuständen, mit Sinneserregungen verbunden ist. Die Soziologie der Kunst hat es eben immer mit der Kunst zu tun, und Kunst kann nie glücklich sein außer in den Kreisen des Geschmacks. Auch in ihren auswärtigen Beziehungen wird sie noch immer empfindende Achtung für die Zauber ihrer Sinnlichkeit erwarten. Aber so selbstverständlich



dies nun auch sein mag: Kunstsoziologie ist doch noch lange nicht das selbe wie Kunstgefühl. Kunstsoziologie beschäftigt sich, mag und muß sie auch mit sinnlichen Kunstgefühlen durchsetzt sein, wesentlich mit wissenschaftlich erfaßbaren Voraussetzungen der Kunst. Freilich mit den allerwichtigsten: mit denen, die im historisch wandelbaren Wesen der Gesellschaft liegen. Erst jenseits dieser wissenschaftlichen Erklärungsarbeit, dieser wissenschaftlichen Annäherungsmethode beginnt der unmittelbare und eigentliche Genuß der Kunst.

Man kann die Soziologie der Kunst auch auf allen möglichen Kunstgebieten versuchen. Es gibt Kunstgebiete, bei denen eine soziologische Betrachtung von vornherein gewisse Wahrscheinlichkeiten für sich hat. So ist zum Beispiel eine Soziologie der altorientalischen Kunst nicht allzuschwer zu schreiben. Schwieriger wird die Sache bereits bei der griechischen Kunst. Immerhin handelt es sich auch da wenigstens um Menschendarstellung, und im ganzen mag es viel leichter sein eine Soziologie der Darstellung der menschlichen Gestalt zu schreiben als etwa eine Soziologie des Stillebens oder der Landschaftsmalerei. Allein auch das ist zu versuchen: denn entweder paßt eine kunstsoziologische Methode auf alle Gebiete der Geschichte des künstlerischen Stoffs und der künstlerischen Form, oder sie ist überhaupt nichts wert.

Die Soziologie der künstlerischen Landschaftsdarstellung ist eine Soziologie der Demokratie.

Es ist eine Tatsache, die einiger Aufmerksamkeit sofort auffällt, daß von Landschaftsdarstellung nur in ziemlich streng begrenzten Zeitaltern der Weltgeschichte die Rede ist. Weder die Urkunst noch die Kunst des alten Orients noch die der frühen Griechen noch die des Mittelalters kennt die Landschaft. Es kommt wohl vor, daß etwa in einem assyrischen Relief landschaftliche Gegenstände mitbehandelt werden. So sieht man wohl auf altassyrischen Reliefbildern des Fischfangs rhythmisch bewegte Wellen. Aber diese Wellen haben nicht die Bedeutung eines selbständig, mit Eigenwert erfaßten künstlerischen Gegenstands; sondern sie sind Nebenwerk, und zudem beschränkt sich die Darstellung auf eine Andeutung, denn die Wellen sind nicht bildnishaft sondern durch abstrakte rhythmische Zeichen gegeben. Das Interesse des Bildners gehört dem Figürlichen: das heißt den Fischern und den Fischen. Es gehört zum wenigsten der Situation, und jedenfalls nicht wesentlich dem Landschaftlichen als solchem.

Die Ausschließung des Landschaftlichen aus gewissen künstlerischen Kulturen hat ihre bestimmte gesellschaftliche Ursache.

Die Darstellung der Landschaft in der Kunst setzt einen gesellschaftlichen Seelentypus voraus, der die Landschaft, das heißt die Natur in ihrer unbedingtsten Gestalt, liebt und bewundert. Nun war aber Naturgefühl keineswegs die Sache der alten Orientalen und der frühen Griechen. Sie standen der Natur nahezu feindlich gegenüber. Das Natürliche war das grundsätzlich Mißachtete. In der eigenen Erscheinung vermied der Mann der altorientalischen Herrenwelt, der Despot, der Feudale, der Priester, alles Natürliche. Seine Erscheinung war durchaus kosmetisch, und er liebte es durch einen Apparat künstlicher Gestaltungen die eigene Person von der Natur in einen möglichst weiten Abstand zu rücken, einen förmlichen Gegen-

satz zur Natur zu konstruieren. Das ist charakteristisch. Wie der vornehme Orientale an sich selbst das Natürliche vermied, so vermied er auch die Landschaft, vermied er jede Anerkennung des rein Natürlichen. Der Grund hierfür ist sehr zusammengesetzt. Einmal umdrängte die Natur den Menschen jener Kultur noch viel elementarer als sie den heutigen Menschen umdrängt; und darum mußte sie stärker als eine bedrohliche, feindliche Macht empfunden werden. Diese Feindschaft gegen die Natur wußte nun der altorientalische Herrenmensch (und dies ist das andere) förmlich zu organisieren. Er schuf eine Wirtschafts- und Gesellschaftsverfassung, die ihn dem Kampf mit der natürlichen Materie, dem Kampf um die natürlichen Grundlagen des Daseins möglichst entzog. Er schuf die altorientalische Feudalverfassung, die ihm auf Kosten der ausgebeuteten Volksteile eine direkte Auseinandersetzung mit der natürlichen Materie im wirtschaftlichen Leben ersparte und ihm Zeit ließ sich ganz der kosmetischen Pflege seiner Person, der Pflege der gesellschaftlichen und überhaupt der kulturellen Förmlichkeiten hinzugeben. Ihr also ergab er sich. Aber nicht der Natur. Die Natur, das Natürliche war das Gebiet des Pöbels. Und wie nun die Kunst jeweils von den sozial geltungsreichen Schichten bestimmt wird, so übernahm die altorientalische Kunst die Abneigung der Herren gegen das Natürliche: sie wurde selbst kosmetisch, sie wurde eine Kunst der vornehm distanzierenden Formeln, eine Darstellung des konventionell kultivierten Herrenmenschen, der als der Inbegriff der Kultur der Zeit erschien.

Auch in der Urkunst war, trotz der naturalistischen Zeiten in ihr, der paläolithischen, von einer wirklichen, durchgebildeten Kultur des Natürlichen, wenn man so sagen kann, nicht die Rede. Die Menschen standen zur Natur jedenfalls so wenig in einem Vertrauensverhältnis, daß sie niemals auf die Idee kommen konnten Landschaft darzustellen. Sie stellten sich selber oder allenfalls das Jagdtier und das Haustier dar. Und es kamen Zeiten, in denen sie der beängstigenden, unverstandenen Fessellosigkeit der Natur geometrisch geordnete Systeme von Ornamenten als ausschließlichen Kunstgedanken gegenüberetzten. Das geschah, als sie im Ackerbau zum erstenmal die beruhigende Gewalt eines organisierten Daseins erfahren hatten und sich zum erstenmal mit geklärtem Bewußtsein der Natur gegenüberstellen konnten.

**Menschendarstellung, Tierdarstellung, Ornamente:** das sind die Künste weitreichender Epochen der Weltgeschichte.

In stark organisierten Gesellschaftskulturen wie etwa der altorientalischen oder der frühgriechischen hatte die Darstellung des Menschen und des Tiers, zu der vielleicht noch diese und jene Darstellung der Pflanze treten mochte, einen streng gebundenen Charakter, der den Gegensatz der Kunst zur Natur aufs stärkste betonte. Der Weitergang der Geschichte von der Menschendarstellung zur Landschaftsdarstellung war nun keineswegs ein einfacher Schritt. Die Darstellung der Landschaft als des Inbegriffs des Natürlichen wurde entwicklungsgeschichtlich in der Art vorbereitet, daß sich zunächst die Darstellung des Menschen liberalisierte oder, wenn man so sagen will, *naturalisierte*. War das Natürliche in der menschlichen Erscheinung erst befreit, dann mußte es auf die Dauer auch in der Landschaft befreit werden.

Dieser Prozeß ging in der Geschichte zweimal ganz groß vor sich: einmal in Hellas und einmal in der Renaissance.

Beidemale handelte es sich um die selben gesellschaftsgeschichtlichen Entwicklungsgesetzlichkeiten. In Hellas (der alte Orient war dazu nie gekommen) handelte es sich im 7., 6. Jahrhundert um die Überwindung der archaischen, das heißt der feudalen Kulturorganisation durch eine bürgerliche Kulturorganisation. Die Methoden dieser bürgerlichen Kulturorganisation waren im geschichtlichen Gegensatz zur alten feudalen Disziplin und auch im idealen Gegensatz zur Disziplin des primitiven Bauernsozialismus, der den Feudalorganisationen historisch überall vorausging, die Methoden der Freiheit. Man berief sich auf die Logik des Natürlichen. Es setzte ein philosophischer, ein ethischer, ein nationalökonomischer, ein gesellschaftstheoretischer Naturalismus ein. Der Naturalismus kam auch künstlerisch. Er emanzipierte im Gegensatz zum kosmetischen Menschen der archaischen Kultur den natürlichen Menschen in der Kunst, und er emanzipierte die Landschaft. Die Landschaftsmalerei gehört erst der Zeit der klassischen bürgerlichen Demokratie Griechenlands und den späteren Epochen an. Erst etwa im Zeitalter des Malers Apollodor, in der 2. Hälfte des 5. Jahrhunderts, hat die griechische Landschaftsmalerei eingesetzt. Dem Apelles erst, der in der 2. Hälfte des 4. Jahrhunderts gelebt hat, werden Talente nachgerühmt wie die Darstellung des Wellenschaums. Von da ab ist die Landschaftsmalerei ein wesentliches Stück der griechischen Kunstüberlieferung gewesen, und diese Landschaftskunst hat sich in der städtischen Kultur des Hellenismus und der Römer (etwa in Pompeji) behauptet.

In der romanischen und in der gotischen Kulturwelt fehlt die Landschaft fast vollkommen. Diese Kulturen bieten überhaupt Analogieen zum altorientalischen und zum archaisch-griechischen Lebensstil. Das vornehme Figuralbild steht bei ihnen stets im Vordergrund: im Vordergrund des Lebens wie im Vordergrund der Kunst. Der Hintergrund der hieratischen Figuralmalerei des Mittelalters, der für die Landschaft in Betracht kommen konnte, ist rein abstrakt: er ist nach byzantinischer Tradition reiner Goldgrund. In den Fresken ist er manchmal wundervoll schwarz. Späterhin wird er Teppichhintergrund. Nicht als ob der Teppich, wie gewisse naiv anmaßende Kunsthistoriker meinen, Verlegenheitsauskunft gewesen wäre; dieser abstrakte Teppichgrund entsprach wie der Goldgrund einer ganz bestimmten Kulturgesinnung. Späterhin erst geschah es, daß der Teppichhintergrund von landschaftlichen Perspektiven (Bäumen, Bergen) überragt wurde, oder daß man etwa, wie zum Beispiel bei Memling, durch ein halbgeöffnetes Fenster auf eine Landschaft hinauschaute. Freilich behauptet dabei noch immer die Figur die Situation. Nur allmählich wurde der landschaftliche Hintergrund vollkommen emanzipiert: übrigens lange nach dem architektonischen, der als ein Hintergrund von mehr künstlicher Art die Kulturgesinnung des vornehmen, feudal-patriarchischen Mittelalters stärker befriedigte. Ein durchgebildetes Landschaftsgefühl findet sich in der italienischen Renaissance wohl erst bei Piero di Cosimo, in der deutschen wohl erst bei Dürer und ganz besonders auch bei Burgkmair. Es findet sich also seit der Blütezeit der bürgerlichen Demokratie der neuern Geschichte. Es befestigt sich immer mehr. Bei Cranach ist es außerordentlich stark, bei Elsheimer ist es um die Wende des 16. Jahr-

hunderts zum 17. bereits als Hauptbildzweck vorhanden. Auch bei Tizian, auf der Höhe einer bürgerlichen Kultur, ist es selbständig vorhanden und dann ganz besonders bei dem kolossalen künstlerischen Repräsentanten der bürgerlichen Kultur Antwerpens im 16. Jahrhundert, bei Pieter Bruegel dem Alten.

Von da ab erscheint die Landschaftsmalerei auf allen Höhepunkten bürgerlicher Entwicklung. Sie erscheint im Holland der Ruysdael, im Holland Rembrandts, und, um auch die Halbgötter zu nennen, im Holland des Jan Bruegel, des Josse de Momper, des Goyen. Innerhalb der selben Kulturstimmung denkt Spinoza einen reinen Pantheismus. So wird die Natur, die Landschaft zur Gottheit.

Es ist charakteristisch, daß im Barock, das ja in starkem Maß eine Wiederbelebung gotischer, feudaler Überlieferungen bedeutet, die vollkommene Freiheit des Landschaftlichen wieder zurückgebildet wurde. Die Maler etwa, die (sei es auch auf eine noch so große örtliche und sachliche Entfernung gewesen) im Bereich der Einflüsse Ludwigs XIV. standen oder dafür wenigstens dem nähern Einfluß eines barock pathetischen Papsttums, einer barock pathetischen Kardinalskultur ausgesetzt gewesen sind, ein Poussin, ein Claude Lorrain, sie haben es bei ihrem wunderbar durchgebildeten Landschaftsgefühl nicht fertig gebracht sich der Konvention zu entziehen, die vom Barockkünstler, vom Künstler der Spätrenaissance Figurendarstellung, Staffage verlangte. Poussin hat aus der Figurendarstellung einen grandiosen Figuralstil gemacht, der ihn erfreute; bei Claude wurde die Figur dagegen wirklich zur Staffage, zum offiziellen Beiwerk.

Das Rokoko hat wenig reine Landschaft hervorgebracht. Kulturen, die aristokratisch durchgebildet sind, nehmen grundsätzlich von der Natur jeden möglichen Abstand. Watteaus Landschaften sind erschütternd; aber sie sind ohne die Personagen undenkbar. Fragonard ist als Landschaftler reizend, aber etwas hilflos. Die neue Blüte der Landschaftsmalerei begann mit dem Augenblick, da Rousseau, der Genius einer neuen Bürgerlichkeit, das neue Landschaftsgefühl verkündete. Nun kamen sie alle: Claude Joseph Vernet, Louis Gabriel Moreau und wie sie alle heißen. Es ist übrigens bemerkenswert, daß selbst in dieser Zeit noch ein Restchen aus dem *paradis artificiel* des aristokratischen Rokoko in die Landschaft hineinkam: Hubert-Robert kultivierte die Ruinenmalerei. Das bedeutete eine Art von Entschuldigung; ohne Ruine, ohne Erinnerung an etwas Gemachtes war die Natur doch noch etwas zu Unmittelbares, das man schwer ertrug, weil man so sehr an Szene gewöhnt war. So hatte Giotto seine Felsen bühnenhaft, so, lange nachher noch, Patenier seine Landschaften kulissenhaft gemalt. So war die Rokokolandschaft meist mehr Garten, Oper als Landschaft. In der Revolution nahm die reine Landschaftsmalerei dann einen starken Aufschwung: Damals malte George Michel seine shakespearisch gestimmten Landschaften von Montmartre und aus der Ebene von Saint-Denis, Lazare Bruandet seine Bilder aus dem Wald von Fontainebleau.

Die Hauptsache: Um die Wende des 18. Jahrhunderts erlebte die Landschaftsmalerei auf englischem Boden die herrlichste Entwicklung, die ihr seit Rembrandt beschieden war. Es kam die Landschaftskunst Wilsons, die Landschaftskunst Constables, die sich bloß mit der Rembrandts vergleichen

läßt, die Landschaftskunst Turners, die Boningtons. Es ist ein Zusammentreffen von der tiefsten Bedeutung, daß Constable Landschaften, genialste Symbole des rein Natürlichen malte, als Adam Smith den nationalökonomischen Naturalismus begründete, und als in der ganzen Welt des europäischen Westens ein Schlagwort gängig wurde, das an sich selber genug sagt: die Physiokratie. Die Volkswirtschaft wurde gleichsam zur Landschaft. Man spricht ganz richtig vom *freien Spiel der Kräfte*. Die Landschaft wurde der höchste künstlerische Wert der Zeit: die Landschaft Constables, Boningtons, alsbald auch die des Delacroix und des Géricault, nicht etwa der Figurenstil Davids und seiner Schule.

Es ist endlich noch ein letztes Zusammentreffen wahrzunehmen, das wohl in den Tiefen einer sozialästhetischen Kausalität angelegt ist. Das ist das zeitliche Zusammentreffen der Malkultur von Barbizon, jener Landschafterschule, die durch die Namen Daubigny, Dupré, Rousseau, Corot bezeichnet ist, mit der demokratischen Bewegung von 1848. Übrigens war damals auch die Blütezeit der Manchesterdoktrin. Der äußere Hinweis mag hier genügen: denn verbindet man Dinge, die nicht in historischer Entfernung stehen, dann wird uns die Verbindung leicht paradox. Immerhin: es ist ein historisches Zusammentreffen von einer geradezu lächerlichen Genauigkeit. Man könnte vielleicht noch sozialästhetische Zusammenhänge zwischen der Landschafterschule des Impressionismus (Monet, Pissarro, Sisley) und demokratischen Tendenzen der jüngsten Zeit konstruieren. Aber das mag unterbleiben. Denn es ist sehr gefährlich Kunstsoziologie der Gegenwart zu treiben. Mit der Kunstsoziologie der Gegenwart kann man am Ende die verschiedensten Beziehungen aufstellen, von denen jede doch nur mit einer höchst problematischen Wahrscheinlichkeit auftritt. Das Aktuelle, das, was augenblicklich da ist, das ist schließlich überhaupt nicht gemacht, um von unserer rubrizierenden Bequemlichkeit in historische Zusammenhänge gebracht zu werden, sondern es ist da, um an sich selber direkt erlebt zu werden, wie etwas Beispiellooses, das nur von unserer ganz augenblicklichen Schlagfertigkeit bewältigt werden kann. Das gilt in der Politik, und es gilt in der Kritik der Kunst.

Wie stehen nun nach dem Gesagten Demokratie und Landschaft zu einander? Die Verbindung der Begriffe bedarf einer einschränkenden Bestimmung. Zweifellos stehen Demokratie und Landschaft zu den feudalen Lebenskulturen und Kunstkulturen in einem auffälligen Gegensatz; diese Kulturen anerkennen prinzipiell bloß die Figur, wesentlich die Figur des Menschen, und die Landschaft ist ihnen fremd, unzugänglich. Sie ist jenseits ihres Bewußtseins. Aber Demokratie und Landschaft stehen auch im Gegensatz zu jenem primitiven demokratischen Bauernsozialismus, der sich bei den verschiedensten Völkern einmal typisch eingestellt hat: bei den japanischen Reisbauern, bei den frühromischen Bauern, bei den alten Germanen. Diese Demokratien wissen nichts von der Landschaft. Ihrem Kulturgefühl entspricht die geordnet kollektivistische, geordnet anonyme Welt des reinen Ornaments.

Die Landschaft erscheint, soweit unser historischer Horizont reicht, weder in feudalen Welten noch in agrarischen Demokratien. Diese haben das Ornament, jene die Figur: beide eine Lebenskultur und Kunstkultur von

der straffsten Geschlossenheit der Formen. Die Landschaft erscheint historisch bei den bürgerlichen, geldwirtschaftlichen Demokratien. Das ist zunächst einfach ein Ergebnis der historischen Wahrnehmung. Es hat freilich den zwingenden Anschein einer tiefern sozialästhetischen Kausalität für sich. Doch sie zu untersuchen ist eine Aufgabe, die bei dem heutigen Stand der Stilsoziologie (einer noch kaum vorhandenen Wissenschaft) ans Unmögliche grenzt. Hier, einstweilen, soll nur eine Problemstellung gegeben werden. Mehr bedeuten diese Zeilen nicht. Was man erklärend sagen kann, ist zurzeit allzuwenig. Man könnte allenfalls daran denken, daß erstens die bürgerliche Welt die Durchsetzung ihrer besondern Wirtschaftskultur im dialektischen Gegensatz zu den Organisationsgedanken beginnt, die zum Beispiel das Mittelalter in agrarischen wie gewerblichen Verhältnissen, durch Lehnswesen und Zunft, bestimmen. Diese Dinge weiter zu verfolgen ist Sache der Wirtschaftsgeschichte. Man könnte darauf verweisen, daß zweitens prinzipiell in jeder jugendlichen oder relativ jugendlichen Wirtschaftskultur (und das war die bürgerliche im Verhältnis zur Feudalwelt bisher jederzeit) naturalistische Tendenzen enthalten sind, wie immer das Primitive naturalistisch, das Naturalistische primitiv ist. Man kann hier daran denken, daß auch die primitivste ländliche Kultur, die der Jäger, naturalistische Kunstzüge enthält. Und man könnte sagen, daß drittens das Leben des Städters durch das nahe Beisammensein der Menschen in der Stadt und außerhalb der Natur, außerhalb der Landschaft dem bürgerlichen Menschen gegenüber der Landschaft eine gewisse Sicherheit, einen Rückhalt gibt, so daß er dialektisch zur Natur, zur Landschaft zurückstreben kann und muß, wie der mittelalterliche Mensch, der mehr inmitten der Landschaft lebte, dialektisch von der Landschaft hinwegstreben und zu künstlichen Lebensgebarungen gelangen mußte.

Doch genug. Vielleicht hat sich gezeigt, daß die Kunstsoziologie mehr als eine Spezialität ist — vielleicht auch nicht. In der Tat ist sie mehr. Sie ist von allen Versuchen von außen her an die Kunst selber heranzutreten der wichtigste: fast sagt man: der innerlichste. Ein Versuch die Kunst als Äußerung des gesellschaftlichen Daseins zu begreifen muß prinzipiell wertvoller sein als jede andere Verbindung der Kunst mit außerkünstlerischen Dingen. Denn dieser Versuch ist prinzipiell etwas Umfassendes. Und er ist nicht etwa bloß historisch wertvoll sondern auch pragmatisch, das heißt für die Angelegenheiten der Gegenwart und ihrer Kunst. Nicht etwa, daß es nötig wäre von bestimmten politischen Bewußtseinsstandpunkten Kunst zu schaffen. Wir erhalten aber die ganz allgemeine objektive Gewißheit, daß die Kunst den gesellschaftlichen Zusammenhängen angehört, und daß wir, wenn wir politisch arbeiten, eben damit zugleich an der Kunst mitarbeiten. Arbeiten wir an einer rationellen Systematisierung des Daseins, arbeiten wir positiv, dann kommt es der Kunst sicherlich besonders zustatten: einer Kunst, die in einer unpositiven Gesellschaftlichkeit wahrhaftig die positive Zugehörigkeit zum Lebensapparat der Menschheit in der schlimmsten Weise einzubüßen begann.

Die Landschaftsmalerei war in gewissem Sinn verhängnisvoll: So pantheistisch, so ausgreifend ihr Weltgefühl gewesen sein mag und noch sein (oder wieder werden) mag, sie ist doch in ihrem Verhältnis zum Kulturapparat des Menschen etwas sehr Loses. Die Leute von Barbizon sagten

*paysage intime*. Das bedeutete: Das Landschaftsbild ist nicht etwa ein Stück des menschlichen Kulturapparats sondern ein in sich umschlossener, heiliger, reiner Selbstzweck, an den sich der Mensch mit allen seinen Kulturbedürfnissen (oft ihnen zum Trotz, wie gerade die diogenischen Barbizonleute beweisen) aufläßt. Das ist schön; das ist herrlich wie jede Hingebung. Es ist aber doch nicht die wahre Proportion der Lebenswerte.

Man wird schließlich einen Einwand haben: Was kann eine Kunstsoziologie verschlagen, die als Soziologie des Stoffs, des Sujets auftritt?

Darauf ist zu erwidern: Wo sich kunstsoziologische Betrachtungen über Jahrhunderte erstrecken, da erscheint die Welt der künstlerischen Motive bereits als eine Welt der Formen. Die Emanzipation der Stoffe erscheint da als ein Akt des Formgefühls. Landschaft und Figur sind nicht verschiedene Sujets sondern verschiedene Kulturformen, Äußerungen verschiedener Kulturgefühle. Kultur ist Form. Insofern haben wir Soziologie der Form getrieben, nicht Soziologie des Stoffs, die nimmermehr Kunstsoziologie heißen dürfte.

Im übrigen drängt überhaupt jede soziologische Betrachtung rein an sich selber den Problemen der Form zu, mag sie noch so stofflich aussehen. Denn jede Soziologie hat es mit der formalen Organisation der menschlichen Existenz zu tun. Das ist ja die höchste kulturelle Rechtfertigung der Soziologie und des Sozialismus.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX  
**KASPAR SCHMIDT · NOCHMALS KLEIN- UND  
 GROSSBETRIEB IN DER LANDWIRTSCHAFT**



ENOSSE Dr. Arthur Schulz hat mit seiner Erwiderung auf meine Ausführungen<sup>1)</sup> vieles in seinen agrartheoretischen und agrarpolitischen Anschauungen, für mich wenigstens, klarer hervortreten lassen als bisher.<sup>2)</sup> Er erklärt, daß auch ihm »die Aufstellung eines besonders Agrarprogramms verfrüht erscheint«, während ich allerdings bis jetzt der Meinung war, daß seine zahlreichen Aufsätze zum landwirtschaftlichen Produktionsproblem in den *Sozialistischen Monatsheften* auf die Aufstellung eines solchen Programms hinausgingen. Verschiedene Stellen in seinen Artikeln mußten meiner Ansicht nach so aufgefaßt werden. So sagt er in einem Aufsatz, in dem er K. Kautsky gegenüber die landwirtschaftliche Bodenverstaatlichungstheorie kritisiert und die Aufteilung der Rittergüter verlangt:

»Das Agrarprogramm, das nicht von diesem Gedanken beherrscht wäre, nicht in dieser Forderung gipfelte, wäre in der Gegenwart und absehbarer Zukunft ein Schlag ins Wasser, aber kein in den Seelen zündender Funke. Für ein sozialdemokratisches Gegenwartsagrarprogramm dieses Inhalts hat glücklicherweise auch Genosse K. Kautsky eine recht gute Begründung geliefert. . . . Sollte ein künftiger sozialdemokratischer Parteitag sich mit der Aufstellung eines zeitgemäßen sozialdemokratischen Agrarprogramms befassen, so kann ich nur wünschen, er möge sich dabei von dem K. Kautsky des Jahres 1905 . . . beraten lassen.«<sup>3)</sup>

<sup>1)</sup> Siehe meinen Artikel *Ist der Kleinbetrieb in der Landwirtschaft dem Großbetrieb überlegen?* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1913, 1. Band, pag. 101 ff.

<sup>2)</sup> Siehe Schulz *Güterzertrümmerung* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1913, 1. Band, pag. 294 ff.

<sup>3)</sup> Siehe Schulz *Bodenverstaatlichung oder Güteraufteilung?* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1911, 3. Band, pag. 1217 f.

Ferner:

»Die erste dieser Vorbedingungen für die durchaus erforderliche politische Verständigung zwischen Industriearbeiterklasse und Bauernstand ist nun endlich im Prinzip dadurch erfüllt, daß sich die Sozialdemokratie programmatisch zur Förderung der innern Kolonisation verpflichtet hat. . . .«<sup>4)</sup>

Schulz meint, die Zeit zur Aufstellung eines detaillierten Agrarprogramms sei hauptsächlich deshalb noch nicht gekommen, weil in weiten Kreisen der Partei noch die notwendige tatsächliche Kenntnis der landwirtschaftlichen Verhältnisse fehle, und demnach noch gänzlich falsche Auffassungen darüber herrschten. Ich teile diese Ansicht vollständig. Nur glaube ich, die Erfahrungen über die zweckmäßigsten Betriebsformen für die landwirtschaftliche Produktion sind auch an sich noch nicht sicher genug festgelegt. Übrigens würden wir bei Aufstellung eines Agrarprogramms zweifellos auch mit absichtlichen Mißverständnissen der Gegner zu kämpfen haben, die, wie gewöhnlich, sofort einzelne aus dem Zusammenhang gerissene Sätze zur Bekämpfung der Partei verwenden würden.<sup>5)</sup>

Genosse Schulz bemerkt in seiner Erwiderung, es sei ihm »niemals eingefallen in jedem Fall den Großbetrieb für agrarwirtschaftlich unrentabel zu erklären und zu lehren, der Großbetrieb als solcher stehe in seinen Produktionsresultaten unter allen Umständen dem Kleinbetrieb nach«. Wenn ich zu dieser irrigen Ansicht kam, so entstand dieses Mißverständnis wohl aus einer Stelle eines andern Schulz'schen Artikels, wo es heißt:

»Kann demnach als feststehend erachtet werden, daß der klein- und mittelbäuerliche Betrieb, wo er von jeher auf altem Kulturland fest eingewurzelt besteht, produktiver ist als der Großbetrieb, so muß noch geprüft werden, ob das auch da der Fall ist, wo er den Großbetrieb in der Gegenwart ablöst, im weiten ostelbischen Kolonisationsgebiet.«<sup>6)</sup>

Während ich nach dieser Stelle annahm, daß Schulz den Klein- und Mittelbetrieb für die unter allen Umständen dem Großbetrieb überlegene Produktionsform hält, wollte er nur damit sagen, daß sie es im allgemeinen sei, während das für besondere Verhältnisse wie für die ostelbischen Landgüter noch dahingestellt bleiben müsse. Ferner bestreitet Schulz, daß er »ganz allgemein anrate die Zerschlagung der Großgüter zu Zwecken der innern Kolonisation zu einer Programmforderung der Partei zu erheben« und erklärt weit davon »entfernt« zu sein »allgemein . . . eine systematische Verminderung der Großbetriebe in unserm Programm zu fordern«. Ich freue mich das zu hören. Aber auch in diesem Punkt hat Schulz selbst meine

<sup>4)</sup> Siehe Schulz *Sozialdemokratie und innere Kolonisation* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1911, 3. Band, pag. 1649.

<sup>5)</sup> Schon meine oben erwähnten Ausführungen in den *Sozialistischen Monatsheften* hat die Zentrums Presse in dieser Art behandelt. Eine wahrscheinlich von der *Volksvereinszentrale* in München-Gladbach ausgehende Notiz mit ein paar aus dem Zusammenhang gerissenen Sätzen aus meinem Artikel machte die Runde durch fast alle Zentrumsblätter. Ich hatte einfach die Tatsache konstatiert, daß die alte sozialistische Anschauung, die die Konzentrationstheorie auch auf die Landwirtschaft übertragen wollte, allmählich einer andern Ansicht Platz macht, und daß die landwirtschaftliche Betriebsstatistik zeige, daß die Großbetriebe ab- und die Kleinbetriebe zunehmen. Daraufhin brachte das *Fränkische Volksblatt* des Zentrumsabgeordneten Gerstenberger in Würzburg eine Notiz mit der Stichmarke *Das verlogene Parteiprogramm*. Was in aller Welt hat mein Aufsatz in den *Sozialistischen Monatsheften* mit dem Parteiprogramm zu tun? Im Parteiprogramm steht nichts über unsere Agrarpolitik, folglich kann es in diesem Punkt auch nicht verlogen sein. Das Bamberger Zentrumsblatt bringt die selbe Notiz unter der Überschrift *Zusammenbruch des sozialdemokratischen Lehrgebäudes*. Es braucht nicht erst bemerkt zu werden, daß man nicht von einem Zusammenbruch des sozialdemokratischen Lehrgebäudes sprechen kann, weil sich in einer bestimmten, nicht einmal zu den Hauptpunkten gehörigen Frage bei uns jetzt andere Anschauungen geltend machen.

<sup>6)</sup> Siehe Schulz *Volksnahrung und innere Kolonisation im Osten Deutschlands* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1911, 1. Band, pag. 387.



sicher von vielen Parteigenossen geteilte irrigte Auffassung verschuldet, daß er für eine systematische Aufteilung des Großbetriebs eintrete, den er für unrentabel halte, und dies im Parteiprogramm festgelegt wissen wolle. So zum Beispiel, wenn er schreibt:

»Die erste dieser Vorbedingungen für die durchaus erforderliche politische Verständigung zwischen Industriearbeiterklasse und Bauernstand ist nun endlich im Prinzip dadurch erfüllt, daß sich die Sozialdemokratie programmatisch zur Förderung der innern Kolonisation<sup>7)</sup> verpflichtet hat, also zur Anerkennung, sogar zur Expansion der bäuerlichen Produktions- und Daseinsweise.«<sup>8)</sup>

Jedenfalls ist durch Schulz' letzte Erklärungen die Hauptursache meiner Gegnerschaft gegen seine Agrartheorie und Agrarpolitik aufgehoben. Im übrigen habe ich noch folgendes zu erwidern: Schulz kann nicht begreifen, was meine Feststellung der Bodenbenutzung und des Brotgetreidebaus beweisen soll. Das ist aber sehr einfach. Tatsache ist, daß, wenn die Großbetriebe 57,4 %, die kleinbäuerlichen 58,9 % und die mittelbäuerlichen Betriebe 63,5 % des Bodens zum Getreidebau verwenden, und wenn bei den Großbetrieben über 100 Hektar 43,7 %, bei den Mittelbetrieben 50,7 % und bei den Kleinbetrieben 55,8 % davon Brotgetreide sind, man nicht von einer Unrentabilität der Großbetriebe sprechen kann. Um so weniger als die Großbetriebe im Gegensatz zu den Kleinbetrieben, die nur eines oder das andere anzubauen pflegen, neben dem Brotgetreide auch noch alle anderen Getreidearten bauen.

In den Text meiner Darlegungen über die Viehhaltung ist ein entstellender Fehler hineingeraten, der im wesentlichen Schulz' Polemik gegen mich in diesem Punkt veranlaßte. Ich schrieb:

»Trotz der Zunahme der Kleinbetriebe ging danach die Zahl der Großvieh haltenden Betriebe ganz beträchtlich zurück. 1882 gab es noch 534 434 solcher Betriebe, 1907 deren nur noch 503 099; das ist also eine Abnahme um 31 335. Dennoch stieg die Zahl der Rinder von 3 024 491 im Jahr 1882 auf 3 561 139 im Jahr 1907. Ebenso vermehrte sich die Zahl der Schweine von 1 074 508 auf 1 702 256. Das heißt: Die Zahl der viehhaltenden Besitzer vermindert sich; eine geringere Zahl von Besitzern produziert zusammen dennoch eine ungleich größere Viehmenge, der einzelne vergrößert also seinen Besitzstand.«<sup>9)</sup>

Leider sind durch ein Versehen beim Druck des Artikels aus den »viehhaltenden Besitzern« schlechtweg »viehhaltende Kleinbesitzer« geworden.<sup>10)</sup> Nach der Korrektur dieses Fehlers muß ich meine Darstellung aber aufrechterhalten. Die von mir angeführten Zahlen finden sich in der Abhandlung des bayrischen statistischen Landesamts *Die Landwirtschaft in Bayern*, und ich stelle es jedem Leser anheim selbst zu prüfen, ob meine Argumentation dann nicht richtig ist. Allerdings habe ich dabei die Schweine nicht zum Großvieh gerechnet. Die Zahl der Schweine haltenden Betriebe ist von 342 648 im Jahr 1882 auf 427 800 im Jahr 1907 gestiegen. Da Schulz diese Betriebe zu den Großvieh haltenden Betrieben rechnet, ergibt sich ihm insgesamt eine Zunahme der viehhaltenden Betriebe von 1882 bis 1907. Diese Art der Rechnung ist meines Erachtens fehlerhaft. Denn

<sup>7)</sup> Unter *innerer Kolonisation* versteht Schulz nicht nur die Kultivierung von Heiden und Mooren sondern auch die Aufteilung von großen Gütern, wie er in einer Polemik gegen den Genossen Marchionini selbst erklärt; siehe hierüber seinen Artikel *Agrarpolitische Lehren Mitteldeutschlands für Preußen und unsere Partei* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1912, 3. Band, pag. 1548.

<sup>8)</sup> Siehe Schulz' in Note 4 genannten Artikel, pag. 1649.

<sup>9)</sup> Siehe meinen in Note 1 genannten Artikel, pag. 106.

<sup>10)</sup> Siehe das Verzeichnis sinnentstellender Druckfehler in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1913, 1. Band, pag. VIII.

unter den Schweinehaltern sind gewiß Tausende, die in der Industrie beschäftigt sind, die Landwirtschaft nur nebenbei betreiben und vielleicht nur ein oder ein paar Schweine halten. Auch hier ist übrigens die Zunahme der Zahl der produzierten Schweine relativ bedeutend höher als die Zunahme der Schweine haltenden Betriebe. Während sich die Zahl der Schweine produzierenden Betriebe von 1882 bis 1907 um 24,9 % vermehrte, stieg die Zahl der Schweine in dem gleichen Zeitraum um 58,4 %. Also auch hier werden die Betriebe leistungsfähiger. In meiner Auffassung werde ich auch von dem Bearbeiter des bereits genannten Werkes über die landwirtschaftlichen Verhältnisse Bayerns, Dr. H. Schmelzle, bestärkt, der erklärt:

»Bei Rindern und Schweinen hat der großbäuerliche Betrieb verhältnismäßig die kleinste Mehrung aufzuweisen. Er ist hier hinter den Großbetrieben erheblich zurückgeblieben. . . . Die Mehrung des landwirtschaftlichen Viehstapels ist sonach hauptsächlich der vermehrten Viehhaltung der einzelnen Wirtschaften, weniger einer Vermehrung der Viehhaltungen selbst, zuzuschreiben.«

Die Zahl der Pferde, Schafe, Ziegen, die Schulz aufführt, hat nur statistischen Wert; sie beweist nicht, ob vermehrter Klein- und Mittel- oder Großbetrieb zur Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln vorteilhafter ist oder nicht. Als Muster der Schweinezucht führt Schulz dann den Regierungsbezirk Unterfranken an. Er will damit zeigen, daß der Kleinbetrieb für die Schweinezucht am vorteilhaftesten ist, und da 60 % des Fleischkonsums durch Schweinefleisch gedeckt werden, erscheint ihm dies als Argument für die Schaffung von Kleinbetrieben. 'Allein die hohe Schweineproduktion Unterfrankens steht nur auf dem Papier; einen Beweis für die Leistungsfähigkeit der Kleinbetriebe zur Versorgung der Bevölkerung mit tierischen Produkten liefert sie nicht. Unterfranken ist ein armer Regierungsbezirk. Von den 97 026 landwirtschaftlichen Betrieben, die es 1907 zählte, umfassen 40 163, also 41,4 %, noch nicht 2 Hektar landwirtschaftlicher Fläche.<sup>11)</sup> Weitere 25 736 Betriebe umfassen 2 bis 5 Hektar, 29 291 Betriebe 5 bis 20 Hektar, 1745 Betriebe 20 bis 100 Hektar und nur 91 Betriebe 100 Hektar und darüber. 65 899, das sind 66,8 % aller landwirtschaftlichen Betriebe, umfassen also unter 5 Hektar Fläche.' Die Durchschnittsgröße der landwirtschaftlich genutzten Fläche eines Betriebs beträgt 4,6 Hektar. Das deutet auf abnorme landwirtschaftliche Verhältnisse hin. Da ist vor allem im Norden das Rhöngebirge mit seinem dünnen Boden und seinen kümmerlichen Kulturen, wo die männliche Bevölkerung zu einem großen Teil auswärts in der Industrie arbeitet. Kühe können von diesen Landbewohnern meist nicht gehalten werden, und so nimmt man seine Zuflucht zur Schweinezucht. Ähnlich liegen die Verhältnisse im Spessart, wo viel Forst-, aber wenig Landwirtschaft betrieben wird. Die Hälfte (oft noch mehr) der männlichen Bevölkerung aus den einzelnen Ortschaften arbeitet auswärts, meist im Industriegebiet Frankfurt am Main, Offenbach, Hanau, teils auch als Bau- und Erdarbeiter abwechselnd in den verschiedensten Teilen Deutschlands. Die Wirtschaft zu Haus mit dem Häuschen, einem oder zwei Äckerchen, einem oder mehreren Schweinen besorgt die Frau. In der Mitte des Bezirks, im Maintal, wird die Landwirtschaft wieder stark durch den Weinbau beeinträchtigt. In Unterfranken zeigt sich eben-

<sup>11)</sup> Zum Vergleich diene folgendes: In Oberbayern umfaßten weniger als 2 Hektar 23,7 % der Betriebe, in Niederbayern 26,6 %, in der Pfalz 63,2 %, in der Oberpfalz 26,1 %, in Oberfranken 37,5 %, in Mittelfranken 33,4 %, in Schwaben 24 %.

falls, daß die Schweinezucht um so größer ist, je ärmer die Bevölkerung ist. Aber diese Schweineproduktion spielt für die Fleischversorgung der nicht landwirtschaftlichen Bevölkerung fast gar keine Rolle; die unterfränkischen Schweinezüchter verzehren ihre Schweine zumeist selber. Das zeigt sich am deutlichsten bei der Fleischversorgung der größten Stadt Unterfrankens, Würzburgs. Im Verwaltungsbericht der Stadt Würzburg für 1911 heißt es: »Die Ursachen hierfür [der vermehrten Schweineschlachtungen] sind die starke Einfuhr von Schlachtschweinen aus Norddeutschland (durchschnittlich 500 Stück per Woche) seit dem Monat März und die dadurch ermöglichte Preisermäßigung für Schweinefleisch. Nur durch die Zufuhr dieser Schweine wurde Würzburg vor einer allgemeinen unerträglichen Fleischteuerung bewahrt. . . Der Grund für die Minderung des Schweinefleischpreises ist die starke Zufuhr von Schlachtschweinen (14 225) aus Norddeutschland.«

Käme die hohe Schweineproduktion Unterfrankens, die mit 62,7 pro 100 Hektar die höchste Bayerns ist, auf dem Markt wirklich zum Ausdruck, so müßte sie sich zunächst auf dem Würzburger Markt geltend machen, und Würzburg brauchte nicht so große Mengen von Schweinen aus Norddeutschland zu beziehen. Von insgesamt 40 410 im Jahr 1911 im Würzburger Schlachthof geschlachteten Schweinen waren aber nicht weniger als 14 225, also 35,5 %, aus Norddeutschland bezogen. Die arme Bevölkerung Unterfrankens braucht eben die von ihr gezüchteten Schweine zum Selbstbedarf. In der Statistik mag sich also die hohe Schweineproduktion ganz schön ausnehmen, in der Praxis verkaufen aber vielleicht die ober- und niederbayrischen Bauern mit prozentual niedrigerer Produktionsziffer bedeutend mehr Schweine.

**R**IN ich auch nicht mit allem einverstanden, was Genosse Arthur Schulz über die Binnensiedelung hier in den *Sozialistischen Monatsheften* gesagt hat, so bin ich doch überall dafür, wo es sich um die Kultivierung von Bodenflächen und um frei werdende Großbetriebe handelt (vorausgesetzt, daß dabei keine politischen Absichten mitspielen wie bei der preussischen Ostmarkenpolitik). Zwar glaube ich nicht, daß alles dabei ganz so glänzend bestellt ist wie es in Schulz' Schilderungen aus den Kolonien Owieschön, Broitz und Jannowitz erscheint.<sup>12)</sup> In den Ausführungen des Genossen Marchionini stecken manche ganz triftigen und beherzigenswerten Einwände auch gegen die innere Kolonisation<sup>13)</sup>; dennoch muß die Partei in solchen Fällen unbedingt für die Binnensiedelung eintreten, auch wenn diese uns unangenehme Seiten hat. In Bayern wurden zum Beispiel 1907 noch 189 862 Hektar Öd- und Unland einschließlich geringer Weiden gezählt. Der größte Teil davon könnte nutzbar gemacht werden. Kosten und Schwierigkeiten dürfen hier keine Rolle spielen; hier liegen wirkliche Kulturaufgaben vor, für die die Mittel des Staats unbedingt bereit gestellt werden müssen. Wo Ödländereien urbar gemacht und angebaut werden, da können aber unmöglich neue ausgedehnte Großbetriebe, da können nur Klein- und Mittelbetriebe geschaffen werden.

Nun behaupten die Genossen Marchionini, Andrée und Hofer, die Ansied-

<sup>12)</sup> Siehe Schulz *Zum landwirtschaftlichen Produktionsproblem* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1911, 2. Band, pag. 1029 ff.

<sup>13)</sup> Siehe Marchionini *Nochmals die innere Kolonisation* in der *Neuen Zeit*, 1912-1913, 1. Band, pag. 898 ff.

lung in kleinen Betrieben bedeute für die Ansiedler eine Verschlechterung ihrer Lebenslage, sie bringe ihnen nur Verlängerung der Arbeitszeit, ein Hinabsinken in kulturell rückständigere Lebensverhältnisse, größere Unsicherheit der Existenz und dergleichen. Das ist nur bedingt richtig. Gewiß ist im landwirtschaftlichen Betrieb die Arbeitszeit manchmal länger als in der Industrie. Aber nur für einen Teil des Jahrs. In den anderen Zeiten ist dafür die Arbeit bedeutend geringer. Und vor allem ist sie nicht so nervenzerrüttend wie in der Industrie. Durch die wachsende Anwendung landwirtschaftlicher Maschinen, besonders durch die Einführung der Elektrizität auf dem Land findet zudem eine dauernde Arbeitsverminderung statt. Schließlich ist der Kleinbesitzer sein eigener Herr, es steht kein Antreiber hinter ihm, und schon das macht ihm die Arbeit angenehmer. Dem landwirtschaftlichen Arbeiter gegenüber hat er den Vorteil, daß er seine freie Zeit besser ausnutzen kann. Und auch die so oft hervorgehobene Unsicherheit der Existenz ist für die landwirtschaftlichen Kleinbesitzer durchaus nicht die Regel sondern gilt nur für Ausnahmefälle. Die Lage des Industriearbeiters ist jedenfalls im allgemeinen sehr viel unsicherer. Nimmt man vielleicht in den Zeiten der Hochkonjunktur eine gewisse Rücksicht auf den gewerblichen Arbeiter (und für die großen Betriebe der Metall-, Textil- und Farbwarenindustrie trifft auch das nicht zu), so gestaltet sich das Los der meisten Industriearbeiter zur Zeit der Krisen um so trauriger. Mit Sehnsucht blicken dann viele Tausende, die unter der wirtschaftlichen Depression besonders stark leiden müssen, auf den immerhin gesichertern Landbewohner, auf den kleinen und großen Bauern. Und während der letzten großen Krisenperiode im Anfang des jetzigen Jahrhunderts wanderten zahlreiche gewerbliche Arbeiter nach Brasilien und Chile aus, um dort, wo ihre Existenz entschieden schwerer war als die eines Kleinbesitzers bei uns, teils gepachtetes teils gekauftes Land urbar zu machen und sich anzusiedeln. Die materielle Lage dieser Kolonisten war aber nach dem, was darüber bekannt geworden ist, nicht besser als die unserer landwirtschaftlichen Kleinbesitzer.

Gewiß will ich nicht behaupten, daß der ländliche Kleinbesitzer immer ein sehr rosiges Leben führt. Aber führt das der Arbeiter: der landwirtschaftliche oder der gewerbliche? Im übrigen liegen beim ländlichen Kleinbesitzer natürlich sehr verschiedenartige Verhältnisse vor. Wo auf dem Auesen eine große Schuldenlast ruht, wird der Besitzer schwer zu kämpfen haben und bei allem Fleiß und aller Sparsamkeit doch kaum vorwärts kommen. Bei günstigen Vermögens- und Schuldverhältnissen und leidlich guter Beschaffenheit der Grundstücke wird seine Lage sehr viel angenehmer sein. Zweifellos hebt sich auch das Einkommen der ländlichen Kleinbesitzer wie das der Landwirtschaft überhaupt. Und zwar hauptsächlich durch die bessere Verwertung der landwirtschaftlichen Nebenprodukte: Milch, Eier, Butter usw. (weniger durch die Einnahmen aus dem Getreidebau oder aus der Viehzucht). Noch in meiner Jugendzeit kostete in meiner Heimat (Bayern) der Liter Milch (natürlich Vollmilch) 10 Pfennig, heute kostet er 18 Pfennig; ein Ei wurde damals mit 4 Pfennig, jetzt, je nach der Jahreszeit, mit 6 bis 9 Pfennig verkauft. Ähnlich Butter und Schmalz. Die günstigeren Preise sind vorwiegend dem gesteigerten Konsum der benachbarten Städte zu danken. Aber auch in den weiter von den Städten abgelegenen ländlichen Orten ist eine Preissteigerung der landwirtschaftlichen Produkte

zu konstatieren. Hier beruht sie darauf, daß durch bessere Organisation des Absatzes die Produkte besser verwertet werden können. So kostete früher in den vom Verkehr abgelegeneren Gegenden der Liter Milch 5 und 6 Pfennig; heute bezahlen die Molkereien, bei Rückgabe der in der Landwirtschaft noch sehr verwertbaren entrahmten Milch, 8 Pfennig. Diese bessere Verwertung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse in den abseits liegenden Gegenden ist besonders durch Gründung von Genossenschaften erzielt worden, die in der Landwirtschaft sehr günstig wirken. Wohl sind die Betriebsausgaben inzwischen ebenfalls gestiegen, aber nicht in gleichem Maß wie die Verkaufspreise.

Glauht man nun, die Sozialdemokratie könne dem landwirtschaftlichen Kleinbesitzer keine Vorteile, keine Ziele, kein Programm bieten, so ist das ein Irrtum. Ich erwähnte eben die Bedeutung der Genossenschaften in der Landwirtschaft. Wir müssen deshalb vom Staat Förderung und Unterstützung dieser ländlichen Genossenschaften nach allen Richtungen hin fordern (entsprechend müßten selbstverständlich auch die Genossenschaften der gewerblichen und industriellen Bevölkerung in jeder Beziehung gefördert werden). Aber der Staat kann und muß für die hilfsbedürftige Landwirtschaft noch mehr tun: er muß nachhelfen, wo die Natur versagt und die Landbewohner im Stich läßt. Daß und wie dies schon gegenwärtig geschehen könnte, zeigt zum Beispiel folgende Notiz aus der Wochenschrift eines landwirtschaftlichen Vereins:

»Die erste Getreidetrocknungsanlage in Bayern wird im Lauf des kommenden Frühjahrs die *Landwirtschaftliche Zentralgenossenschaft der bayrischen Bauernvereine* einrichten. Bei den vielen Niederschlägen, die besonders in Gebirgslagen die Getreideernte in 5 Jahren 2 mal in ihrer Qualität ganz bedeutend schädigten, ist eine derartige Einrichtung von der größten wirtschaftlichen Bedeutung. Eine solche Einrichtung besteht unseres Wissens bis zur Stunde in Bayern noch nicht.«

Das ist natürlich nur ein kleines Beispiel dafür, wie der Staat zur Besserung der Naturverhältnisse eingzugreifen hätte. Es soll nur zeigen, in welcher Art die Landwirtschaft unterstützt und gefördert werden kann. Gelingt es aber hier in erhöhtem Maß die schädigenden Folgen schlechter Jahre zu vermindern, so wird dadurch am meisten die Rentabilität des Kleinbetriebs und somit die wirtschaftliche Lage der Kleinbesitzer verbessert und gehoben. Mit diesen Forderungen an Staat und Gesellschaft würden wir jedenfalls der hilfsbedürftigen Landwirtschaft greifbare Vorteile verschaffen und ihr zugleich ein Programm und ein Ziel geben, das den in August Bebel's *Frau* niedergelegten Forderungen<sup>1)</sup> entspricht, ja sie zum Teil verwirklicht.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

## FRIEDRICH KLEIS · DAS VERHÄLTNISSWAHL-VERFAHREN IN DER REICHVERSICHERUNG



TETS schon kannte die Arbeiterversicherung eine mannigfache Mitwirkung der Versicherten an der Durchführung der Versicherung, und in zahlreichen Organen der ganzen Einrichtung sind Vertreter der Versicherten vorhanden. So kennt man in der Krankenversicherung schätzungsweise (eine genaue Statistik darüber ist nicht vorhanden) rund 100 000 Vorstandsmitglieder und

<sup>1)</sup> Siehe Bebel *Die Frau und der Sozialismus* · Stuttgart 1910 I, pag. 430 ff. und 434 ff)

rund 120 000 Generalversammlungsvertreter aus dem Kreis der Versicherten, in der Unfallversicherung 2600 Arbeitervertreter zur Teilnahme an der Beratung der Unfallverhütungsvorschriften, in der Invalidenversicherung 13 250 Beisitzer bei den unteren Verwaltungsbehörden, 325 Mitglieder der Ausschüsse und 114 Mitglieder der Vorstände der Versicherungsanstalten aus dem Stand der Versicherten, weiter bei den Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung 4575 und beim Reichsversicherungsamt 132 Arbeitervertreter. Dazu kommen noch die Vertreter bei den Landesversicherungsamtern und sonstige Vertreter.

Die Reichsversicherungsordnung hat diese ziffernmäßige Vertretung der Versicherten teils eingeschränkt teils erweitert. Das eine geschieht durch die Beschränkung der Zahl der Krankenkassen und die Festsetzung von Höchstzahlen für den Umfang des Ausschusses (früher der Generalversammlung); das andere durch die Einsetzung der Versicherungsämter und das Erfordernis von Beisitzern bei diesen. Auch »können« nunmehr Vertreter der Arbeiter zu den Vorständen der Berufsgenossenschaften zugezogen werden; doch wird hiervon wohl nur geringer Gebrauch gemacht werden.

Eine der wichtigsten Veränderungen dieser Teilnahme der Versicherten an der Verwaltung bewirkt, um weiter nur bei den Äußerlichkeiten zu bleiben, die obligatorische Einführung der Verhältniswahl für alle Vertreterwahlen. Dadurch erhalten die Wahlen ein ganz anderes Gepräge und eine ganz andere Bedeutung. Die Stellung der Behörden und der Gesetzgebung zur Verhältniswahl hat sich im letzten Jahrzehnt erheblich gewandelt. Früher war der Proporz als demokratische Forderung verpönt. Ende der neunziger Jahre hatten die Ortskrankenkassen zu Frankfurt am Main und Homburg vor der Höhe die Verhältniswahl für die Wahlen der Mitglieder zur Generalversammlung festgelegt. In beiden Orten wurde auch einmal nach diesem System gewählt. Die Aufsichtsbehörden fanden aber, daß dieses Wahlverfahren mit dem Gesetz unvereinbar sei. Es wurde untersagt, und das preußische Oberverwaltungsgericht bestätigte in der Streitsache gegen die Homburger Ortskrankenkasse das Verbot. Die Frankfurter Ortskrankenkasse schaffte daraufhin die Verhältniswahl selbst ab, ohne es auf eine erneute Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts ankommen zu lassen. Die Erfolge, die die Gewerkschaften bei der Mehrheitswahl errangen, änderten aber die Ansichten der Behörden. Die Novelle zum Gewerbegerichtsgesetz von 1901 brachte die wahlweise Zulassung des Proporz für die Wahlen der Beisitzer zu diesen Gerichten. Bald darauf nahm der Reichstag eine von den bürgerlichen Parteien gestellte Resolution an, die verlangte, daß alle Vertreterwahlen zu sozialpolitischen Instituten auf Grund des Verhältniswahlverfahrens vorgenommen würden. Es müßten, hieß es, die Minderheiten, die eine Vertretung nicht erlangen, geschützt werden. Daß dieser Schutz bei fast allen politischen Wahlen, bei denen nicht nur Minderheiten, sondern große Mehrheiten keine Vertretung erlangen, viel dringender sei, wollten die herrschenden Parteien nicht einsehen. Beim Gesetz über die Kaufmannsgerichte wurde denn auch der Proporz schon obligatorisch, und bei der Reichsversicherungsordnung war es der Regierung schon eine Selbstverständlichkeit die Wahlen der Vertreter zu den Ortskrankenkassen nach dem Verhältniswahlssystem vornehmen zu lassen. Der Vorschlag wurde ein-

mal mit der Behauptung begründet, daß Kasseneinrichtungen zu parteipolitischen Zwecken verwandt worden seien. Der andere Grund für die Einführung der Verhältniswahl war der Schutz der Minderheiten. »Der Gesetzgeber muß dafür sorgen«, heißt es in der Begründung, »daß nicht durch Zufall der Mehrheitsbildung die eine Richtung unter Ausschluß aller anderen das alleinige und ausschließliche Recht erlangt die Kassengeschäfte in ihrem Sinn zu führen, sondern daß auch die Minderheitsgruppen, entsprechend ihrer Zahl, angemessen vertreten werden.« Bei den Reichstagsverhandlungen wurde darauf hingewiesen, daß dieser Schutz der Minderheiten nicht nur bei den Krankenkassen sondern auch bei den übrigen Versicherungsträgern, namentlich den Berufsgenossenschaften, nötig sei. Der Reichstag führte deshalb die Verhältniswahl für alle Versicherungsinstitute und für alle Vertreterwahlen ein.

Man kann schon ein Freund der Verhältniswahl sein, aber doch gegen ihre Einführung in dem angegebenen Umfang Bedenken haben. Die Idee der Verhältniswahl ist im politischen Kampf geboren worden, und es kam ihren Befürwortern darauf an, daß die gesetzgebenden Stellen eine den verschiedenen Parteianschauungen der Wählermassen entsprechende Zusammensetzung erhalten. Wenn das Programm der sozialdemokratischen Partei Deutschlands das Proportionalwahlsystem und bis zu dessen Einführung gesetzliche Neueinteilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung fordert, so hat man zweifellos hier auch in erster Linie an die politischen Wahlen gedacht. Bei der Durchführung der Reichsversicherung kann und soll es sich aber gar nicht um Betätigung politischer Bestrebungen handeln; es hat daher keine oder nur untergeordnete Bedeutung, wenn die Verwaltungsorgane entsprechend den verschiedenen Parteianschauungen der Wähler zusammengesetzt sind. Es wird damit nur erreicht werden, daß erst recht politische Kämpfe in die Verwaltungsarbeiten hineingetragen werden: was früher so gut wie nicht vorkam.

Die Verhältniswahl hat auch nur einen Sinn, wenn es sich um große Wählermassen und große Vertreterschaften handelt. Auch bei der Verhältniswahl können oder sollten nur größere Parteigruppen das Wahlergebnis beeinflussen. Nun hat aber die Reform der Versicherung mit der Zersplitterung der Versicherungsträger nicht aufgeräumt; es werden zum Beispiel Ortskrankenkassen bis herab zu 250 Mitgliedern, Betriebskrankenkassen bis herab zu 100 Mitgliedern und Innungskrankenkassen, für die überhaupt eine Mindestmitgliederzahl nicht festgesetzt ist, mit noch weit weniger Mitgliedern weiterbestehen. Hier werden, da doch nur die volljährigen Mitglieder wahlberechtigt sind, schon bei den Ausschußwahlen nur geringe Wählerschaften in Betracht kommen. Bei den Vorstandswahlen durch den Ausschuß wird es sich selbst bei den Versicherten nur vielleicht um 20 bis 30 Wähler und etwa 4 zu Wählende handeln. Zu den Vorständen der Landesversicherungsanstalten sind meist nur 2 Vertreter zu wählen. Bei solchen Wahlen kann es nicht darauf ankommen, daß in der zu wählenden Körperschaft die Parteien entsprechend ihrer Stärke vertreten sind, sondern daß die richtigen Personen gefunden werden.

Die Reichsversicherungsordnung selbst schreibt nur vor, daß die Wahlen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl vor sich gehen sollen, und die Wahl

g e h e i m sein soll. Das Nähere wird der statutarischen Regelung der Versicherungsträger überlassen. Die Behörden (für die Krankenkassen sogar der Bundesrat) haben Musterwahlordnungen herausgegeben, die, so gut es geht, mit den gesetzlichen Vorschriften fertig zu werden versuchen. Sie schlagen den in Betracht kommenden Stellen nicht bestimmte Einrichtungen vor sondern stellen verschiedene zur Auswahl.

Bei der Festlegung dieser Bestimmungen haben die Arbeiter ja nur bei den Ortskrankenkassen einen nennenswerten Einfluß. Die Musterwahlordnung für diese Kassen sieht zum Beispiel vor, daß besondere Wählerlisten nicht aufgestellt werden, sondern daß zur Prüfung der Wahlberechtigung das Arbeitgeber- und Mitgliederverzeichnis dient, daß die Wähler spätestens 2 Wochen vor dem Wahltag durch eine Karte über ihre Wahlberechtigung zu benachrichtigen sind, daß zur Stimmabgabe wie bei der Reichstagswahl Wahlkuverts usw. zu verwenden sind usw. Die Wahlvorschläge können mit einander verbunden werden wie bei der Vertrauensmännerwahl in der Angestelltenversicherung; doch sollten die Kassen, weil sich dieses System nicht bewährt, davon Abstand nehmen. Für die Wahl selbst sind alle möglichen Listensysteme zulässig, die freien und die gebundenen Listen mit allen ihren Abarten. Hier sollten die Kassen darauf sehen das Wahlverfahren so einfach wie nur irgend möglich zu gestalten. Schon aus diesem Grund sollte überall das System der streng gebundenen Listen gewählt werden. Die gegen dieses System vielfach erhobenen Einwendungen, zum Beispiel daß es die Freiheit des Wählers zu sehr beeinträchtigt usw., sind jedenfalls nicht stichhaltig. Über die Vorschrift des Gesetzes die Verhältniswahl bei allen und jeden Wahlen anzuwenden hilft sich die Wahlordnung wie folgt hinweg: »Sind auf gültigen Wahlvorschlägen im ganzen nur so viele wählbare Bewerber benannt wie Vertreter zu wählen sind, so gelten sie als gewählt.« Wird also bis zur festgesetzten Zeit nur eine gültige Vorschlagsliste eingereicht, so gilt diese ohne weiteres als gewählt, und es findet eine Wahl überhaupt nicht statt. Wir befürchten, daß sich das sehr häufig einstellt, namentlich bei den Vorstandswahlen.

Welche Wirkung wird nun die Einführung der Verhältniswahl haben? Soweit die Wahlen der Ausschußmitglieder bei den großen Ortskrankenkassen in Frage kommen, wird die Wahlbeteiligung eine weit stärkere als bisher werden. Die Teilnahme an diesen Wahlen war seither im allgemeinen recht gering. Ich habe kürzlich bei allen größeren Ortskrankenkassen des Deutschen Reichs eine Statistik über die Beteiligung an den letzten Generalversammlungsvertreterwahlen aufgenommen. Die Kassen, auf die sich die Statistik erstreckte, hatten 1½ Millionen Mitglieder. Es ergab sich, daß sich nur 15,5 % der männlichen und 3,5 % der weiblichen Mitglieder an den bezeichneten Wahlen beteiligt hatten. Soweit die Kassen die Wahlberechtigten festgestellt hatten, ergab sich, daß 12,2 % der männlichen und 3,3 der weiblichen ihr Wahlrecht ausgeübt hatten. Bei 85 % der Kassen beteiligte sich nur eine Partei (Gruppe) an der Wahl der Versichertenvertreter, so daß bei ihnen nur eine Vorschlagsliste zur Wahl stand. In diesen Fällen war die Liste von dem örtlichen Kartell der freien Gewerkschaften aufgestellt worden. Die Listen wurden durchgehend glatt gewählt, und es konnte von einem Wahlkampf keine Rede sein. Bei etwa 15 % der Kassen rangen 2 Parteien (Gruppen) um den Sieg. Meist handelte es sich dabei um die Wahl-



vorschläge einer Vereinigung *nationaler* Arbeiter. Der Wahlkampf wurde dadurch weit lebhafter. Das war zum Beispiel der Fall in Leipzig, wo 34 584 männliche und 3226 weibliche Mitglieder von ihrem Wahlrecht Gebrauch machten. Da sich in Zukunft bei fast allen großen Kassen mindestens 2 Listen gegenüberstehen werden und es sich nicht mehr darum handeln wird überhaupt zu siegen sondern möglichst viele Sitze zu erobern, wird die Wahlbewegung und die Wahlbeteiligung außerordentlich gesteigert werden. Dort, wo sich die *nationalen* Elemente bisher nicht hervorwagten, um sich nicht zu blamieren, werden sie auf dem Plan erscheinen.

Bei den kleinen Kassen und bei dem größten Teil der Vorstandswahlen wird die Verhältniswahl die gegenteilige Wirkung hervorrufen. Da nur eine Liste eingeht, und eine Wahl überhaupt nicht stattfindet, führt die Einrichtung zur Ernennung und zur Interesselosigkeit. Das beiderseitige Vertrauen zwischen Wählern und Gewählten und umgekehrt dürfte nicht gefördert werden. Schon 1909 habe ich im *Reformblatt für Arbeiterversicherung* den Vorschlag gemacht für den Fall, daß bis zum festgesetzten Termin nur eine Vorschlagsliste eingeht, von der Verhältniswahl abzusehen und die Wahl in der alten Freiheit nach dem Mehrheitsverfahren vorzunehmen. Nach den nunmehr in das Gesetz aufgenommenen Bestimmungen dürfte das aber kaum zugänglich sein.

Die Wahlen der Vertreter zu den Krankenkassen bilden bekanntlich die Grundlage aller übrigen Wahlen. Die Vertreter im Ausschuß der Krankenkassen wählen die Vorstandsmitglieder der Kassen, diese die Vertreter bei den (unteren) Versicherungsämtern, diese die Versichertenvertreter in den Ausschüssen der (Invaliden-) Landesversicherungsanstalten und die Vertreter zu den Oberversicherungsämtern, diese wiederum die Versichertenvertreter beim Reichsversicherungsamt und den Landesversicherungsämtern. Die Vertreter im Ausschuß der Landesversicherungsanstalt wählen noch die nicht beamteten Vorstandsmitglieder der Landesversicherungsanstalten und die Arbeiterbeisitzer für die Beratung der Unfallverhütungsvorschriften bei den Berufsgenossenschaften. Jedenfalls ein äußerst komplizierter Aufbau, der die Wichtigkeit der Urwahlen, nämlich die Wahlen der Vertreter in die Krankenkassen, deutlich erkennen läßt.

Die einzelstaatlichen Ministerien (unter Führung des auch in diesen Fragen immer tonangebenden preußischen) haben bereits für die Wahlen der Versichertenvertreter bei den Versicherungsämtern usw. die nötigen Erlasse und Wahlordnungen herausgegeben. Die Wahldauer der jetzigen Vertreter bei den unteren Verwaltungsbehörden, die gegenwärtig vorläufig als Versichertenvertreter von den Versicherungsämtern zugezogen sind, läuft zwar bis zum 31. Dezember 1914, immerhin muß die Neuwahl vor dem 1. Januar 1914 vorgenommen werden, weil die Amtsdauer der Vertreter der Unternehmer und Versicherten in den Ausschüssen der Versicherungsanstalten nur bis zum 31. Dezember 1913 dauert. Es ist daher bestimmt worden, daß die Wahlen spätestens in der 2. Hälfte des November vorzunehmen sind. Um auch den der Krankenversicherungspflicht neu unterstellten Personen die Beteiligung an der Wahl zu sichern, sind die Wahlen zum Vorstand der Krankenkassen nach der Verhältniswahl spätestens in der 1. Hälfte des November zu bewirken. Die zu den Wahlen der Vertreter bei den Versiche-

rungsämtern usw. veröffentlichten Musterwahlordnungen sehen entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen die Verhältniswahl vor. »Wird bis zum bestimmten Termin nur eine Vorschlagsliste eingeräumt, so findet bei dieser Gruppe keine Wahl statt.«

Die bevorstehenden Wahlen bringen, namentlich da sie nach dem Verhältniswahlverfahren vorgenommen werden, den Gewerkschaftsorganisationen neue wichtige Aufgaben. Die Gewerkschaftsorganisation muß, soweit das noch nicht geschehen ist, bezirkswise geordnet und sonstwie ausgestaltet werden. Nur durch eine gediegene Vertretung der Versicherten in den Versicherungsorganen kann die Versicherung Leben und Gestalt bekommen und den Versicherten nützen.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

# RUNDSCHAU

## ÖFFENTLICHES LEBEN

### Sozialpolitik / Johannes Heiden

**Glashüttenarbeit** Die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in Glashütten, Glasschleifereien und Glasbeizeereien sowie Sandbläsereien ist durch eine Verordnung des Bundesrats vom 9. März neu geregelt worden. Verboten ist die Beschäftigung von Arbeiterinnen und Knaben unter 14 Jahren vor Schmelz-, Kühl-, Glüh- und Strecköfen und in Räumen, in denen eine außergewöhnlich hohe Wärme herrscht. In Räumen, in denen Rohstoffe oder Glasabfälle zerkleinert oder gemischt werden oder in denen mit flüssigem Fluorwasserstoff gearbeitet wird, dürfen Arbeiterinnen überhaupt auch nicht und Jugendliche unter 16 Jahren nicht beschäftigt werden. Die eben genannten Gruppen dürfen auch nicht am Sandstrahlgebläse beschäftigt werden. Für Knaben unter 14 Jahren und für Arbeiterinnen unter 16 Jahren ist die Beschäftigung mit Schleifarbeiten verboten. Soweit nach den Bestimmungen die Beschäftigung von jungen Leuten zwischen 14 und 16 Jahren zulässig ist, darf ihre Einstellung nur nach Vorlegung eines ärztlichen Zeugnisses über die Unfallgefahrlichkeit der Arbeit für sie erfolgen.

Recht ausgedehnte Beschäftigung junger Leute männlichen Geschlechts und Nachtarbeit läßt die Verordnung für solche Glashütten zu, in denen die Glasmasse gleichzeitig geschmolzen und verarbeitet wird. Die Arbeitsschicht darf einschließlich der Pausen 12, ohne Pausen bis zu 10 Stunden betragen. Als

Unterbrechung der Arbeitsschicht werden nur Pausen in der Gesamtdauer von 1 Stunde verlangt. Von den Pausen soll eine mindestens  $\frac{1}{2}$  Stunde betragen. Unterbrechungen der Arbeit von weniger als  $\frac{1}{4}$  Stunde sollen auf die Pausen nicht angerechnet werden. Hier von darf die höhere Verwaltungsbehörde für gewisse Betriebe noch wieder Ausnahmen zulassen, das heißt die Anrechnung jeder kleinen Unterbrechung auf die Gesamtdauer der Pausen gestatten. Als Mindestruhezeit zwischen Arbeitsschichten sind 12 Stunden bestimmt.

Ähnlich sind die Bestimmungen für Glashütten, in denen Schmelzschicht und Verarbeitungsschicht mit einander wechseln. In ihnen dürfen junge Leute männlichen Geschlechts zwischen 14 und 16 Jahren wöchentlich ausschließlich der Pausen 60 Stunden beschäftigt werden. Jede 2. Woche ist Nachtarbeit zulässig. Schichten bis zu 10 Arbeitsstunden müssen durch Pausen von zusammen 1 Stunde, längere Schichten (die zulässig sind) durch Pausen von zusammen  $1\frac{1}{2}$  Stunden unterbrochen werden. Ruhen von der Arbeit für weniger als  $\frac{1}{4}$  Stunde soll auf die Dauer der Pausen nicht angerechnet werden. Eine Pause muß mindestens  $\frac{1}{2}$  Stunde betragen. Die Nachtschichten sollen nicht mehr als 10 Arbeitsstunden enthalten. Die Ruhezeit zwischen 2 Schichten soll mindestens so lang sein wie die zuletzt beendete Schicht. Jeden 2. Sonntag ist die Beschäftigung der jungen Leute zulässig.

Die durch die Bundesratsverordnung zugelassenen Ausnahmen, die oben im 2. und 3. Abschnitt angegeben wurden, gelten nicht für Arbeiten an Strecköfen und zur Herstellung von Spiegel-, Roh-,

Draht- und Kathedralsglas und dergleichen durch Auswalzen flüssiger Glasmasse auf Platten oder Tischen und für Arbeiten an Maschinen, die Glasmasse automatisch zu Flaschen oder Tafelglas verarbeiten. Jedoch ist auch bei diesen Beschäftigungen die Beschränkung der Pausen bis auf 1 Stunde zulässig, wenn die tägliche Arbeitszeit einschließlich der Pausen nicht mehr als 10 Stunden beträgt.

Die Verordnung ist am 1. April 1913 in Kraft getreten; sie gilt auf 5 Jahre. Mit ihr hat der Bundesrat eine schwerwiegende Durchbrechung der Schutzbestimmungen für Arbeiterinnen und junge Leute weiter verlängert. Selbst wenn anerkannt wird, daß bei Erlaß eines neuen Gesetzes die Notwendigkeit von Ausnahmen für eine gewisse Zeit bestehen mag, so müssen sich die Ausnahmen doch auf eine kurze Übergangszeit beschränken. Der Bundesrat macht in der letzten Zeit etwas viel Gebrauch von seinen Befugnissen.

× **Abonnentenversicherung** ×  
 Dem Reichstag ist kürzlich eine Denkschrift über die Abonnentenversicherung zugegangen. Sie unterscheidet zwischen beaufsichtigter und unbeaufsichtigter Versicherung. Die Erlaubnis zum Betrieb der Unfallversicherung durch Zeitungsabonnement haben 4 Versicherungsgesellschaften, zur Sterbegeldversicherung durch Abonnement von Zeitungen oder Zeitschriften sind 2 Gesellschaften zugelassen und zur Haftpflichtversicherung 4 Fachzeitschriften. Bei diesen Versicherungen sollen insgesamt 1 766 465 Personen irgendeinen Versicherungsschutz genießen. Die Versicherungsleistungen haben im Jahr 1911 rund 3 Millionen Mark betragen. Aus der geringen Zahl der dem Aufsichtsamt für Privatversicherung unterbreiteten Beschwerden (in 4 Jahren 50), von denen 34 unbegründet waren und 8 umstrittene Rechts- und Tatfragen betrafen, wird der Schluß gezogen, daß Mißstände nicht bestehen, und daß die Gesellschaften gerade bei dieser Versicherungsart bestrebt sind die Versicherungsnehmer in weitgehendem Maß zufrieden zu stellen. Das ist gewöhnlich auch in den Reklamen dieser Versicherungen zu lesen. Der Schluß läßt aber eine Prämisse unberücksichtigt: die Unkenntnis der Versicherten. Ein großer Teil von ihnen dürfte von der Existenz des Aufsichtsamts für Privatversicherung nichts

wissen und von einem Beschwerderecht auch nichts. Auch das Urteil über die wirtschaftliche Bedeutung der Abonnentenversicherung erscheint mir sehr anfechtbar. Von der Versicherung durch Abonnement wird gesagt, daß sie sich unzweifelhaft in manchen Beziehungen als ein wirksames Mittel erwiesen habe den breiten Schichten des Volkes bis zu einem gewissen Grad die Segnungen des Versicherungsschutzes zugänglich zu machen und somit zur Festigung der wirtschaftlichen Verhältnisse im Arbeiter- und Handwerkerstand beizutragen«. Von allen Schädigungen der Versicherungsnehmer durch nicht leicht zu beurteilende Versicherungsbedingungen. Verwirkungsklauseln usw. abgesehen, gehen doch bei dieser Versicherung genau so wie bei den sogenannten *Volksversicherungen* viele Prämien (Abonnementsgelder) durch Verfall der Versicherungen infolge Unmöglichkeit der Weiterzahlung verloren. Ein Urteil über die wirtschaftliche Bedeutung dieser Art von Versicherung hätte Berücksichtigung der von den Versicherten geleisteten Prämien und einen Vergleich der Prämien mit den Entschädigungsleistungen verlangt. Das ist nicht geschehen und ist auch wohl nicht möglich. So lange ist aber auch kein Werturteil über die wirtschaftliche Bedeutung der Versicherung durch Zeitungsabonnement möglich.

Die unbeaufsichtigte Abonnentenversicherung wird von 143 Zeitungen und Zeitschriften betrieben und soll für 2 569 226 Personen bestehen. Diesen Versicherungen steht die Denkschrift etwas kritischer gegenüber. Sie betont, daß vielfach auf peinliche Einhaltung aller Versicherungsbedingungen gesehen wird, die oft sehr verklausuliert sind, und daß gegen Entschädigungsansprüche frivole Einreden erhoben werden. Gegenüber dem Umstand, daß im Verhältnis zu der großen Anzahl von Versicherungen dieser Art doch nur wenige Klagen an die Gerichte gelangen, kommt dem Verfasser der Denkschrift doch die Erwägung: »Ob nicht in vielen Fällen die Versicherten, in der Meinung der rechtlichen Unanfechtbarkeit der Bedingungen, von der Rechtsverfolgung abgesehen haben, soll dahingestellt bleiben.« Trotzdem hält die Denkschrift auch die wirtschaftliche Bedeutung der unbeaufsichtigten Abonnentenversicherung wegen ihrer großen Ausbreitung für sehr erheblich. Dieses Urteil wird wohl mit Recht angefochten werden.

Jedenfalls ist es durch die in der Denkschrift selbst mitgeteilten Tatsachen nicht begründet, und mit den täglichen Erfahrungen steht es im Widerspruch.

× **Zentralarbeitssekretariat** Das Institut hatte im Jahr 1912 einschließlich der Rückstände aus früheren

Jahren insgesamt 3190 Sachen zu bearbeiten, von denen 2165 erledigt wurden. Von den erledigten Rentenprozessen betrafen 1994 die Unfall- und 135 die Invalidenversicherung. In Sachen der Unfallversicherung erzielte das Zentralarbeitssekretariat in 796 Fällen für seine Klienten einen Erfolg. 1198 Sachen nahmen einen ungünstigen Ausgang; hierunter waren 361, in denen die Vertretung in der mündlichen Verhandlung wegen Aussichtslosigkeit abgelehnt worden war. Von den Streitsachen betrafen die meisten (1181) die Herabsetzung der Rente, also Fälle, die in Zukunft in der Regel nicht mehr an das Reichsversicherungsamt gelangen können sondern von den Oberversicherungsämtern endgültig erledigt werden. Um an diesen Gerichten die Interessen der Verletzten wirksam vertreten zu können, planen die Gewerkschaften die Errichtung von Bezirksarbeitssekretariaten.

Auf dem Gebiet der Invalidenversicherung vertrat das Zentralarbeitssekretariat 116 Revisionen. Hiervon hatten die Versicherten 82 und die Versicherungsträger 34 eingelegt. Die Versicherungsträger erreichten in 4 Fällen vollen Erfolg und in 18 Fällen Zurückweisung an die Vorinstanz. Für die Versicherten sind die betreffenden Zahlen 3 und 23. Verworfen wurden 12 Revisionen der Versicherungsträger und 53 der Versicherten.

Auch der neueste Jahresbericht beweist den hohen Wert der Vertretung der Rentenkläger durch das Zentralarbeitssekretariat. Dieser Wert besteht nicht allein in dem Erfolg im Einzelfall sondern auch darin, daß durch Geltendmachung der Anschauungen und Vertretung der Interessen der Versicherten die gesamte Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts beeinflußt wird.

× **Kurze Chronik** Für die Arbeit jugendlicher auf Steinkohlenbergwerken ist die Beschränkung des im allgemeinen den Jugendlichen zustehenden Schutzes für weitere 10 Jahre durch Verordnung des Bundesrats verfügt worden. Die bisher zugelassenen Ausnahmen von dem Ver-

bot der Nacharbeit sind noch etwas erweitert worden. × Der preußische Handelsminister hat sich gegen die Praxis mancher Oberversicherungsämter, die die Genehmigung zum Ausbau und Weiterbestand von Ortskrankenkassen schematisch versagten, mit einem in scharfen Worten gehaltenen Erlaß gewandt. × Dem Reichstag ist ein Entwurf zugegangen, der die Zahlung von Tagelohnern an Schöffen und Geschworene vorsieht. × Durch Volksabstimmung vom 4. Mai ist die Bundesverfassung der Schweiz dahin erweitert worden, daß der Bund zur Bekämpfung übertragbarer oder stark verbreiteter oder bösartiger Krankheiten gesetzliche Bestimmungen treffen kann. Die Entscheidung fiel mit 167 000 gegen 104 000 Stimmen. Angeregt ist die Bestimmung von dem sozialistischen Mitglied des Nationalrats Dr. Rickli. × Am gleichen Tag wurde in der Stadt Zürich die Vorlage des Stadtrats betreffend Invaliden- und Altersversicherung der städtischen Beamten und Arbeiter mit 13 900 gegen 4 900 Stimmen angenommen.

× **Literatur** Vom *Kathedersozialismus zum Kathederkapitalismus* nennt sich ein Schriftchen

Paul Kampffmeyers, das vom Landesvorstand der sozialdemokratischen Partei Bayerns herausgegeben wurde, und das dem Buch Bernhards *Unerwünschte Folgen der deutschen Sozialpolitik* entgegentritt (siehe auch Kampffmeyers Artikel *Tendenzwissenschaft gegen Sozialpolitik* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1913, 1. Band, pag. 3 ff.). Dem Gerede von den unerschwinglichen Lasten der Sozialversicherung stellt Kampffmeyer die Tatsache gegenüber, daß unser Rivale auf dem Weltmarkt, England, die Sozialversicherung Deutschlands als eins der Mittel erkannt hat, die zur Kräftigung eines lebensstüchtigen Arbeiterstands beigetragen haben. Da England im Interesse seiner Konkurrenzfähigkeit einer energischen, leistungsfähigen Arbeiterschaft bedarf, hat es von dem deutschen System das akzeptiert, was für seine Verhältnisse paßte, und hat in manchen Punkten seiner Sozialversicherung das deutsche Vorbild verbessert. In wirkungsvoller Weise widerlegt Kampffmeyer die Behauptungen Bernhards von dem Mißbrauch der sozialen Versicherung durch die Arbeiter und von der Parteiherrschaft in den Versicherungs-

instituten. Er weist ihm hierbei nach, daß er Quellen benutzt hat, die nicht einwandfrei sind, und daß er unerwiesene Behauptungen als Beweis für seine Anschuldigungen verwertet. Die Beschränkung der Dispositionsfreiheit des Unternehmers, die Bernhard als Folge der Sozialpolitik bezeichnet, wird in viel höherem Maß durch kommunale, staatliche, genossenschaftliche und kartellierte Großunternehmungen verursacht, was Bernhard übrigens sehr gut weiß. Der Forderung Bernhards nach Erhaltung und Vermehrung der Dispositionsfreiheit des Unternehmers stellt Kampfmeier die Tatsache gegenüber, daß der staatliche und kommunale Betrieb sich immer mehr Boden erobert. Damit würden Riesenschritte auf dem Weg zum Sozialismus, zur Vergesellschaftung der industriellen Produktion gemacht, bei der wohl noch tatkräftige Leiter, aber nicht kapitalistische Ausbeuter notwendig seien. × Zur internationalen Baufachausstellung in Leipzig haben der Metallarbeiter- und der Holzarbeiterverband zwei Bücher über die Unfallgefahren der Arbeiter im Bau fach herausgegeben: *Die Unfallgefahr der Metallarbeiter im Bauberuf und Gesundheits- und Lebensgefahren der Bautischler*. Gestützt auf eine Fülle von Einzelbeispielen weist der Metallarbeiterverband die außerordentlich hohe Unfallgefahr in Eisenkonstruktionsbetrieben, den immer unzureichenden, oft ganz fehlenden Unfallschutz und die hieraus entspringende große Unfallhäufigkeit nach. Die Unfallziffer in diesen Betrieben übersteigt diejenige der Berufsgenossenschaften, die für besonders gefährlich gelten, ganz erheblich. Bei manchen Berufsgenossenschaften fehlt es gänzlich an besonderen Unfallverhütungsvorschriften für die Eisenkonstruktionsbetriebe. Auch die anderen an Bauten beschäftigten Arbeiter der Metallindustrie, wie Bau Schlosser, Klempner, Heizungs Monteure usw., sind erhöhter Unfallgefahr ausgesetzt. Gerüste zur Sicherung gegen Absturz fehlen oft ganz und sind häufig unvollkommen. Die Arbeiter haben bei ihrem Verlangen nach ausreichendem Schutz mit dem Widerstand der Unternehmer und der Behörden zu kämpfen. Von Hamburg wird berichtet, daß die Bauarbeiterschuttkommission in einem Fall 6mal die Polizeibehörde vergeblich zum Einschreiten zu veranlassen suchte. Erst die Androhung eines Streiks bewog den Unternehmer die unentbehrlichsten Schutzvorrichtungen zu treffen. Ein nicht

geringer Teil der Arbeiter leidet auch unter spezifischen Berufskrankheiten Für die Arbeiter von der Holzindustrie, wie Bautischler, Treppenhauer, Fenstereinsatzer usw., besteht ebenfalls wesentlich erhöhte Unfallgefahr, die durch das Fehlen von Schutzeinrichtungen verursacht ist. Der Holzarbeiterverband hat die Darstellung der Unfallgefahren an den Arbeitsmaschinen bei der Herrichtung von Fenstern, Türen usw. in den Kreis seiner Untersuchung einbezogen. Hier gehören ja Finger- und Handverletzungen leider zu den Alltäglichkeiten. In beiden Büchern finden sich umfassende Vorschläge zur Verhütung von Unfällen und zur Abwendung von Gesundheitsgefahren. Sie beschränken sich auf Maßnahmen, die bei gutem Willen leicht durchzuführen sind, die aber eine ganze Reihe der Unfälle, denen heute Menschenleben und gesunde Glieder zahlreich zum Opfer fallen, ausschließen würden. Der Forderung des Arbeiterschutzes werden die beiden Bücher, die allenthalben den gut orientierten Blick des Praktikers bekunden, wertvolle Dienste tun. × Im Verlag von Julius Springer in Berlin haben in diesem Jahr 2 neue Monatsschriften zu erscheinen begonnen. Seit Anfang April die *Monatsschrift für Arbeiter- und Angestelltenversicherung*. Herausgeber sind Privatdozent Dr. Kaskel (Berlin), Geheimer Regierungsrat Dr. Lehmann (Berlin) vom Direktorium der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte, Regierungsrat Dr. Rabeling und Regierungsrat Dr. Smidt, beide ständige Mitglieder des Reichsversicherungsamts. Die Zeitschrift will unter Ausschaltung aller politischen Gesichtspunkte der Pflege des juristischen Inhalts der sozialen Versicherungsgesetze dienen. Die andere Monatsschrift, *Das Einigungsamt*, erscheint bereits seit Januar. Ihre Aufgabe besteht in der Pflege des gewerblichen Einigungswesens und der Tarifverträge. Herausgeber sind Magistratsrat von Schulz (Berlin), Dr. H. Prenner (München) und A. Rath (Essen). × Von Josef Stammhammers *Bibliographie der Sozialpolitik* / Jena, G. Fischer/ ist der 2. Band erschienen, der die Literatur von 1895 bis 1911 enthält. Neben den Bibliographien der einzelnen Staaten und Länder und den Bibliographien über besondere Materien hat der Verfasser auch eine große Anzahl von Fach- und wissenschaftlichen Zeitschriften benutzt. Die Anlage des Buches mit alphabetischer Reihenfolge der Materien

und Einteilung der umfangreicheren Materien nach Staaten erleichtert den Gebrauch wesentlich. Zum Schluß ist ein Autorenregister angefügt. Das mit unendlichem Fleiß und großer Sorgfalt bearbeitete Werk orientiert vorzüglich über die sozialpolitische Literatur. × Die *Deutsche Zentrale für Jugendpflege* gibt ein *Handbuch für Jugendpflege* /Langensalza, Beyer/ heraus. Nach der Ankündigung in der 1. Lieferung entspringt die Herausgabe des Buches dem Wunsch dem großen vaterländischen Werk der Jugendpflege ein nützliches Werkzeug zu bieten. Die Liste der Mitarbeiter weist neben den Namen einiger Sozialpolitiker besonders solche von Leitern konfessioneller und nationaler Jugendvereine auf.

### Kommunalsozialismus / Hugo Lindemann

**Wohnungs-** Der vor kurzem veröffentlichte Jahresbericht der Kreiswohnungsinpektin des Landkreises Worms für 1912 weiß von einem wesentlichen praktischen Fortschritt zu berichten, nämlich von der Gründung eines Kreisbauvereins, der als Zweckverband auf Grund der Landgemeindeordnung vom 8. Juli 1911 eingerichtet wurde und über die Anregungen und Möglichkeiten des hessischen Wohnungsfürsorgegesetzes hinausgeht. Schon seit Jahren war von dem Leiter des Kreises, dem Geheimen Regierungsrat Dr. Kayser, der Satz vertreten worden, daß die ländlichen Wohnungsverhältnisse der gleichen Beachtung und Verbesserung wie die städtischen bedürfen, daß aber ohne eine geregelte intensive Wohnungsaufsicht eine Besserung dieser Verhältnisse nicht zu erreichen sei. Die Wohnungsaufsicht wurde daher im Kreis von vornherein als Wohlfahrtseinrichtung ausgeübt und vor allem auf die Wohnungspflege und ihre organische Verbindung mit den übrigen sozialen Tätigkeiten des Verwaltungsbezirks, wie Säuglingsfürsorge, Tuberkulosefürsorge usw., der Hauptnachdruck gelegt. Das positive Ziel der Wohlfahrtspflege ist Familienfürsorge, da die Familie auf dem Lande noch als Wirtschaftseinheit und als Mittelpunkt des ländlichen Lebens zu betrachten ist. Ihre Grundlage bildet daher die Wohnungsfürsorge im weitern Sinn, die nur im organischen Zusammenhang mit der Wohlfahrtspflege fruchtbar werden kann. Die Wohnungspflege bringt die Beratung und Unterstützung der Frauen in allen

Haushalts-, Wohnungs-, Berufs- und Erziehungsangelegenheiten mit sich und führt so von selbst eine Teilnahme der Kreiswohnungsinpektin an den darauf sich beziehenden Pflegebestrebungen herbei.

Die Wohnungsaufsicht hatte nun festgestellt, daß die Gemeinden der eigentlichen Wohnungsfürsorge, das heißt dem Bau von Häusern für den bodenständigen Nachwuchs auf dem Land, nicht gewachsen waren. Infolgedessen hatten sich mit dem Wohnungsmangel in zahlreichen Gemeinden recht ungünstige Wohnungsverhältnisse entwickelt. Baugenossenschaftliche Unternehmungen fanden ebensowenig genügende Vorbedingungen, da die Leistungsfähigkeit der kleinen Gemeinden meist sehr beschränkt ist. Wollte man also aus den Ergebnissen der Wohnungsaufsicht die nötigen Folgerungen ziehen, so mußte ein besonderes, leistungsfähigeres Organ geschaffen werden, das den Bau von Kleinhäusern unternehmen konnte. Dies ist in dem gemeinnützigen Bauverein für die Landgemeinden des Kreises Worms geschehen, dem sich 39 Gemeinden angeschlossen haben. Der Bauverein ist also ein Zweckverband mit der Aufgabe billige, gesunde und zweckmäßig hergestellte Wohnungen für Minderbemittelte in eigens erbauten, angekauften oder gemieteten Häusern durch Überlassung zu Eigentum oder zur Miete zu beschaffen. Zunächst soll nur auf Bestellung gebaut werden; die Erbauung von Mietshäusern ist für später aufgeschoben worden. Die finanzielle Grundlage erhält der Verband durch die Landesversicherungsanstalt, die ihm die erforderlichen Darlehen zu 3½ % für Versicherte, zu 4 % für alle übrigen auf Grund eines allgemeinen Darlehensvertrags gegen solidarische Haftung der Verbandsgemeinden zur Verfügung stellt. Außerdem hat sich die Landesversicherungsanstalt die Prüfung der Baupläne vorbehalten.

Mitglieder des Verbands sind 39 Gemeinden. Jeder steht das Recht zu die Erstellung geeigneter Wohnungen zu beantragen. Der Verband ist zum Bau verpflichtet, wenn die Gemeinde einen geeigneten Käufer präsentiert. Übrigens hängt der Kreisbauverein nicht von der Initiative der Gemeinden ab; er kann auch ohne sie vorgehen. Organe des Vereins sind der Vorstand und der Ausschuß. Der Ausschuß oder die Mitgliederversammlung, die aus den gesetzlichen Vertretern der Verbandsgemein-

den besteht, bestellt aus seiner Mitte einen geschäftsführenden Ausschuss von 5 Mitgliedern. Dieser Deputation liegt die Erwerbung und Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden, die Bestimmung über Art und Umfang der auszuführenden Neubauten, Vergabe der Arbeiten und Lieferungen, Abschluß von Verträgen mit Unternehmern usw. ob. Diese Verwaltungsakte bedürfen zum Teil der Genehmigung der Aufsichtsbehörde, die auch die Abrechnung über Neubauten und die Jahresrechnung prüft und den technischen Leiter des Unternehmens nach Anhörung des Verbandsausschusses bestimmt. Die Verträge, die mit den Antragstellern über den Bau eines Hauses abgeschlossen werden, enthalten die folgenden Hauptbedingungen. Die Anzahlung beträgt 10 % des Kaufpreises, worauf ein schon vorhandener Bauplatz aufgerechnet werden kann. Der Restkaufpreis ist mit  $3\frac{1}{2}$  % zu verzinsen und mit mindestens  $1\frac{1}{2}$  % zu tilgen. Zur Sicherung der Restschuld wird eine Sicherungshypothek bestellt. Außerdem verlangt der Kreisbauverein ein Wiederkaufsrecht mindestens auf die Dauer von 10 Jahren, das bei Verletzung der Zahlungsverpflichtung sowie der Veräußerungs-, Bau- und Benutzungsbeschränkungen in Kraft tritt. Ferner muß sich der Käufer verpflichten eine Reihe beschränkter persönlicher Dienstbarkeiten im Grundbuch eintragen zu lassen, so zum Beispiel die Verpflichtung keine Neubauten vorzunehmen, keine Gast- oder Schankwirtschaft zu betreiben, keine Abvermietung vorzunehmen usw. Im ganzen sind bis jetzt 80 Anträge aus 18 Gemeinden eingelaufen. Die Größe einer Hofraithe beträgt durchschnittlich 250 Quadratmeter. Davon entfallen auf den kleinsten Typ des Hauses 42 bis 44, auf den größten etwa 72 Quadratmeter. In der Regel werden 3 Zimmer und Küche verlangt. Der Preis des Hauses stellt sich auf etwa 5000 Mark, einschließlich Grund und Boden, Stall und Garten. Für diejenigen, die kein Baugrundstück besitzen, kauft der Kreisbauverein die Grundstücke. In Gemeinden mit starkem Wohnungsmangel, oder in denen günstige Angebote vorlagen, wurden größere Grundstücke im Zusammenhang gekauft, im ganzen bisher für 43 678,40 Mark, wofür 24 005 Quadratmeter erworben wurden. Das Quadratmeter stellte sich also auf 1,81 Mark. Beachtenswert sind die Mitteilungen des Berichts über die Bedeutung des Fami-

lienverbands. Danach ist der Familien- und Sippenverband der Frauenseite auch heute noch außerordentlich eng. Die Heimat der Frau gibt für den Wohnsitz eines in Worms tätigen Fabrikarbeiters fast immer den Ausschlag. Durch die Fürsorge des Kreisbauvereins wird nun den Arbeitern der Vorzug einer gewissen Freizügigkeit neben dem der Selbständigkeit erhalten. Der Arbeiter vermag seine Arbeitskraft frei zu verwerten und behält dabei eine gewisse Bodenständigkeit. Die Freude am Besitz auf heimatlichem Boden ist aber (darin wird dem Bericht zuzustimmen sein) sicherlich ein wertvoller Faktor in der Charakterbildung einer Bevölkerung.

Das Vorgehen des Wormser Landkreises bedeutet den sehr interessanten Versuch im Anschluß an eine systematische, von sozialen Gesichtspunkten getragene Wohnungsaufsicht konstruktive Wohnungspolitik in einem größeren Kommunalverband zu treiben. Man wird die Entwicklung dieser Tätigkeit mit Aufmerksamkeit verfolgen. Gelingt es auf dem Weg eines solchen Zweckverbands die Wohnungsverhältnisse eines Kreises dauernd zu sanieren, so wäre damit ein Vorgang geschaffen, auf Grund dessen überall ein ähnliches Eingreifen der kommunalen Behörden mit Recht verlangt werden könnte. Es sei übrigens noch bemerkt, daß bereits der Kreis Darmstadt nach dem Muster des Wormser Kreisbauvereins einen gemeinnützigen Bauverein gegründet hat, dem alle Gemeinden beigetreten sind.

Hessen ist einer der wenigen deutschen Bundesstaaten, in denen eine allgemeine Wohnungsaufsicht durch Gesetz oder Verordnung eingerichtet ist. In der Mehrzahl der übrigen ist es den Gemeinden überlassen diese Einrichtung aus eigener Initiative zu treffen. Dazu gehört auch Sachsen, über dessen Wohnungsaufsicht Assessor Dr. Rusch für die internationale Baufachausstellung in Leipzig eine interessante Zusammenstellung gemacht hat. Die Einführung der obligatorischen Wohnungsaufsicht wurde von der Regierung seinerzeit mit der Begründung abgelehnt, daß ein Bedürfnis nicht anerkannt werden könne. In der großen Zahl der kleinen Gemeinden ohne wesentliche Industriebevölkerung lägen die in Betracht kommenden Verhältnisse so klar und durchsichtig, daß schon die allgemeine polizeiliche Aufsicht zur Vermeidung ungesunder Wohnungsverhältnisse genüge. Wie falsch diese Auffassung ist, zeigen die

Ergebnisse in den Staaten, in denen eine allgemeine Wohnungsaufsicht eingerichtet ist. Auch die oben angeführten Erfahrungen der Wormser Kreiswohnungsinpektion beweisen, daß gerade in den kleinen Gemeinden die Verhältnisse keineswegs so einfach liegen, und daß namentlich die Beseitigung der Mißstände häufig recht große Schwierigkeiten macht. Die Wohnungsaufsicht hat sich nun in Sachsen so entwickelt, daß am 1. Juli 1912 in 128 von 162 Städten mit mehr als 3000 und Landgemeinden mit mehr als 5000 Einwohnern eine Wohnungsaufsicht bestand oder in der Einrichtung begriffen war. Darunter befanden sich 26 Gemeinden mit weniger als 5000 Einwohnern, 67 Gemeinden mit 5- bis 10 000 Einwohnern, 22 Gemeinden mit 10- bis 20 000 Einwohnern, 9 Gemeinden mit 20- bis 50 000 Einwohnern und 4 mit über 50 000 Einwohnern. Wohnungsämter bestehen in Dresden, Chemnitz und Freiberg; geplant ist die Errichtung eines Wohnungsamts in Leipzig, Zwickau und Zittau. In 34 Gemeinden sind alle Wohnungen der Inspektion unterworfen, in den übrigen sind es teils nur die zur Teilvermietung benutzten Räume teils nur die Schlafstellen teils nur die Mietwohnungen und die Räume der Untermieter. Selbstverständlich kann eine Wohnungsaufsicht, die sich auf die Räume der Untermieter beschränkt, nur als eine unvollständige und unzureichende Einrichtung bezeichnet werden. Denn die Wohnungen mit Untervermietung bilden nur einen kleinen Bruchteil der Gesamtheit der Wohnungen. Auf jeden Fall sind aber diese Mitteilungen über die Organisation und den Umfang der sächsischen Wohnungsaufsicht ein Beweis dafür, wie wünschenswert die Regelung der Wohnungsaufsicht durch Reichsgesetz gewesen wäre. Der Widerstand der Einzelstaaten gegen die dahin zielenden Beschlüsse des Reichstags ist nur geeignet die Inangriffnahme einer gründlich arbeitenden Wohnungsfürsorge auf unbestimmte Zeit hinauszuschieben. Das gilt insbesondere, wenn, wie dies in dem preußischen Wohnungsgesetzentwurf der Fall ist, den kleineren Gemeinden keine Verpflichtung zur Einrichtung einer Wohnungsinpektion auferlegt wird.

× **Geldvermittlungsstelle** Die Geldvermittlungsstelle des Deutschen Städtetags hat, wie ihr Leiter, Oberbürgermeister Dr. Scholz (Kassel), mitteilte, sich innerhalb der 3 Jahre ihres

Bestehens sehr günstig entwickelt. In dieser Zeit wurden an kurzfristigen Darlehen rund 214 Millionen nachgefragt, von denen 80 Millionen gedeckt werden konnten. Die Höhe der Angebote belief sich auf rund 112,5 Millionen Mark, von denen rund 76 untergebracht wurden. Auch der andere Geschäftszweig, die Vermittlung langfristiger Anleihen, der erst seit etwas über 1 Jahr aufgenommen wurde, hat sich bereits recht lebhaft entwickelt. Es wurden im ganzen 135 Millionen angemeldet, von denen etwa 19,5 Millionen abgeschlossen wurden. Über eine größere Zahl von Beträgen schweben noch die Verhandlungen. Bei den kurzfristigen Anleihen konnte selbst in den Zeiten knappsten Geldstands und hoher Diskontsätze bei der Reichsbank die Vermittlung zu verhältnismäßig niedrigen Sätzen, oft sogar bis zu 1¼ % unter dem Reichsbankdiskont erfolgen. Trotz der abnormen Verhältnisse auf dem Geldmarkt gelang es einer Reihe von Städten über große Schwierigkeiten wegzuhelfen, die nicht oder doch nur zu äußerst drückenden Bedingungen Geld hätten erhalten können. Die Vorteile, die die Vermittlungsstelle den angeschlossenen Städten bietet, haben den Bayrischen und den Pommerschen Städtetag veranlaßt sich dem Deutschen Städtetag als Mitglieder anzuschließen, um diese auch ihren Mitgliedern zuzuwenden.

× **Krippenverband** Am 24. Mai hat sich in Frankfurt am Main ein **Deutscher Krippenverband** konstituiert, der gleichzeitig eine Versammlung abhielt und auf ihr insbesondere auch die Frage diskutierte, in welchem Umfang die Gemeinden die Krippenvereine unterstützen sollen. Die Notwendigkeit der Unterstützung hängt in großem Maß davon ab, wie der Betrieb der Krippe organisiert ist, ob sie durch einen angestellten und womöglich honorierten Säuglingsarzt dauernd und sorgfältig überwacht wird, ob sie für ihren Betrieb ein Haus mit dem erwünschten Garten und Hof allein besitzt, und ob sie über ein ausreichend besoldetes, gutgeschultes und durchaus zuverlässiges Personal verfügt. Ferner ist entscheidend, welche Beträge von den Müttern für die Benutzung der Krippe erhoben werden. Es sind also einmal die hygienischen Gesichtspunkte, dann die betriebsfiskalischen entscheidend. Wie Bürgermeister Dr. Luppe hervorhob, der als 2. Referent neben dem hygienischen



die bei der Einrichtung und dem Betrieb einer Tagkrippe maßgebenden Gesichtspunkte in seinem Referat darlegte, steht Frankfurt auf dem Standpunkt, daß eine kräftige Hilfe durch die Stadt am Platz sei. Diese wendet jährlich 14 000 Mark für Krippen auf und will auch die in Errichtung befindliche Waldkrippe kräftig unterstützen. Schon die Vorteile, die den Armenverwaltungen aus den Krippen erwachsen, sollten nach Ansicht Luppes diese zu finanzieller Unterstützung veranlassen. Die gleiche Auffassung wurde auch in der Diskussion von verschiedenen Rednern vertreten. So hob auch Dr. Schulten (Elberfeld) die Verminderung der Armenplegekosten durch die Krippe als ganz beträchtlich hervor. Bei 48 Müttern, die die Krippe benutzten, wurden von der Armenverwaltung wöchentlich 191 Mark erspart. Ebenso traten Dr. Stroebe (Karlsruhe) und Sanitätsrat Dr. Vohsen (Frankfurt am Main) für eine weitgehende Unterstützung der Krippen durch die Gemeinden ein. Dr. Vohsen verlangte, daß die Gemeinden die Krippenärzte anstellen und besolden sollten. Er ging dabei in Übereinstimmung mit dem hygienischen Referenten Professor Dr. Brüning (Rostock) davon aus, daß die Honorierung des Krippenarztes die Regel sein solle, und nur da, wo es gänzlich an Mitteln fehle, sollten freiwillige Kräfte in den Dienst der Sache gestellt werden. Denn die Tätigkeit des Arztes im Betrieb der Krippe ist sehr umfangreich. Durch gründliche Untersuchung muß er dafür sorgen, daß kein krankes Kind aufgenommen wird und dadurch Infektionen in den Kinderbestand hineinkommen, die dann häufig mit zahlreichen Todesfällen enden. Die regelmäßige ärztliche Kontrolle muß sich ferner auch auf das Pflegepersonal erstrecken, wie ihr überhaupt der gesamte Krippenbetrieb zu unterwerfen ist. Dabei muß insbesondere die Ernährung und Pflege der Kinder den heutigen Anschauungen über Hygiene entsprechend gestaltet werden. Allgemein wurde in der Diskussion die Notwendigkeit anerkannt das Krippenwesen in Deutschland weiter auszubauen als das bisher schon geschehen ist. Hierbei fällt den Kommunen ein großes Stück Arbeit zu.

×  
**Kurze Chronik** Die Hirsch-Duncker-  
 schen Gewerke-  
 vereine haben sich auf ihrem  
 18. Verbandstag ein Kommunalprogramm  
 gegeben, worin sie ein die Minoritäten

schützendes, geheimes, direktes, gleiches Wahlrecht für die Gemeindevertretungen und die Einführung der Proportionalwahl, die Beseitigung des Hausbesitzerprivilegs und die Zulassung der Frauen zum Wahlrecht sowie die Beseitigung der Bestätigungsrechte der Regierung fordern. × Unter Führung der Stadt Dresden hat eine größere Zahl von sächsischen Gemeinden eine Vereinigung städtischer Elektrizitätswerke gegründet, mit der Aufgabe die Interessen dieser Werke gegen die Monopolisierungsbestrebungen der privaten Elektrizitätskonzerne zu schützen. × Die badische Regierung hat den der Städteordnung unterstehenden badischen Städten die Anregung gegeben Kommissionen zur Regelung der Nahrungsmittelversorgung, insbesondere auch zur Regelung der Fleischversorgung einzusetzen, um Einfluß auf die Preisbildung der wichtigsten Nahrungsmittel zu gewinnen. × Die Stadtverordneten von Berlin haben die Errichtung einer Anstalt für Leichtkranke beschlossen, die zunächst nur für Männer eingerichtet werden soll. × Die Trierer Stadtverordneten bewilligten zum Bau von 21 Musterhäusern für Kleinwohnungen 300 000 Mark. × In Köln ist eine gemeinnützige Aktiengesellschaft für Wohnungsbau gegründet worden, an der sich die Stadt mit 600 000 Mark beteiligt. Die *Stadtkölnische Versicherungskasse gegen Arbeitslosigkeit im Winter* ist aufgelöst und das Vermögen der Kasse im Betrag von 150 000 Mark der Stadt mit dem Auftrag überlassen worden es zu sozialen Zwecken zu verwenden. × Das Bürger-schaftliche Kollegium der Stadt Straßensund beschloß den Bau eines neuen Stadttheaters mit dem Aufwand von 497 000 Mark. × Der Münchener Magistrat hat den Antrag der verschiedenen Organisationen der Gemeinde- und Staatsarbeiter auf Einführung eines Tarifvertrags für die städtischen Lohnarbeiter abgelehnt. Die gleiche Haltung hat auch die Berliner Stadtverordnetenversammlung gegenüber einem ähnlichen Antrag auf Abschluß eines kollektiven Arbeitsvertrags mit den städtischen Arbeitern eingenommen. × Die bayrische Regierung hat der Stadt Nürnberg die Genehmigung zur Inbetriebnahme des städtischen Krematoriums erteilt. × Die Chemnitzer Stadtverordnetenversammlung hat den Antrag des Stadtrats auf Abschluß eines Erbbauvertrags mit der *Allgemeinen Baugenossenschaft* abgelehnt. × In

Ma n n h e i m wurde die bisherige Einrichtung der Arbeitslosenfürsorge, von der überhaupt so gut wie gar kein Gebrauch gemacht worden war, durch die Einführung des Genter Systems der Arbeitslosenversicherung in Verbindung mit einer Fürsorge auch für die nichtorganisierten Arbeiter ersetzt. × Der Bürgerausschuß der Stadt Heidelberg hat die Errichtung eines neuen städtischen Gaswerks beschlossen und will dafür 1 200 000 Mark aufwenden. Damit sind den Bestrebungen der *Oberrheinischen Elektrizitätsgesellschaft* sich das Monopol für die Gaslieferung durch eine auf der Rheinau zu errichtende Kokerei im Bezirk Heidelberg zu sichern durchkreuzt.

× **Literatur** ×

In 3 Bändchen (*Die deutsche Stadt und ihre Verwaltung* /Leipzig, Götschen/) versucht Dr. Otto Most in Verbindung mit Baurat Karl Geusen (Düsseldorf), Oberbürgermeister Dr. E. Scholz (Kassel), Stadtschulrat Dr. O. Lyon (Dresden) und Medizinalrat Dr. F. Schrakamp (Düsseldorf) einen kurz gefaßten, inhaltlich so weit als möglich erschöpfenden Führer durch das Gesamtgebiet der kommunalen Aufgaben zu geben. Der Herausgeber hat eine Einleitung, über die Bedeutung, Verfassung und Aufgaben der deutschen Stadtverwaltung sowie das Bändchen über Wirtschafts- und Sozialpolitik beige-steuert. Die Technik (Städtebau, Tief- und Hochbau) hat Baurat Geusen, die Finanzen und Steuern Oberbürgermeister Scholz, Bildungs- und Kunstpflege Professor Lyon, die Gesundheitspflege Stadtarzt Schrakamp behandelt. Ausgehend von der wirtschaftlichen, geistigen und sozialen Bedeutung des Städtewesens gibt der Herausgeber einen kurzen Überblick über die Grundlagen des Stadtrechts, wobei er in anerkennenswerter Weise sich nicht allein auf Preußen beschränkt sondern auch die anderen Bundesstaaten zum Vergleich heranzieht. Recht zweckmäßig sind die Literaturverweise, die wohl durchweg die wichtigsten, für die Weiterbildung geeigneten Werke richtig auswählen. Auch in dem Abschnitt *Finanzen und Steuern* werden die Gemeindesteuersysteme der deutschen Bundesstaaten kurz charakterisiert. Hier finden auch die neuen, die Gegenwart beschäftigenden Probleme des Anleihe-wesens, der Fondsbildung (mit der Geldvermittlungsstelle des Deutschen Städte-tages und der Deutschen Kommunalbank)

ihre Darstellung. In dem Abschnitt *Bildungs- und Kunstpflege* gibt Professor Lyon eine Übersicht über die Entwicklung und Organisation des städtischen Schulwesens und behandelt dann die verschiedenen Arten der Schulen von den Volksschulen bis zu den Hochschulen. Daran schließen sich Abschnitte über Bibliotheken und Lesehallen und über die städtische Kunstpflege, die manche feine Bemerkung enthalten. Etwas zu kurz scheint mir der Abschnitt über die Gesundheitspflege geraten zu sein. Auf etwas über 2 Bogen des kleinen Formats mußte der Verfasser das ganze große Gebiet zur Darstellung bringen. Daß es dabei manchmal etwas cursorisch abgeht, ist begreiflich. Man ist aber doch überrascht, wie viel der Verfasser in diesen engen Raum zusammenzupacken verstanden hat. Das 2. Bändchen ist ganz der Wirtschafts- und Sozialpolitik gewidmet. Hier kommen die Gemeindebetriebe nach ihren rechtlichen Grundlagen, ihrer wirtschaftlichen und sozialen Bedeutung, die Finanz- und Tarifpolitik zur Darstellung. In der Sozialpolitik finden die Wohnungsfürsorge, die Volksbildungspflege, die Arbeitsvermittlung, die Notstandsarbeiten und Arbeitslosenversicherung sowie die spezielle Arbeiterpolitik ihre Stelle. Das 3. Bändchen schließlich umfaßt den Städtebau, den Straßenbau, die Städtereinigung und die Hochbauten. Diesem Bändchen sind auch Pläne und Grundrisse beigegeben, die allerdings manchmal so klein sind, daß ein normales Auge sie kaum erkennen kann. Im großen und ganzen muß man den Versuch als gelungen bezeichnen. Die Abhandlungen sind anregend geschrieben. Die Verfasser haben es verstanden jeweils gute Überblicke über die einzelnen Gebiete der städtischen Verwaltung zu geben und dabei namentlich auch die Punkte herauszuheben, die problematisch sind, und bei denen sich die Anschauungen ungeklärt und gegensätzlich gegenüberstehen. Darin liegt ein besonderer Vorzug des Werkes. × Rechtsrat Dr. Mörücke bespricht in einer Schrift *Die Bedeutung der Kleingärten* (*Schriften des Badischen Landeswohnungsvereins* /Karlsruhe, Braun/) zunächst die Bedeutung der Gartenarbeit für die Gesundheit im allgemeinen und als Heilfaktor für bestimmte Krankheiten im besondern. Dann werden die erzieherischen und psychischen Einflüsse der Gartenarbeit in knappen Zügen vorgeführt und wegen dieser wertvollen Einflüsse die Ausbil-

dung des Kleingartenwesens gefordert. Die Gemeinden sollen Gelände dauernd für Kleingärten zur Verfügung stellen. Der Verfasser weist darauf hin, daß in vielen Fällen Kleingartenanlagen die Parks und andere Grünanlagen vertreten können. Die Abgabe der kommunalen Kleingärten an die Mieter, die Pachtverträge usw. werden dann nach ihren Hauptgesichtspunkten besprochen. Der Schrift ist der Pachtvertrag für die Kleingärten der Stadt Mannheim sowie die Gartenordnung und eine Literaturangabe beigelegt. X Bürgermeister O. Wippermann bricht in seiner recht lesenswerten Schrift *Die Zukunft kommunaler Betriebe* /Berlin, Springer/ eine Lanze für den kommunalen Betrieb der Gas-, Wasser-, Elektrizitätswerke und Straßenbahnen. Er weist nach, daß die Organisation der Kommunen es durchaus gestatte den Betrieb eines gewerblichen Unternehmens so zu gestalten wie es seine Ziele erheischen, und er bestreitet, daß in dem Wesen des Privatunternehmens mit Notwendigkeit seine geschäftliche Überlegenheit begründet sei. Allerdings setzt ein erfolgreicher kommunaler Betrieb auch eine zweckentsprechende Einrichtung der Betriebsleitung und Geschäftsführung voraus. Wie diese erreicht werden kann, wird von dem Verfasser im Hauptteil seiner Schrift untersucht. Auf Grund seiner praktischen Erfahrungen als Oberbürgermeister von Oberhausen macht er mancherlei wertvolle Bemerkungen, die den Kommunen zur Beachtung empfohlen werden können. Dem, was er über die finanzielle Gebahrung der gewerblichen Unternehmungen sagt, wird man im wesentlichen zustimmen können. Auch die kritische Haltung gegenüber der neuerdings so oft vorgeschlagenen gemischten Unternehmung, die heutzutage modern geworden, ist gut begründet. Die Schrift ist gerade jetzt beachtenswert, wo gegen die kommunalen Betriebe von verschiedenen Seiten Sturm gelaufen wird, und das private Kapital versucht auf dem Umweg über die gemischte Unternehmung seine verlorenen Positionen wieder zu erobern.

## WISSENSCHAFT

Psychologie / Georg Chaym

Pfingstbewegung

Es mag wohl geistreich sein die symbolische Auslegung der Ausgießung des heiligen Geistes auf Fragen der Gegen-

wart auszudehnen, wie man es alljährlich um diese Zeit zu hören bekommt. Der Psychologe aber denkt dabei, daß jene Pfingsttage, da die Jünger »wurden voll des heiligen Geistes und fingen an zu predigen mit anderen Zungen, nach dem der Geist ihnen gab auszusprechen«, und jene Tage, da Paulus den Korinthern riet neben der Gabe des Redens in Zungen auch noch die der »Auslegung« zu erbitten, im Lauf der Jahrhunderte immer von neuem eine Quelle geistiger Erkrankung, religiösen Wahnes geworden sind, bis in unsere Zeit hinein.

Das Reden in Zungen, das heißt das mehr oder minder unbewußte und ungewollte Hervorbringen wortähnlicher Gebilde in einem ekstatischen Zustand tritt, als Wiederholung des Pfingstwunders, zum erstenmal im 2. Jahrhundert in der Bewegung des Montanismus auf, hervorgerufen von dem Kybelepriester Montanus, der Christ wurde und durch Zungenreden und Prophetie charakterisiert ist. Dann traten derartige ekstatische Erscheinungen, ohne jedoch in der Zwischenzeit je ganz zu verschwinden, von neuem nach der Aufhebung des Edikts von Nantes /1685 unter den Reformierten des Cevennengebirges auf, die sogenannte *Camisardbewegung*. Von großer Bedeutung wurde in der 1. Hälfte des 19. Jahrhunderts die große *Erweckung in Wales*. In vier Aufwallungen erschütterte sie die keltische Bevölkerung bis in unsere Tage hinein. (1905 erschien von einer Erweckten eine begeisterte Schilderung und Verteidigung der Erweckung: Penn-Lewies *Die verborgenen Quellen der Erweckung in Wales*, eine oft schmerzliche Lektüre jedem, der Sinn hat für die traurige Tragikomödie religiöser Verirrungen.) Die gegenwärtige Pfingstbewegung hat ihren Ursprung teils in Australien teils in Wales, wo 1904 die letzte Erweckung begann, und hauptsächlich in Topeka (Kansas), wo 1900 ein Mädchen in einem Bibelinstitut anfang in Zungen zu reden. 1906 erschien das Zungenreden in Kalifornien, 1907 wurde es nach Norwegen und von dort noch in dem selben Jahr nach Deutschland, Schweden, Holland gebracht. 1907 kam es zu wahren Epidemien in Hessen, Barmen, Steglitz, Schlesien. Und seitdem sind die *Pfingstkonferenzen* uns geblieben. Unter der kaum übersehbaren Literatur über diese Bewegung

verdient vor allem eine der letzten Schriften (eines Amerikaners) erwähnt zu werden (Mosiman *Das Zungenreden* /Tübingen, Mohr/). Er bespricht nach einer Darlegung der Auffassungen vom heiligen Geist das Zungenreden im Neuen Testament, gibt eine gute Übersicht der Auslegungstheorien, sodann eine historische Darstellung der außerbiblischen ekstatischen Äußerungen und schließlich eine Erklärung des Zungenredens und der Auslegekunst vom Standpunkt der Psychopathologie aus. Man verdankt diesem Werk eine ungemein klare Orientierung, aber man wünschte, daß sich die psychologische Begründung nicht an so abgeschliffenen Begriffen wie Automatismus, Suggestion, Unterbewußtsein Genüge getan hätte. Immerhin bildet das Buch eine ungemein fesselnde Pflingstlektüre. Das Vorstadium und die Vorbedingung des Zungenredens ist ein ekstatischer Zustand, eng verwandt der Hypnose und wie diese wohl auf einer Dissoziation des seelischen Geschehens beruhend, auf einer Trennung der unterbewußten und bewußten Sphäre. In diesem ekstatischen Zustand haben die *pneumatischen*, das heißt geistgewirkten Manifestationen ihren Ursprung: das seltsame Reden, die automatischen Muskelbewegungen, die Empfindungslosigkeit, die gesteigerte Wahrnehmungsfähigkeit, die Visionen, das Gedankenlesen, die Prophetie. Jene Dissoziation wird meistens durch die Konzentration auf eine Vorstellung verursacht, hier zum Beispiel diejenige geistbegabt zu sein. Tritt dazu noch der drängende Wunsch nach der Äußerung dieser Begabung, so sind, bedenkt man wie leicht schon im normalen Zustand der Weg »von einer Idee zur entsprechenden Bewegung ist«, alle Bedingungen zum Eintritt des Zungenredens gegeben. Gedankenquellen herauf, drängen zur Artikulation, aber da keine Herrschaft über die Sprachorgane besteht, kommt es nur zu einer Art gestotterten Kauderwelsches. Zuerst. Nachher wird die Modulation flüssiger, oder wie der Gläubige sagt: »So fängt der heilige Geist an; er wird sie schon bald besser benutzen können.« (Ich kann nicht näher ausführen, wie weit hier die Autosuggestion, bald bewußt bald unbewußt in der Nachahmung einer wirklichen Sprache gehen kann.) Einige Beispiele: Ein 10jähriges Mädchen wiederholte

eine halbe Stunde lang: »O — tschin, kuli meh — se.« Bezeichnend ist die Wiederholung der selben Lautgruppe, etwa: kum, schi — la — scha, kosch — ki — la. Gereimte Lieder, Chöre, ja sogar Duette in Zungen werden gesungen. Der *berühmte* Pastor Paul übersetzt bekannte Lieder in Zungen: »Schua ea schua ea, o schi biru ti ra pea« fängt bei ihm das Lied *Laßt mich gehen* an. Von der erschreckenden Geistesverwirrung, die in derartigen *Pfingstversammlungen* herrscht, macht man sich nur schwer eine Vorstellung. »Wenn ich in einem Irrenhaus gewesen wäre, wäre ich weniger überrascht gewesen«, sagt Mosiman. Selbstverständlich wird der unvoreingenommene Forscher dieses Zungenredens dem biblischen gleichsetzen und auch in diesem nur Äußerungen ekstatischer Zustände sehen. Allerdings ist das eigentliche Pfingstwunder weniger ein Sprechals vielmehr ein Hörwunder; »denn es hörte ein jeglicher, daß er mit seiner Sprache redete«. Ersichtlich liegt hier eine Vergrößerung des Wunders durch die Überlieferung vor (Harnack will das Pfingstwunder ganz streichen). Aber daß ein jeglicher gerade seine Sprache aus dem Stammeln der Zungenredner hört, das ist auch heute noch gang und gäbe. Auf die sich hierin zeigenden Gedächtnisphänomene im Unterbewußten kann leider nicht näher eingegangen werden. Will man den Kreis dieser geistigen Verwirrungen ganz ausschreiten, so muß man auch die gläubigen Gegner dieser Bewegung hören. Schriften wie Dallmeyers *Erfahrungen in der Pfingstbewegung* gewähren dann ein gleiches, schmerzliches Erstaunen (und dem Boshaften Vergnügen). Leider ist Mosiman darauf nicht eingegangen. Jenen *Brüdern* der Gemeinschaftsbewegung erscheinen das Zungenreden und die verwandten Manifestationen als Netz und Fallstrick des Satans, des unreinen Irrgeistes. Spotten ihrer selbst, möchte man sagen. Der Psychologe aber darf zweifeln, ja vielleicht verzweifeln, ob je das wahre Pfingsten erscheinen wird.

×  
 Wirtschafts- Es ist zweifellos eine  
 leben und Psy- Komponente der geistigen  
 chologie Struktur unserer Zeit: Je-  
 der Zweig der Wissenschaft glaubt  
 seine Daseinsberechtigung dadurch zu

erweisen, daß er seine Eignung für das praktische Leben, die Anwendbarkeit seiner Methoden und Ergebnisse auf dessen Forderungen zu zeigen sich bemüht. Gegen diese Tendenz läßt sich namentlich bei einer so zentralen Wissenschaft wie die Psychologie, prinzipiell nichts sagen, solange nicht etwa jene Tendenz zur einzig treibenden Kraft wird und sofern nicht, praktischen Ergebnissen zu Liebe, die Exaktheit der Methode leidet. Beide Gefahren scheinen der Psychologie zu drohen, und es ist bezeichnend, daß bis vor kurzem diese Gefahr von der amerikanischen Psychologie ausging; es ist nicht minder bezeichnend, daß das letzte bedeutendere Werk dieser Richtung einen amerikanisierten Deutschen, den Professor H. Münsterberg zum Verfasser hat. Sein Buch *Psychologie und Wirtschaftsleben* /Leipzig, Barth/ zeigt einerseits, wie leicht das Streben die jetzigen Methoden der Psychologie für die Erfordernisse des sogenannten *praktischen Lebens* zu verwenden zu oberflächlichen Übertreibungen führt, aber auch andererseits, wieviel doch bereits durch die neuen, exakten Methoden zu erreichen ist; es ist ein mehr als bloß interessanter Wegweiser in die Richtung der Ergebnisse, die einst kommen werden.

Münsterberg ist nicht der erste Amerikaner, der sich um eine Psychologie des Handels bemüht. So haben ein Jahr vorher 2 Amerikaner Arbeiten zur Psychologie der Reklame veröffentlicht: Scott *Influencing men in business* (dieses Werk war mir leider im Original nicht zugänglich) und Strong *The relative merit of advertisement*. Jener hat im Hinblick darauf, daß von der Milliarde Dollar, die jährlich in den Vereinigten Staaten für Annoncen ausgegeben werden, etwa  $\frac{1}{6}$  für erfolg-, also wertlose Anzeigen gezahlt werden, untersucht, ob das Inserat mehr durch Überzeugung oder durch Verlockung wirken soll; verlocken muß es, falls es sich um die eigentliche Reklame handelt; denn die *Verlockung*, das heißt die Suggestion (leider gibt der Amerikaner keine Analyse dieses arg malträtierten Wortes) schaltet beim Leser die Überlegung aus, veranlaßt ihn zu unmittelbaren Handlungen. (Brauchte man aber zu solchem Ergebnis die Wissenschaft zu bemühen?) Auf statistischem Weg hat dann Strong unter-

sucht, welche Art von Plakaten die größte Wirksamkeit besitzt. Die Resultate sind aber wegen der fast ungläublichen Unexaktheit der Methode ganz indiskutabel. Das Thema jedoch bleibt interessant und einer neuen Bearbeitung wert. Auf besserem Weg hat Münsterberg Resultate über den Einfluß des Inserates (in seiner Beziehung zur benutzten Zeitungsseite) erhalten. Ein ganzseitiges Inserat auf der letzten Zeitungsseite sei nicht so wirkungsvoll wie ein 4mal wiederholtes viertelseitiges; das Inserat wirke ferner mehr in der obern als in der untern Hälfte usw. Er behandelt diese Probleme unter dem Kapitel der Aufmerksamkeit und des Gedächtnisses, in das er auch psychologische Betrachtungen über Patent und Musterschutz eingereiht hat (die ihm als psychologische, und dann erst als juristische Fragen erscheinen). Wichtiger sind die Kapitel über Berufswahl und Arbeitsökonomie. Für das erste kann, glaube ich, die Psychologie noch recht wenig leisten, und was Münsterberg als Beispiele anführt, scheint mir das zu bestätigen. Gerade hier ist die Brücke vom Laboratorium zum Leben bis jetzt nur selten fehlerlos geschlagen. Es hat schon seine Schwierigkeiten genauer als mit landläufigen Begriffen zu bestimmen, welche psychologischen Forderungen ein Beruf an den Ausübenden stellt; schwieriger noch festzustellen, ob ein Individuum diesen Forderungen genügt, und am schwierigsten eine erschöpfende Charakteristik der Fähigkeiten zu geben, um daraus den passenden Beruf zu erkennen. Es wird berichtet, daß es in Amerika bereits Bureaus gäbe, in denen man sich hierüber Rat holen könne. So *amerikanisch* mutet auch mancher Münsterbergsche Vorschlag an. Etwa seine Methode zu erkennen, ob jemand die für einen Steuermann nötige schnelle Übersicht und Entschlußkraft habe. So zweifellos es ist, daß bereits jetzt durch psychologische Untersuchungen manche *Berufsverfehlung* vermieden werden könnte, so kann jede solche Methode aber dem Umstand nicht Rechnung tragen, daß in so sehr vielen Fällen erst die Ausübung des Berufs Fähigkeiten erweckt und zur Entfaltung bringt, die, vorher nur dispositionell vorhanden, bei einer Prüfung kaum in die Erscheinung getreten wären.

Weniger psychologische als vielmehr

sozialphilosophische Einwände können gegen die Untersuchungen zur Arbeitsökonomie gemacht werden. Das Ziel der Untersuchungen ist die zeitlich kürzeste, oder, was nicht immer das selbe sein muß, aber den Amerikanern entgangen zu sein scheint, am wenigsten ermüdende Bewegung bei einer körperlichen Arbeit festzustellen. Man kann etwa, hat man berechnet, einen Bau für die Hälfte der Kosten und mit 30, statt mit 100, Mauern ausführen (und man könnte daher den Lohn des einzelnen erhöhen), wenn diese statt ihrer unnötigen und unökonomischen Bewegungen die wissenschaftlich als zweckmäßig festgestellten ausführen. Die Leistungen von Mensch und Maschinenbewegung vom Standpunkt psychologisch-physiologischer Ökonomie zu *konstruieren* ist die Forderung. Hier aber sieht man, wohin es, wie anfangs angedeutet, führt, wenn *praktische* Ziele die wissenschaftliche Arbeit bestimmen. Eine Psychologie der Arbeitsökonomie sieht als Endzweck nur die Schaffung möglichst großer Leistung; soll jedoch die Bedeutung der Arbeit im ökonomischen stecken bleiben, und soll die Psychologie nur darauf sehen? Kurz gesagt: Uns fehlt noch das Wichtigste, eine *Psychologie der Arbeit*.

× **Kurze Chronik** Der Hallenser Privatdozent Jesinghaus hat die Professur für Psychologie an der Universität (Lehrerseminar) Buenos Aires erhalten. Um diese Stelle findet seit Jahren ein Wettlauf unter den jüngeren Psychologen statt. Ältere Gelehrte hat man in der letzten Zeit nicht auf diesen wichtigen Posten geschickt. × Der 7. internationale Kongreß für Psychologie wird voraussichtlich 1915 in England stattfinden, nachdem die amerikanischen Psychologen darauf verzichtet haben den Kongreß bei sich zu sehen. × In den akademischen Ferienkursen in Hamburg vom 24. Juli bis zum 26. August wird Professor Weygandt über Phylogense der Psyche lesen, Dr. Goldschmidt über Probleme der Psychologie, Delbrück über Sprachpsychologie, Dr. Embden über Psychoanalyse.

× **Literatur** Soweit Ghiannoulatos in seiner Studie *L'oracle de Delphes et la manie d'Apollon* /Paris, Klemmerlé/ histo-

risch vorgeht, erfährt man manche Belehrung. Er verfolgt die Entwicklung des Orakels von der Entdeckung der dampfenden Felsspalte durch den Hirten Korethas und dessen Ziegenmärchen an bis zur Zerstörung unter Kaiser Konstantin. Er hält den prophetischen Wahnsinn der Pythia für hysterisch verursacht, der ganze Verlauf der Krise ist ihm Beweis dafür. Daß man es nicht mit dem Wahnsinnsanfall einer Irrsinnigen zu tun hat, schließt er aus der von Plutarch mitgeteilten Tatsache, daß am Ende einer *Sitzung* die Pythia wieder zur Besinnung kam. Das dreitägige Fasten vor der Weissagung, die absolute sexuelle Abstinenz (!), die religiösen Zeremonien und die berauscheden Dämpfe, alles mußte in diesen Priesterinnen, zu denen man die unwissendsten und daher Suggestionen am meisten zugänglichen Mädchen nahm, den Ausbruch einer hysterischen Krise beschleunigen. Wenn man auch in der kleinen Schrift eine genaue Analyse der vorliegenden hysterischen Zustände vermißt, so ist sie doch ein lehrreicher Beitrag zur Religionspathologie. × Einen weitem, allerdings mehr aktuellen Beitrag zur Rolle der Hysterie in der Religionsgeschichte bietet eine vom *Neuen Frankfurter Verlag* herausgegebene Schrift *Aus dem Tagebuch einer hysterischen Nonne*. Sie zeigt den Weg, der von geistiger Krankheit zur Heiligsprechung führen kann. Die kirchenpolitischen Intriguen, die sich um das Schicksal der *Mutter Clara Moes* ranken, interessieren uns hier weniger als der psychopathologische Zustand der Dominikanernonne und seine Verkennung oder auch Ausnutzung durch den Klerus. 1832 erblickte Clara als 4. Kind in Bous an der Mosel, einer von religiös-pathologischen Äußerungen von jeher durchsetzten Gegend, das Licht der Welt. Bei ihrer Taufe verübte der Teufel einen entsetzlichen Lärm. Ein Schutzengel in Gestalt eines überaus schönen Jünglings begleitete ihr Leben und schützte ihre Reinheit gegen die großen Anfechtungen, denen sie schon vor ihrem 6. Lebensjahr ausgesetzt war. Mit 18 Jahren feiert sie die mystische Vermählung mit ihrem »heißersehten leidenden Bräutigam« (Christus). Schon am Vorabend empfand sie eine »überaus geheimnisvolle liebeglühende Sehnsucht nach dem vielgeliebten Bräutigam ihrer

Seele«. Sie führt dann jahrelang ein an Kasteiungen und Selbstpeinigungen überaus reiches »Sühneleben«. Von 1860 an beginnen sie entsetzliche Teufelsqualen zu verfolgen, sie hat gräßliche Visionen, Lähmungserscheinungen, und schließlich erhält sie in der Ekstase die heiligen Wundmale, sie erlebt zur Passionszeit die Leiden des Heilands mit. Ihr Beichtvater und andere Geistliche bemühen sich vom Bischof die Erlaubnis zu einer Klostergründung für die Braut Christi zu erlangen, stoßen aber auf härtesten Widerstand bei diesem besonnenen Mann. Den vereinigten Anstrengungen mehrerer Dominikaner und Jesuitenpatern gelang es schließlich diese Gründung durchzusetzen, während sich der Bischof besiegt von seinem Amt zurückzog. 1895 starb Mutter Clara nach einem an Wundern reichen Leben. Vom Standpunkt der Psychopathologie aus aber scheinen in diesem Leben religiöse Melancholie, Suggestion, Dämonomanie, Halluzinationen und hauptsächlich die *große Hysterie* die leitende Rolle gespielt zu haben. Das zeitweilige Aussetzen ganzer Sinnesfunktionen, die ekstatischen Anfälle mit katatonischen Zuständen (stundenlange Kreuzesstellung), die Überreizung der sexuellen Sphäre (die seltsame Schilderung der Vermählung mit ihrem himmlischen Bräutigam), all das rechtfertigt jene Diagnose. Wenn es auch zu bedauern ist, daß sie nur an dem literarischen Befund, nicht in persönlicher Untersuchung festgestellt werden konnte, so ist es doch andererseits von historischem Interesse die Entstehung einer Legende aus der Nähe zu betrachten. Ein kurzer Überblick über die Geschichte des religiösen Wahnsinns mit Rücksicht auf seine Komponenten der Furcht, der Erotik und der Grausamkeit, die sich alle drei im Leben der Mutter Clara vorfinden, schließt das temperamentvoll geschriebene Büchlein, bei dessen Lektüre man allerdings nicht vergessen darf, daß es sich um eine Tendenzschrift handelt.

## KUNST

Musik / Erich Falkmann

**Wagnerfeiern** Zu einer in der Musik- und -literaturgeschichte ganz einzig dastehenden allgemeinen Huldigung hat sich die Feier des 100. Geburtstags Richard Wagners gestaltet.

Es ist das erste Mal, daß das Verständnis und die Freude am Kunstwerk eines auf das Ernste und Tragische gerichteten Musikers über das Bereich der Fachgenossen und Musikenthusiasten hinaus in die weitesten Kreise des Volkes gedrungen sind. Bachs und Beethovens 100. Geburtstagsfest hat nicht im entferntesten einen solchen Widerhall in allen Schichten der Bevölkerung und in den entferntesten Ländern gefunden. Der Grund dafür ist nicht nur in dem unwiderstehlich fortreißenden, hypnotischen Zug zu suchen, der in allen musikalischen Schöpfungen Wagners lebt. Er ergibt sich auch aus dem gesteigerten Tempo, in dem sich alle heutigen Lebensäußerungen vollziehen, und in dem auch die moderne Produktion fort schreitet, aus der Schnelligkeit der Entwicklung, die uns heute Wagner selbst nicht mehr als den vordersten Posten des musikalischen Fortschritts erscheinen läßt. Wo die Allgemeinheit jetzt enthusiastisch bewundert, beginnt der Musiker schon skeptisch zu kritisieren, fängt er an der Konstruktion der Idee des *Gesamtkunstwerks* weitergehende Bedeutung abzusprechen. Was an Wagners Lebenswerk lebendig fortbesteht, was die Macht seiner Wirkung begründet, ist die intensive überzeugende Kraft seiner Musik, die sinnliche, jedem unmittelbar verständliche Sprache seiner Melodik, deren Einfluß man sich nicht entziehen kann.

So konnte auch die Stadt Berlin Wagner als volkstümlichen Komponisten nicht besser feiern als durch Veranstaltung von Wagnerkonzerten auf öffentlichen Plätzen der Stadt. Fast jedes deutsche Opernhaus hat durch szenische oder musikalische Neueinstudierungen Wagnerscher Werke die zu Kassenstücken herabsinkenden Aufführungen auf ein höheres Niveau gehoben. Eine unentgeltliche Vorstellung der *Meistersinger* hat das Magdeburger Stadttheater veranstaltet. München hat ein Wagnerdenkmal von Professor Waderé vor dem *Prinzregententheater* enthüllt, Leipzig den Grundstein zu dem Wagnermonument von Max Klinger gelegt und eine Wagnergedächtnisausstellung eröffnet. Eine Büste Wagners wurde in die Walhalla bei Regensburg aufgenommen, und beim Drachenfels am Rhein wird eine Nibelungenhalle mit Bildern Hermann Hendrichs' errichtet. Der rastlos anwachsenden Wagnerlite-

ratur hat das Jubiläumsjahr den Anlaß zu besonders eifriger Produktion gegeben. Eine gedrängte und zuverlässige Übersicht über Wagners Leben und Werke bietet Richard Batkas Biographie in der Sammlung *Berühmte Musiker* /Berlin, *Schlesische Verlagsanstalt*/, der das große Glasenappsche Werk in Verbindung mit den Resultaten der neuern Forschung das Material geliefert hat. 8 reich mit Bildern geschmückte Abschnitte führen uns die Stufenleiter der Entwicklung Wagners vom Romantiker über den Opernreformer und Musikdramatiker bis zum Gesamtkünstler in knapper und sorgfältiger Darstellung empor. Während sich Batka auf die Mitteilung des Tatsächlichen konzentriert, ist Schjelderups mit Wärme geschriebenes ausführliches Buch *Richard Wagner und seine Werke* /Leipzig, Leuckart/ mehr aus Enthusiasmus als aus kritischem Geist geboren. Ein wertvolles und erschöpfendes, dabei selbstständiges Werk zu werden ist Max Kochs Wagnerbiographie /Berlin, Ernst Hofmann/ auf dem Weg. Der 2., kürzlich ausgegebene Band (ein 3. steht noch aus) beginnt 1842 und umfaßt die Dresdener und die Züricher Zeit mit der Entstehungsgeschichte des *Tristan* bis zum Jahr 1859. Eigene Quellenforschung ermöglicht dem Verfasser manche übliche irrtümliche Urteile über Werke und Persönlichkeiten durch selbständige zu ersetzen.

In ein engeres Verhältnis zu Wagner wollen uns gesammelte Aufsätze bringen, die Kurt Singer unter dem Titel *Richard Wagner: Blätter zur Erkenntnis seiner Kunst und seiner Werke* /Berlin, Morawe & Scheffelt/ zusammengestellt hat. Er glaubt auch Vorschläge zum Schutz des freiwerdenden *Parsifal* machen zu sollen, dessen öffentliche Aufführungen er der Kontrolle eines künstlerischen Komitees empfiehlt. Hermann Bahr hatte bekanntlich einen *Parsifalschutz ohne Ausnahmegesetz* /Berlin, Schuster & Loeffler/ verlangt (siehe die Rubriken *Bühnenkunst und Rechtswissenschaft* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1912, 3. Band, pag. 1255 ff., und 1913, 1. Band, pag. 188). Auch Hugo Dingers Ruf nach allgemeinen Änderungen und Ergänzungen des jetzigen Urheberrechts und nach einer Appellation an den *Bühnenverein* in seiner Schrift *Das Recht des Künstlers* /Weimar, Kiepenheuer/ kommt, für den

*Parsifal* wenigstens, zu spät. Was auch gar nicht zu bedauern ist.

In einer sehr interessanten, wenn auch stilistisch ungewandten Monographie über Christian Geyer, den Stiefvater Richard Wagners /Leipzig, Siegel/ sucht Otto Bournot zwei bis jetzt stark umstrittene Probleme zu erledigen: Geyers germanische Abkunft und (die unter andern von Nietzsche vertretene) Ansicht, Geyer sei Wagners leiblicher Vater gewesen. Eine Spezialarbeit über Richard Wagner als Dichter hat Erich von Schrenck herausgegeben /München, Beck/. Eine Zusammenstellung eigener Aussprüche Richard Wagners über den *Ring des Nibelungen* finden wir in einem von Erich Kloß begonnenen, von Hans Weber fortgesetzten Buch /Leipzig, Breitkopf & Härtel/, das eine Auswahl von Stellen unter die Abschnitte *Aus den Schritten*, *Aus den Briefen* und *An die Verleger* ordnet.

In dem Buch Julius Kapps *Richard Wagner und die Frauen* /Berlin, Schuster & Loeffler/ findet man eine Menge für das Verständnis Wagnerscher Schaffensart wichtiger Aufklärungen und zugleich eine spannende Lektüre. Sachlich und klar, vorurteilsfrei und ohne Beschönigungen werden aus einem ungeheuren Briefmaterial Wagners Beziehungen zu den Frauen, besonders zu Minna Wagner, seiner ersten Frau, zu Mathilde Wesendonk und zu Mathilde Meyer, dem Vorbild des Evchens in den *Meistersingern* dargestellt, werden ihre geistigen Hemmungen und Förderungen, ihr Einfluß auf seine Schaffenskraft erforscht. Vortrefflich ist Cosimas Rolle in Wagners Leben charakterisiert: Sie hat ihn nicht selbst zum Schaffen inspiriert sondern ihm die zum Ausreifen der aus dem Verkehre mit anderen, besonders mit Mathilde Wesendonk empfangenen schöpferischen Ideen nötige Ruhe verschafft. In einer Untersuchung über *Richard Wagners Liebestragödie mit Mathilde Wesendonk* /Dresden, Reißner/ verfolgt Hans Bélar, ohne etwas wesentlich Neues zu bringen, die Entstehungsgeschichte des *Tristan* bis zu ihrer Quelle zurück, wo sie aus der glühenden Liebesleidenschaft zwischen Wagner und Mathilde Wesendonk entspringt. Keine Biographie, nur Stimmungen will uns Zdenko von Krafts *Kreuzweg nach Bayreuth* /Konstanz, Reuß & Itta/ geben. Alle Stätten, die »ein Stück Kampf, ein Stück Glück«



Wagners gesehen haben, werden im Bild vorgeführt. Eindrucksvolle, begeisterte oder wehmütige Worte erklären, welche Bedeutung diese Schmerzensstätten für Wagners Leben und Schaffen gehabt haben.

Eine orientierende Übersicht über die Wagnerpublikationen darf nicht an dem einzigen Buch ausgesprochen antiwagnerscher Tendenz vorübergehen. In unserer Epoche der Wagnerverehrung ist nichts notwendiger als ein Buch, das den vielen kritiklosen Lobeserhebungen das Gegengewicht halten könnte. Was Emil Ludwig in seiner Schrift *Wagner oder die Entzauberten* / Berlin, F. Lehmann/ vorbringt, läßt indessen gerade Wagner als Musiker außer acht. Der Autor beschränkt sich fast ausschließlich auf eine einseitige Charakteristik des Menschen und Künstlers und seiner Lehre. Das pointierte und nicht uninteressant geschriebene Buch kann somit nur als Vorläufer einer ernsthaften, wissenschaftlichen Wagnerkritik angesehen werden.

×  
 Schönberg Daß ein Künstler seine Jugendwerke nicht als vollwertig anerkennen will,

dafür ist Wagner nicht das einzige Beispiel. Niemand hat sich aber lebhafter davon abgewandt, sich in seinen späteren Kompositionen weiter von ihnen entfernt, als es Arnold Schönberg getan hat. Reichmelodische und phantasievolle Kammermusikwerke und Lieder aus seiner ersten Periode hatten ihm schon einigen Erfolg eingebracht, als er plötzlich den geraden Weg der Entwicklung verließ, sich immer mehr von allem, was bisher als zulässig und vernünftig gegolten hatte, loslöste und endlich bei vollständiger anarchistischer Auflösung in die elementaren Bestandteile der Musik anlangte, die er zu einer Kette von seltsamen und bizarren Klangimpressionen zusammensetzt. Nur ein kleiner Kreis enthusiastischer Anhänger hat ihm bisher auf diesen exponierten Standpunkt zu folgen vermocht. Noch vor nicht langer Zeit wäre der Fall Schönberg als ernsthaftes Problem unmöglich gewesen, aber unsere an unendlich beschleunigtes Zeitmaß des Fortschritts gewöhnte Zeit sieht auch den kühnsten, unerwarteten Absonderlichkeiten furchtlos ins Auge und sucht auch da, wo sie nicht mitgehen kann, zu ergründen, was der Komponist hat

ausdrücken wollen. So sind auch große Konzertinstitute im letzten Winter nicht davor zurückgeschreckt durch Aufführungen Schönbergscher Werke dem Verständnis Suchenden Gelegenheit zu geben zu dem extremen Neuerer Stellung zu nehmen.

Ein Frühwerk von riesenhaften Dimensionen sind die *Gurrelieder*, um deren erste vollständige Darstellung sich der Wiener *Philharmonische Chor* verdient gemacht hat. Die textliche Grundlage bilden Gedichte Jens Peter Jacobsens über die Sage von König Waldemar, der in Liebe zu der schönen Tove auf Schloß Gurre entbrannt ist, und der nach seinem Tod als wilder Jäger mit seinen Mannen zu mitternächtiger Stunde die Lüfte durchbraust. Schönbergs Musik trifft in gleich packender Weise die sehsüchtig leidenschaftliche Liebeslyrik des ersten Teils, die wild dramatische Totenklage um Toves Tod und die dämonische Gespensterstimmung im dritten Teil, der am Schluß in einen hinreißend schwungvollen Sonnenaufgangshymnus des Chors ausmündet. Die Größe der Konzeption und die anschauliche Schönheit der Melodik läßt den Einfluß Wagners nicht verkennen. Das ganz ungewöhnlich starke Orchester ist farbenreich und wirkungsvoll behandelt, ohne aber die Berechtigung zu so abnorm starker Besetzung durch individualisierende Behandlung der einzelnen Instrumente zu beweisen.

Ein Übergang von der Freude am sinnlichen Wohlklang der Musik zum Verzicht auf jede architektonische Form und alle Tonalität bildet die *Kammersymphonie* für 15 Instrumente. Die Wiener Aufführung hatte den Anlaß zu einem großen Konzertsandal gegeben, und so fand die Berliner Vorstellung in geschlossenem Kreis statt, und zwar gleich 2mal hinter einander. Der Eindruck ist zwiespältig. Neben rhythmisch scharfen Themen, neuartigen zauberhaften Klangfarben und melodischen Schönheiten steht das Chaotische, Ungeordnete der Konstruktion und das Bizarre, Gewaltsame vieler harmonischer Wendungen. Das letzte Werk Schönbergs, in dem sich sein neues Ausdrucks- und Formideal am vollendetsten und extremsten kundgibt, ist eine melodramatische Untermauerung und Ausdeutung einer Reihe von Gedichten aus dem *Pierrot lunaire*, den grotesken, raffiniert originellen Ritornellen Albert Girauds, deren

Wort- und Stimmungsspielereien Otto Erich Hartleben bewundernswert elastisch in deutsche Verse gebracht hat. Nichts erinnert in dieser Musik mehr an den Schönberg der ersten Epoche. Alle melodische, rhythmische, harmonische Gliederung ist aufgegeben; nur leuchtende Klangfarbenkomplexe des kleinen ausgewählten Orchesters, ruhelos sich folgende Dissonanzenmischungen sollen zu uns sprechen, uns wie ein Scheinwerfer den innersten Kern der Gedichte aufs intensivste enthüllen. Schönberg ist sicher nicht durch Spekulation auf das Sensationelle, durch die Lust am Experiment zu einer verstandesgemäß konstruierten Musik getrieben. Er erscheint wie ein Fanatiker, der im Innersten überzeugt, unter eigenen Schmerzen die Mysterien einer neuen, bisher nur ihm verständlichen Religion verkündet. Seine Musik klingt, obwohl ganz auf das Sinnliche gestellt, doch nicht sinnlich schön. Seine Einfälle sind voll innerer Glut, aber ihre Zusammenhanglosigkeit, der Verzicht auf Steigerungen und Gegensätze, die Flucht aus aller Bestimmtheit lassen eine Einförmigkeit entstehen, die Bewunderung erzwingt, aber vielleicht der Nachhaltigkeit des Eindrucks im Weg steht.

× **Saint-Saëns** ×  
 Zu Ehren des berühmtesten der lebenden französischen Komponisten, des bald 80-jährigen Saint-Saëns fand in Vevey am Genfer See ein *Internationales Musikfest* statt. Saint-Saëns ist auch in Deutschland als Komponist und in früheren Jahren als Klavierspieler sehr bekannt geworden. Seine Symphonien lassen sich zwar an Tiefe des Ausdrucks nicht mit den Werken der deutschen Symphoniker in eine Reihe stellen, aber seine glänzenden mit romanischem Geist und Temperament erfüllten Tondichtungen in freier Phantasieform haben eine gewisse volkstümliche Beliebtheit erlangt. In 4 Konzerten brachte das Musikfest Proben aus allen Kompositionsgebieten, auf denen sich Saint-Saëns betätigt hat: Die große 3. Symphonie, die mit klassischer Klarheit der Formen die Verwendung moderner harmonischer und instrumentaler Mittel vereinigt; das wirkungsvolle symphonische Gedicht *Phaeton*, die Ballade *La Fiancée du timbalier* und das in breitem Strom dahinrauschende 4. Klavierkonzert. Paderewskis H.-Moll-Symphonie und eine Urauffüh-

rung einer umfangreichen, großzügigen dramatischen Legende des Festdirigenten Doret Loys fanden starken Beifall. Saint-Saëns selbst erntete als Komponist, Dirigent und Klavierspieler außerordentlichen Jubel.

× **Gesangskunst** ×  
 Die unleugbare Tatsache des ständigen Anwachsens der Zahl mangelhaft oder falsch ausgebildeter Stimmen hat Irma von Höpflingen-de Lyro Anlaß gegeben die Gründe zu dem Tiefstand des durchschnittlichen Gesangsniveaus zu suchen und in dem Fehlen ausreichender Stimmbildung und naturgemäßen Atemtrainings, und in dem Verfall der Pflege des italienischen Belcanto zu finden. Ihr Buch *Renaissance der Gesangs- und Sprechkunst* /Wien, Braumüller/ ist ein ausführlicher und überzeugender Versuch einen Umschwung des Gesangsunterrichts durch Wiederanknüpfung an die Tonbildungskunst altitalienischer Gesangsmeister anzubahnen. Das Verdienst der Verfasserin besteht vor allem darin, daß sie auf das Bestimmteste die Forderung stimmphysiologischer Studien aufstellt, auf deren Basis dann die Tonbildung aufgebaut werden muß. Die Verfasserin wird nicht müde immer wieder auf das zur Erzielung eines schönen soliden Tons unumgängliche Erfordernis der Tiefdruckatmung und einer allmählich und vorsichtig fortschreitenden Stimmerzziehung hinzuweisen. Der erste Teil ihres Buches beschäftigt sich mit den Ursachen und Folgen des Rückgangs der Gesangskunst, besonders seit dem Erscheinen der späteren Opern Wagners, deren Sprechgesang auch kräftige und voluminöse Stimmen, sofern sie sich haben verleiten lassen ohne genügende Schulung zu singen, ruiniert, und befürwortet im 2. Kapitel eine Reform der Kultur der Sprechstimme als Grundlage für gesteigerte oratorische Leistungen. Der umfangreichere 2. Teil gibt eine Beschreibung des Baus und der Funktionen der Stimmorgane und eine erschöpfende praktische Anleitung zu ihrem physiologisch richtigen Gebrauch. In ihrem Bemühen die Materie auch dem großen Publikum faßlich darzustellen hat sich die Verfasserin eines leicht verständlichen, aber oft banalen und weitschweifigen Stils befleißigt. Die Weiterverfolgung ihrer Gedanken führt sie manchmal zu phantastischen Zu-

kunftsausblicken, zum Beispiel, wenn sie von der Auferstehung der italienischen Gesangskunst eine Regeneration der ältern Spiel- und Koloraturoper erhofft, oder wenn sie empfiehlt schon bei Kindern mit der Ausbildung der Sprechstimme zu beginnen und den jugendlichen Organismus an eine richtige Atemtechnik zu gewöhnen. Allen Sängern und Sängerinnen ist die Lektüre des konsequent durchdachten Buches zu empfehlen. Manche nützliche Belehrung wird sie belohnen, sei es über die *Messa di voce*, über schwebende druckfreie Tongebung und über künstlerisch richtige Textbehandlung sei es über Reparatur von Stimmschäden.

× **Kurze Chronik** Im Londoner *Covent Garden-Theater* hat Thomas Beecham im Frühling eine 6wöchige deutsche Opernsaison veranstaltet, die neben Wagnerschen Werken *Salome*, *Elektra* und den *Rosenkavalier* brachte. Jetzt feierte in der Hauptsaison Arthur Nikisch als Leiter des *Rings der Nibelungen* mit deutschem Personal große Triumphe. Besonders wurde die subtile Orchesterbehandlung und die Geschmeidigkeit des Tempos und Rhythmus bewundert. × Im Mittelpunkt des 19. anhaltischen Musikfestes in Köthen stand eine glänzende Aufführung der Beethovenschen *Missa solennis*, die ebenso wie die Osterszene aus Draeskes *Faust* dem Dirigenten Franz Mikorey reichen Beifall einbrachte. Noch nicht das rechte Verständnis fand Mahlers wundervolle 4. Symphonie. In einem Kammermusikkonzert erntete Mikorey auch als Komponist eines Trios Lorbeeren. × Die Ereignisse des 3. ostpreussischen Musikfestes in Königsberg bestanden in einer begeistert aufgenommenen Aufführung der Bachschen H-Moll-Messe unter Siegfried Ochs, der 1. Brahmschen Symphonie unter Steinbach und der Straußschen *Symphonia domestica*. Weniger Anerkennung fand die Uraufführung einer Tondichtung *Vineta*, für obligate Harfe und Orchester, von Poenitz. × In den Stuttgarter Maifestspielen kamen Berlioz' *Trojaner* in einer neuen Fassung von Max von Schillings, bei der beide Teile zu einer 5aktigen Oper zusammengezogen waren, zu einer sorgfältig vorbereiteten Aufführung. × Händels selten gespieltes frisches und melodienreiches Oratorium

*Jephtha* war der Hauptanziehungspunkt des 4. bayrischen Musikfestes in Nürnberg; daneben erweckten Cembalovorträge und a *cappella*-Chöre von Hasler, Lotti, Eccard, Haydn und anderen viel Interesse. × Die Feiern zu Verdis 100. Geburtstag haben mit einer Gesangs- und Orchesterfestaufführung in Florenz begonnen, die Mascagni dirigierte. × Kapellmeister Sergei Kussewitzkij aus Moskau hat mit seinem Orchester 4tägige Beethovenfeste in verschiedenen Städten Südrußlands veranstaltet, bei denen sämtliche 9 Symphonien des Meisters zur Aufführung kamen. × Im Sängerkettentum um die Kaiserkette in Frankfurt am Main, an dem sich 41 Vereine beteiligten, ging der *Berliner Lehrergesangverein* als Sieger hervor. Der von jedem der Vereine gesungene Preischor 1813 ist eine dramatisch packende Komposition von Hegar. × In einem offenen Brief an die Generalintendantur kündet Weingartner seine Absicht an im nächsten Winter in Berlin öffentlich künstlerisch zu wirken. Das Reichsgericht habe dem Grafen Hülsen zwar das Recht zuerkannt ihm am Auftreten zu verhindern, die Ausübung dieses Rechts aber könne keinen andern Zweck haben als ihm Schaden zuzufügen und stelle daher einen nach § 226 des Bürgerlichen Gesetzbuches unzulässigen Rechtsmißbrauch dar. × Arnold Schönberg ist einstimmig der Gustav Mahler-Preis zuerkannt worden. × Das erste deutsche Musikerheim wird in dem Ostseebad Rauschen errichtet. Es soll hilfs- und erholungsbedürftige Musiker immer für einen Monat unentgeltlich aufnehmen. × Ein Verband deutscher Musikkritiker hat sich in Leipzig gebildet.

× **Literatur** In 4. Auflage ist Hermann Kretzschmar's *Führer durch den Konzertsaal*, 1. Abteilung: *Symphonie und Suite* erschienen /Leipzig, Breitkopf & Hartel/. Um 160 Seiten hat die Flut wichtiger Neuerscheinungen während der 15 Jahre seit Erscheinen der letzten Auflage diese Enzyklopädie der Symphonie anschwellen lassen. Seinem alten Ziel ist das sehr reichhaltige Buch treu geblieben: Es will nicht nur ein Nachschlagebuch sein sondern Verständnis erwecken, indem es »in das Innere, Intime der Werke führt«. Alles Technische ist infolgedessen nur so weit be-

rücksichtigt als es besondere Wichtigkeit hat. Das Schwergewicht liegt vielmehr in den ästhetisch-kritischen Analysen, die jedes einzelne Werk unter Hinweisen auf die Zusammenhänge mit der Zeit seiner Entstehung erläutern. Der 1. Teil des Buches verfolgt die Entwicklung der Symphonie von Gabrieli über die Klassiker bis zur Romantik; der 2. Teil beginnt mit der Programmmusik und führt bis in unsere Zeit. Auch von weniger bedeutenden Namen des In- und Auslands wird man kaum einen vermissen. Die klare Darstellung und das reife Urteil, dessen Berechtigung man anerkennen muß, auch wo man mit seiner Auffassung nicht einverstanden ist, machen das Buch zu einer der wichtigsten Erscheinungen der neuern Musikliteratur. × In einer neuen, billigen Ausgabe ist Rudolf Louis' Buch *Die deutsche Musik der Gegenwart* /München, Müller/ erschienen. 3 Kapitel teilen die so verschiedenartigen und auseinanderstrebenden Erscheinungen der heutigen Musik in die Gebiete des musikalischen Dramas, der Symphonie und der Vokal- und Kammermusik und ordnen sie übersichtlich nach bestimmten Gesichtspunkten. Die Kritik des Verfassers bleibt nie bei allgemeinen Redensarten stehen sondern sucht scharf und rücksichtslos den Kern der Sache darzustellen. Außerordentlich treffend und plastisch ist zum Beispiel die Wertung R. Strauß'. Rückblicke und Ausblicke gibt ein Einleitungskapitel *Vom musikalischen Fortschritt*, ein Schlußkapitel handelt von *Ausübung und Pflege der Musik*. × Ein Führer durch die bunte Welt der modernen musikalischen Ereignisse ist Leopold Schmidt (*Erlebnisse und Betrachtungen* /Berlin, A. Hofmann/). Von der Fülle der in dieser Sammlung vereinigten Aufsätze setzen sich einige mit den heutigen Komponisten auseinander, unter denen Richard Strauß dem Verfasser zu einem besonders intensiven Erlebnis geworden ist, während ihm Verdi als der vorläufig letzte musikalische Erfinder großen Stils gilt. Andere Abschnitte behandeln Fragen, diskutieren Probleme allgemeiner Art, über Festspielhäuser, über objektive und subjektive Kritik. × *Die Akkorde* Felix Weingartners /Leipzig, Breitkopf & Härtel/ deuten im Titel nicht nur den Gegensatz zu der dissonanzreichen Schrift gegen den Generalinten-

danten an sondern charakterisieren damit auch den harmonischen, leicht verständlichen Inhalt des Buches. Erinnerungen an Grazer Jugenderlebnisse, an die Berliozfeier in Grenoble wechseln mit ästhetischen Betrachtungen über Liszt, Schumann, den von ihm sehr geschätzten Berlioz und über Brahms, für den er, im Gegensatz zu seinen früheren Schriften, warme Worte der Anerkennung und Liebe findet. Nur selten zeigt sich etwas Polemisches, im Eintreten für sinngemäße Striche bei Wagner, in Angriffen gegen die moderne Programmmusik. Die Art der Darstellung erinnert in ihrer Begeisterungsfähigkeit, ihrer Klarheit, die niemals besonderes Nachdenken erfordert, an die musikalische Kompositionsweise Weingartners. × Eine vorwiegend für den Nichtfachmusiker bestimmte theoretische Harmonielehre in gedrängter Form gibt Siegfried Garibaldi Kallenberg in seiner Schrift *Die elementaren Tonverbindungen als Grundlage der Harmonielehre* /Leipzig, Teubner/. Der Verfasser demonstriert an zahlreichen Notenbeispielen die Grundbegriffe harmonischer Koinzidenz und Fortschreitung: Intervalle, Akkorde, harmoniefremde Töne, Alterierungen, Modulation. Die sehr sachliche Darstellung wird durch Hinweise auf Stellen in den Werken der Klassiker, aber auch Wagners, belebt. Jeder Musikschüler wird das Buch mit Nutzen zum Studieren und zum Nachschlagen gebrauchen.

## KULTUR

### Verkehr / Felix Linke

**Elektrifizierung der Eisenbahnen** Von einer beachtenswerten Seite wird das Problem der Elektrifizierung der Eisenbahnen in einer Broschüre behandelt, die den sensationellen Titel *Das Vaterland in Gefahr!* trägt /Berlin, J. Schwerin/. In den ersten Kapiteln ist sie außerordentlich geschickt abgefaßt, und sie legt vielfach durchaus sachlich dar, welche Vorteile der Dampf-, und welche Nachteile der elektrische Betrieb der Eisenbahnen hat. Im wesentlichen aber handelt es sich dabei um die ausführliche Darlegung der Nachteile elektrischen Betriebs, während die Vorteile keine Erwähnung finden. Mit anerkennenswerter Schärfe wendet sich der Autor, Oskar Kresse, gegen die Machenschaften der großen Elektrizitätsgesellschaften, die die Elektrifizierung

der Staatsbahnen betreiben, um sich die Riesenaufträge dabei zu sichern, und die die Eisenbahnverwaltung mit Tarif-erhöhungsprojekten zu gewinnen suchen. Der Beschluß der Elektrifizierung der Berliner Stadt- und Ringbahn im preußischen Landtag bringt in der Tat bereits eine Tarifierhöhung.

Aber schon die aufmerksame Lektüre des einleitenden Kapitels zeigt den Geist der Broschüre. Unter den sachlichen Ausführungen verstreut finden sich unauffällig ganz unsachliche und unzutreffende Behauptungen. Einige Beispiele dafür: »Der Dampfbetrieb, welcher als der größte Vorzug der Stadtbahn vor dem elektrischen der Hochbahn angesehen werden muß, ermöglicht eine Zuverlässigkeit des Dienstes, die nicht übertroffen werden kann.« Der Stadtbahnbetrieb ist zweifellos zuverlässig, aber daß er nicht noch übertroffen werden kann, ist keineswegs erwiesen. Und weshalb ist der Dampfbetrieb dabei der größte Vorzug? Er ist eben am Stadtbahnbetrieb noch der größte Nachteil, weil er keine Vervollkommnung gestattet. Sodann wird die geräuschlose Stadtbahn der geräuschvollen Hochbahn gegenübergestellt. Das Geräusch liegt doch aber nur an den eisernen Viadukten, wie man auch an den eisernen Stadtbahnbrücken feststellen kann. Elektrischer Betrieb auf den Steinbögen der Stadtbahn würde noch geräuschloser sein. Auch der Blindwellenbruch muß erhalten, um die Nachteile des elektrischen Betriebs zu demonstrieren. Als ob nicht auch Achs- und Kurbelbrüche bei Dampflokomotiven vorkämen. Bei den alten Dampflokomotiven ist alles so normalisiert und durch die Jahrzehnte ausprobiert, daß es kein Wunder ist, wenn alles schön glatt läuft. Je weiter man in der Lektüre fortschreitet, desto mehr merkt man die Absicht und wird — vorsichtig. Mit welchen Mitteln der Autor operiert, zeigen sowohl die technischen wie auch die wirtschaftlichen Kapitel. Aus der Tatsache, daß die Elektrizität bisher nur als indirekte Betriebskraft aus der Kohle oder aus dem Wasser gewonnen werden kann, daß sie in den Transformatoren umgewandelt wird, wird folgert, daß die Betriebskraft unwirtschaftlich sein müsse. Es ist an dieser Stelle schon auseinandergesetzt worden,<sup>1</sup> daß die Dampflokomotiven, besonders die starken und überstarken (als solche charakterisieren sich die großen Schnellzugslokomotiven),

nur höchstwertigen und daher sehr teuren Brennstoff, zum Beispiel die besten Kohlen, benutzen können, während der geduldige Zentralstationskessel mit dem magersten Futter fürlieb nimmt, mit einem Brennstoff, der oft nicht einmal den dritten Teil kostet. Selbst wenn also 50% der Energie in Leitungen usw. verloren gingen, wäre der Vorteil der elektrischen Zentralkraftstation noch immer gewaltig. Es ist ferner nirgends von dem schnellen Verschleiß der Kessel in den Dampflokomotiven überhaupt von der kurzen Lebensdauer der Dampflokomotiven die Rede, nur von den Reparaturen der Elektromotoren. Dabei weiß jedes Kind, daß ein Elektromotor eine Maschine ist, die sich mit einer Geduld und Ausdauer malträtieren läßt wie keine andere, denn er ist eine der einfachsten Maschinen der Welt, jedenfalls der einfachste Motor, den es gibt, da er nur einen einzigen rotierenden Teil hat. Hält man dagegen das komplizierte Getriebe einer modernen Dampfmaschine, so wird man erstaunt sein zu hören, daß dieses so viel zuverlässiger arbeite als der Elektromotor.

Aber auch mit direkten Unwahrheiten arbeitet das Buch. Es behauptet, irgendwelche Beeinflussung des Ganges der elektrischen Maschine falle fort, während ein tüchtiger Lokomotivführer durch Ausnutzung aller erdenklichen Vorteile (!) aus seiner Maschine heraus holen kann, was der Verkehr verlangt. Indes, gerade der Elektromotor verträgt eine Überlastung wie keine andere Maschine. Eine 1000pferdige Dampflokomotive, die auf kurze Zeit auch nur 1500 Pferdestärken leistet, hat es noch nicht gegeben, wohl aber Elektromotoren, die man aufs Doppelte überlasten kann, ohne daß sie Schaden nehmen. Man hat sich nachgerade daran gewöhnt die Elektromotoren so mißhandeln zu können, daß man sich wundert, wenn einmal der Anker durchbrennt. Der Bahnmotor dürfte im Straßenbahnbetrieb eine Probe seiner Leistungsfähigkeit abgelegt haben, die ihm keine andere Maschine nachmacht. Und dann ist es neu, daß eine recht einfache Bedienung wie die des elektrischen Motors als ein Nachteil angesehen wird. Eine andere Unrichtigkeit: Ein einzelner Elektromotor kann nicht so stark gebaut werden, um die Kraft einer Dampflokomotive halbwegs zu ersetzen. Abgesehen davon,

daß es Vollbahnlokomotiven mit nur einem Motor gibt, ist es bekannt, daß die Walzenstraßen, die allergrößte Maschinen in zuverlässigster Bauart brauchen, als den einzigen brauchbaren und wirtschaftlichen elektromotorischen Antrieb haben, und daß man dabei Elektromotoren bis zu 10 000 Pferdestärken Einzelleistung benutzt.

Den Haupttrumpf bringt aber das Kapitel *Die Auslieferung des Reiches an äußere und innere Feinde*. Es wird da behauptet, die Elektrifizierung der Eisenbahnen unterwaffe das Reich. Und das wäre in der Tat ein Argument, wenn diese Tatsache eben zuträfe. Der Beweis hält indessen einer wirklichen Prüfung nicht stand. Von Elektrikern wird vielfach behauptet, daß nur die Nebenstrecken elektrisiert werden sollten. Das ist natürlich Unsinn. Denn gerade auf den Hauptstrecken ist der elektrische Betrieb von größtem Vorteil. Wer also über die strategische Bedeutung der Bahnen und die Elektrifizierung diskutieren will, darf das nur auf der Grundlage der Umwandlung des ganzen Betriebs in elektrischen tun. Und das tut die Broschüre. Sie legt dar, daß der Beginn einer revolutionären Erhebung die Zerstörung der Kraftwerke wäre, wodurch die Regierung von hilfsbereiten Truppen entblößt würde. Berlin (und an Berlin allein könnte man denken) ist eigentlich genügend mit Militär belegt, um Putsche zu vereiteln, so daß die Schreckschüsse des Herrn Kresse wirkungslos verpuffen dürften, ebenso wie seine naive Anschauung von der Art sozialer Umwälzungen. Der Kernpunkt der Sache ist indessen immer der, daß man sagt: durch Zerschneiden der Zuleitungen kann man den ganzen Betrieb aufheben. Das stimmt, und in dieser Beziehung ist der elektrische Betrieb schwächer als der mit Dampf. Auch die Zerstörung der Kraftstationen bietet einen weiteren Angriffspunkt. Ob die Gefahr aber so groß ist, wie geschildert, kann man füglich bezweifeln. Denn da im Kriegsfall ohnehin die Bahnen bewacht werden müssen, damit die Schienen nicht zerstört werden, so können auch zugleich die Leitungen bewacht werden, es ist sozusagen die selbe Arbeit. Und daß sich zerrissene Leitungsdrähte leichter ausbessern lassen als zerstörte Schienen, dürfte selbst den ärgsten Feinden der Elektrifizierung nicht unbekannt sein. Aber auch die Kraft-

stationen lassen sich doch bewachen, ebenso wie die gefährdeten Rheinbrücken, oder die Luftschiffhallen oder irgendwelche anderen strategisch wichtigen Dinge. In der Tat braucht man um den elektrischen Betrieb keine viel größere Sorge zu haben als um den Dampfbetrieb. Denn man muß doch beachten, daß eine Dampflokomotive viel leichter zerstörbar ist als eine elektrische, daß bei der elektrischen der Motor eventuell durch einen Panzer so wirksam geschützt werden kann wie das bei keiner Dampflokomotive der Fall sein kann. Die Zehntausende fahrende Kraftstationen sind viel größeren Zerstörungszufällen ausgesetzt als die 50 zentralen Kraftstationen.

Als stärkstes Argument für die Elektrifizierung hat das zu gelten, daß die Eisenbahnen in allererster Linie Verkehrseinrichtungen sind, die eben einen Ausbau zur Vollkommenheit bedingen. Und daß die Vollkommenheit in der Richtung des elektrischen Betriebs liegt, steht außer Zweifel. Alle Einwände können nichts dagegen ausrichten. Die Dampflokomotive ist an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit sowie der der Bedienungsmannschaft angelangt, weitere Steigerungen legen wohl ein beredtes Zeugnis für den Hochstand der Lokomotivbauindustrie ab, ein umso größeres aber gegen das System. Will man den materiellen Gewinn aus den Fortschritten des Verkehrswesens nicht den Elektrizitätsgewaltigen überlassen, so muß man daran gehen diese gewaltigen Monopole durch Verstaatlichung zu brechen. Die Elektrifizierung der Eisenbahnen hat den Anstoß zu dem ganzen Komplex dieser Fragen gegeben.

Die preußische Eisenbahnverwaltung hat sich, wie in dieser Rundschau (1913, 1. Band, pag. 265) bereits mitgeteilt wurde, entschlossen, die Elektrifizierung der ganzen Strecke Magdeburg-Dessau - Halle - Leipzig vorzunehmen, nachdem die Betriebserfahrungen auf der Linie Bitterfeld-Dessau günstig ausgefallen sind. Die gesamte Länge der Strecke beträgt 150 Kilometer. Von den elektrischen Lokomotiven sind schon 10 im Betrieb.

×  
**Panamakanal** Am 1. Juli soll der Panamakanal fertig werden, und spätestens im Jahr 1914 soll die Übergabe an den Verkehr er-

folgen. Wenn eben nicht unliebsame Zwischenfälle eintreten. Dieser Vorbehalt scheint hier sehr am Platz zu sein, denn während des Baus sind so zahlreiche, verhängnisvolle Störungen eingetreten, daß Überraschungen nichts weniger als ausgeschlossen sind. Die am meisten gefährdete Stelle ist der Culebradurchstich, wo die Kordilleren bis 160 Meter unter den Böschungsrand bei einer Sohlenbreite von 100 Meter durchbrochen werden. Wegen der eigentümlichen geologischen Formation dieses Teiles des Panamakanals haben sich hier schon mehrere gewaltige Bergstürze ereignet, die den ganzen Kanal gefährdeten und auch in Zukunft gefährden. Ein ziemlich steil einfallendes, hartes Gesteil ist hier an vielen Stellen von Tonmassen unterbrochen, so daß bei der Unterbrechung des Felszusammenhangs geradezu die Vorbedingungen für Berggrutsche gegeben sind. Außerdem aber neigt das Gestein selbst stark zur Verwitterung. So sind denn auch am 9. Februar 1911 zirka 300 000 Kubikmeter Gestein abgerutscht, das 3 Eisenbahnmaterialezüge verschüttete und 50 Menschen tötete. Am 10. Februar 1912 fand wieder ein Bergsturz statt, der zirka 250 000 Kubikmeter Gestein abbröckeln ließ, und bei einem Bergsturz am 5. September 1912 stürzten 1 200 000 Kubikmeter Gestein ab, nach inoffiziellen Meldungen sollen es gar 7 Millionen gewesen sein. Dieser letzte Absturz hat denn auch die Fertigstellung des Kanals um Monate verzögert, ganz abgesehen von den ungeheuren Kosten, die ein solcher Bergsturz verursacht, da er die Aufbringung immer neuer Geldmittel bedingt, die auch nicht so ohne weiteres bereitgestellt werden. Bei derartigen Bergstürzen finden natürlich auch starke Pressungen statt, die den Boden des Kanalbetts in die Höhe drücken. Ereignet sich eine derartige Katastrophe während des Kanalbetriebs, so kann der Verkehr auf Monate, wenn nicht auf Jahre gelähmt oder gar unterbrochen werden. Infolge des Wellenschlags und der dadurch bedingten Auswaschung der Zwischenschichten aus Ton wird die Gefahrenquelle nach der Eröffnung des Kanals sogar noch vergrößert; und zählte man jetzt bis zu 13 geringere und größere Abrutschungen im Jahr, ausgelöst durch die starken Sommerregengüsse, so werden es in Zukunft wohl noch mehr wer-

den. Dazu aber befindet sich der Culebraeinschnitt noch in einer Erdbebenzone.

Eine zweite Gefahrenquelle für den Panamakanal liegt in dem künstlich gebildeten Gatunstausee. Dieser See, der den Schleusen ständig Wasser zuführen soll, wird von dem Chagresfluß und einigen kleineren Flüssen gespeist. Der Wasserzufluß im Isthmusgebiet ist aber in manchen Monaten so minimal, daß nur schwer der enorme Wasserverbrauch des Kanals wird gedeckt werden können, selbst wenn der Stausee erst einmal gefüllt sein wird. Und hier liegt gleich eine weitere Schwierigkeit vor; denn nach Ansicht kompetenter Fachleute wird der Staudamm, der auf unsicherm Untergrund errichtet werden mußte, kaum wasserundurchlässig gemacht werden können. Bedenklliche Sackungen haben sich bereits jetzt an dem Staudamm gezeigt, die darauf zurückgeführt werden, daß der Damm durch 2 alte Flußbetten geführt werden mußte, die bis zu einer Tiefe von 88 Meter aus Geröll, Schlamm, Lehm und anderen Flußablagerungen gebildet werden.

Schließlich aber muß noch erwähnt werden, daß der Kanal bereits vor seiner Eröffnung teilweise veraltet ist, da seine Dimensionen nicht genügen werden den modernen Ozeanriesen der Handels- und Kriegsmarine Durchgang zu gestatten. Die Schleusenlänge beträgt nämlich nur 305 Meter (gegen 330 beim Nordostseekanal), deren Breite 33,5 Meter (gegen 45) und deren Tiefe 12,7 Meter (gegen 14). Bedenkt man dann noch, daß die jährlichen Betriebskosten des Kanals über 14 Millionen Dollars betragen werden, die durch Kanalgebühren kaum je hereingebracht werden können, so wird man der Zukunft dieses Schmerzenskindes der Technik einigermaßen skeptisch entgegensehen müssen.

×  
**Griechisch-europäische Bahnverbindung** Die Türkei hat bisher immer verhindert, daß die griechischen Bahnen an das europäische Bahnnetz angeschlossen würden. Nach dem Balkankrieg ist es jetzt natürlich das eifrigste Bestreben der griechischen Regierung darin Wandel zu schaffen. Das soll durch den Bau einer 182 Kilometer langen Verbindungsbahn Larissa-Zagesi-Baba Ambelakia - Karali - Zerven-

Flatamona - Lefiokaria - Kalivia - Fimeni - Katerina - Tusla - Libanovon-Kapschora - Gida an der Linie Saloniki - Monastir geschehen. Die Bahn führt im Abstand von nur 8 bis 25 Kilometer an der Küste entlang. Erst nahe der Mündung der Vistriza wendet sie sich nordwestlich in das Innere des Landes. Zur Abkürzung der Entfernungen sollen die Linien Saloniki-Üsküb und Saloniki-Monastir durch eine etwa 12 Kilometer lange Querlinie, die von Topsisin nach Kerdschelar führen wird, verbunden werden. Dadurch wird Saloniki ausgeschaltet. Es ergäben sich alsdann von Budapest bis Athen-Piräus folgende Entfernungen: Budapest - Belgrad - Ristovac - Üsküb 452 Kilometer, Üsküb - Topsisin 220 Kilometer, Topsisin-Kerdschelar 12 Kilometer, Kerdschelar-Gida 15 Kilometer, Gida - Zagesi 90 Kilometer, Zagesi - Larissa - Demirli 92 Kilometer, Demirli - Athen - Piräus 304 Kilometer, insgesamt 1535 Kilometer. Mit dem Bau der Verbindungslinie wurde bereits begonnen, so daß man wohl bald direkt wird mit der Eisenbahn nach Athen fahren können.

× **Kurze Chronik** Als Linienführung des projektierten Donau-Main - Weser - Kanals ist die Strecke Bremen-Koburg-Bamberg - Nürnberg - Augsburg - München in Aussicht genommen worden. × Nicaragua hat mit den Vereinigten Staaten einen Vertrag abgeschlossen, wonach diesen allein das Recht verliehen wird einen interozeanischen Kanal durch Nicaragua zu bauen. Die Entschädigung dafür soll 3 Millionen Dollar betragen. × Zur Verbindung von New York mit New Jersey soll eine neue Hängebrücke gebaut werden, die eine Hauptöffnung von 878 Meter Spannweite haben soll. Sie würde damit die East River-Brücken um etwa 400 Meter übertreffen. Die Seitenöffnungen haben je 311 Meter Spannweite. Die Fahrbahn liegt 52 Meter über dem Wasserspiegel, die Brückentürme sind 166 Meter hoch. × Durch ein Übereinkommen des persischen Ministers des Äußern mit einer russischen Gesellschaft wird dieser das Recht zum Bau einer Eisenbahn von Dschulfa nach Täbris mit einer Verlängerung bis zum Urmiassee sowie einer Bahn von Täbris

nach Kaswin eingeräumt. × Auf der Luftschiffswerft von Lanz in Mannheim befindet sich ein zweites Luftschiff im Bau, das mit 24 000 Kubikmeter Inhalt größer als das erste wird. × Das neue Kabel Monrovia (Liberia)-Lome (Togo)-Duala (Kamerun) ist im Januar in Betrieb gesetzt worden. Damit ist eine unabhängige deutsche Kabelverbindung zwischen Deutschland und seinen Schutzgebieten Togo und Kamerun über Teneriffa und Monrovia geschaffen. Die Telegrammkosten wurden dadurch ermäßigt. × Um dem wachsenden Verkehrsbedürfnis zu entsprechen, will die Reichspostverwaltung in Berlin auf Straßen und Plätzen reichseigene Fernsprechstellen aus Preßglas einrichten.

× **Literatur** Unter den zahlreichen Schriften, die der *Volksvereinsverlag* in München Gladbach in vielfach geschmackvoller Aufmachung herausgibt, befindet sich auch ein Bändchen *Deutsche Eisenbahnkunde* von Dr. Paul Hausmeister. Es schildert in flüssiger, allgemeinverständlicher Darstellung die volkswirtschaftliche Funktion des Eisenbahnwesens, die technischen Anlagen, die rechtliche Stellung der Eisenbahn und behandelt in einem Schlußkapitel, allerdings wenig gründlich, auch die Frage der Elektrifizierung der deutschen Bahnen. Soweit sich der Verfasser sachlicher Auseinandersetzungen befleißigt, ist das Büchlein sehr gut. Unangenehm berührt nur, daß auch bei dieser Gelegenheit der Parteistandpunkt hervorgekehrt und gegen die Sozialdemokratie losgezogen wird. × In einigen Rubriken der Rundschau ist hier schon auf die *Naturwissenschaftlich-technische Volksbücherei* hingewiesen worden, die im Verlag von Theodor Thomas in Leipzig in der Form der Reclambibliothek herausgegeben wird, die Nummer zu 20 Pfennig. Es liegen nun 3 weitere Bändchen vor, alle von Professor K. Schreiber: *Der Verkehr, Der Luftverkehr und Die Verkehrsmittel der Straße*. Obwohl sie mit großer Sachkenntnis verfaßt sind, behandeln sie die Gegenstände doch so, daß sie fesseln und als leichte Lektüre für den Belehrung suchenden Leser ohne Vorkenntnisse genossen werden können. In diesem Sinn ist den wohlfeilen Heftchen weite Verbreitung zu wünschen.